

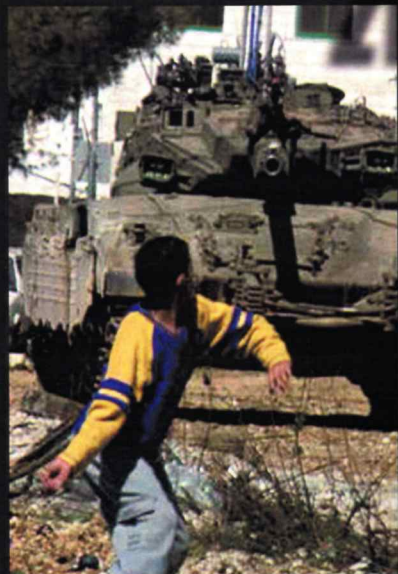
Palästina

INTIFADA

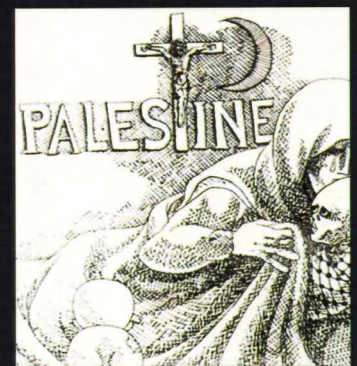
Solidarität mit Palästina



Zwei Jahre Intifada



Felicia Langer in Wien -
Zionisten attackieren
Zwei Jahre Intifada -
Reform oder Konterreform?
Niemals vergessen -
20 Jahre Sabra und Schatila



Nummer 10 Oktober 2002 Preis: € 2,-

2. Auflage

Leisten wir Widerstand!

In seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung führte Bush als Begründung für die Notwendigkeit eines Militärschlags gegen den Irak an, dass dieser UNO-Resolutionen gebrochen hätte.

Es ist kein Geheimnis, dass Israel nahezu alle UNO-Resolutionen, die im Zusammenhang mit der Palästina-Frage verabschiedet wurden, missachtet hat. Felicia Langer hat ihm für dieses Verdienst sogar den Titel eines Weltmeisters im Verstoßen gegen das Völkerrecht verliehen.

Allein, ein Militärschlag im Namen der Gerechtigkeit von Seiten der UNO bzw. der USA ist bis dato ausgeblieben.

Und so zeigt sich wiederum, dass Recht nach wie vor Recht des Stärkeren ist und im Grunde ein Synonym für Macht.

Nicht anders verhält es sich mit dem Begriff „Terrorismus“. Die einem durchschnittlichen Medienkonsumenten präsentierte Definition der modernen Form des Bösen zeigt, dass auch hier eine Sinnentleerung zum Zwecke der mentalen Manipulation stattgefunden hat.

Terrorismus bedeutet einerseits Schreckensherrschaft, andererseits „das Verbreiten von Angst durch Gewaltmaßnahmen zur Erreichung bestimmter (po-

litischer) Ziele“ (Duden). Es bedarf wohl kaum des Hinweises darauf, dass sowohl die israelische Schreckensherrschaft über die Palästinenser, als auch die US-amerikanische internationale Machtpolitik voll und ganz mit dieser Definition übereinstimmen.

Stehen die Verantwortlichen deshalb auf irgendwelchen Terrorlisten? Wohl kaum.

Wer hingegen im Laufe des vergangenen Jahres auf die schwarzen Listen der USA und der EU gesetzt und damit zum Abschuss freigegeben wurde, sind jene Organisationen und Parteien, die in ihren jeweiligen Ländern gegen unterdrückerische Regime und neokoloniale Ausbeutung sowie für nationale Selbstbestimmung kämpfen, seien es die FARC in Kolumbien, die DHKC in der Türkei und jüngst sogar die baskische Parlamentspartei *Batasuna*.

In Palästina sind es jene Organisationen, die politisch am konsequentesten gegen die israelische Kolonialherrschaft Widerstand leisten und sich so der Durchsetzung eines faulen „Friedens“ unter Wahrung aller israelischer und Missachtung aller palästinensischer Interessen in den Weg stellen. Das ist der Grund,

warum sie als terroristisch diffamiert werden müssen. Es gilt nicht nur, sie physisch zu zerstören – das geschah in Dschenin –, sondern das Ziel ist es, ihrem Anliegen, die tatsächliche Selbstbestimmung Palästinas zu erreichen, die Legitimation zu entziehen.

So müssen in den Köpfen der Menschen die Tatsachen in ihr Gegenteil verkehrt werden. Aus militärischer Besatzung wird legitime Landesverteidigung, aus systematischer Gewalt wird Notwehr, aus kolonialen Besatzern werden bedrohte Zivilisten, aus Tätern werden Opfer. Aus (völkerrechtlich verbrieft) widerständischer Gegengewalt wird hasserfüllter und willkürlicher Terrorismus.

Es ist unsere Pflicht Widerstand zu leisten – Widerstand gegen die leise Politik des Legitimationsentzuges dieses legitimen antikolonialen Kampfes, ebenso wie gegen den ohrenbetäubenden Krieg, der von den Reichen und Mächtigen dieser Welt gegen die Unterdrückten, die Unfreien, die Hungernden und Wasserlosen, die DU-Verseuchten und Krebskranken geführt wird.

Leisten wir Widerstand gegen den imperialistischen Terrorkrieg!



Nach zwei Jahren Volksaufstand

Reform der Intifada oder Reform der PNA?

Es können sich heute nur wenige Leute an die Südlibanesische Armee (SLA) erinnern, die von 1978 bis 2000 im Dienste Israels stand, um die Nordgrenzen gegen die Operationen der palästinensischen und libanesischen Widerstandsorganisationen zu sichern. Es mangelte damals nicht an Männern wie Saad Haddad und Anton Lahad, die für Geld oder eine künstliche lokale Macht an der Spitze einer Söldnertruppe sich gegen das eigene Volk stellten und bedingungs- und gar selbstlos für Israel arbeiteten. Nun ist die SLA Geschichte und die israelische Armee ist in schmachvoller Weise aus dem Südlibanon vertrieben worden. Jedoch blieb das Modell für die regierende israelische Soldateska erhalten und heute sehen Israel und die USA seine Anwendung in den besetzten palästinensischen Gebieten vor. Wenn also von „Reformen“ der Palästinensischen Nationalbehörde (PNA) gesprochen wird, dann ist dies nur in diesem Sinne zu verstehen.

Während die israelische Besatzungsarmee ihren Angriff auf die palästinensische Zivilbevölkerung in allen Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern zur Eskalation treibt, beschäftigen sich die Medien – und dementsprechend die Öffentlichkeit – mit den sogenannten Reformen der palästinensischen Autonomiebehörde und dies besonders, seit sie seitens der US-amerikanischen und der israelischen Regierungen gefordert werden. Die Frage der Reformen ist jedoch keine neue Frage, denn diese wurden in den sieben Jahren nach dem Oslo-Abkommen gefordert.

Damals war es allerdings die palästinensische Bevölkerung, vom einfachen Menschen auf der Straße über Intellektuelle bis hin zu Arafats eigener Partei (*Fatah*), die Reformen forderten, und sie konnten sich weder im Inland noch im Ausland Gehör verschaffen, weil sie Reformen in einem anderen Sinne im Kopf hatten.

Die Forderungen der Palästinenser nach Veränderungen, die beim Errichten der Autonomiebehörde 1994 an deutlichsten zu hören waren, gehen eigentlich auf die letzten 30 Jahre zurück. Im Mittelpunkt stand und steht heute noch das Zentrum der politischen Entscheidung, das über die Jahre von Arafats Person verkörpert wurde, der alle PLO-Institutionen auf Eis gelegt hatte. Die nicht gewählte PLO, die selbst eine Ansammlung palästinensischer Organisationen ist, erhält ihre Legitimität nur durch ihre Vertretung der historischen zentralen Forderungen des palästinensischen Volkes. Dies wurde in der Nationalcharta zum Ausdruck gebracht, die hier als der Sozialpakt zwischen der Führung und der Gesellschaft gelten soll.

Legitimität erreicht die PLO jedoch nur dank der massiven Beteiligung der Bevölkerung an den Widerstandsaktionen, die bei der ersten Intifada (1987-1993) einen Höhepunkt erreichte. Die palästinensische Bevölkerung brachte auch jede alternative Führung oder Regierung, die seitens Israel oder der arabischen Regierungen lanciert und gefördert worden waren, zu Fall, was Israel dazu zwang, die PLO – auch unter ungünstigen Bedingun-

gen – als Gesprächspartner anzuerkennen. Jedoch war diese Anerkennung an die Bedingungen des Oslo-Abkommens gebunden, deren Akzeptanz durch Arafat an sich eine Verletzung der Palästinensischen Nationalcharta darstellte. Arafat hinterging auch alle Gremien, angefangen vom Zentralkomitee der *Fatah* bis hin zum Palästinensischen Nationalkongress. Ohne diese diktatorische Haltung Arafats wäre das Abkommen nicht zustande gekommen. Die Zentralisierung der Macht in den Händen Arafats und einer kleinen Clique innerhalb der PLO wurde daher von Israel und den USA abgesegnet.

Im Laufe der Jahre nach dem Oslo-Abkommen verschärften sich die palästinensischen Forderungen nach Reformen. Die Hauptforderungen waren demokratische Wahlen, Gewaltentrennung und politische sowie finanzielle Transparenz. Ferner wurde ein alle PalästinenserInnen im In- und Ausland einschließendes Referendum über das Oslo-Ankommen, die Wiederbelebung der PLO-Institutionen und die Teilnahme aller Organisationen, welche die verschiedenen Teile der palästinensischen Gesellschaft vertreten, an der politischen Entscheidung gefordert. Dies stieß damals bei der herrschenden VIP-Klasse auf taube Ohren, während die Opposition im Westen ständig als radikal und marginalisiert dargestellt wurde. Als im Jahr 1999 zwanzig palästinensische Intellektuelle wegen eines Aufrufs verhaftet wurden, in dem sie politische Reformen und Maßnahmen gegen die Korruption der Behörde forderten, fand



sich im Westen niemand, der sie oder bloß ihr Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigt hätte. Arafat wurde nur dann kritisiert, wenn er in Konflikt mit der israelischen Regierung stand. Die Kritik an der Korruption der PNA erscheint nur im Kontext der Waffenkäufe und der Finanzierung der Widerstandsorganisationen, wozu die PNA gezwungen war, um ihre Gebiete zu verteidigen. Nur hier fordern die Israelis „Transparenz“. Wenn es aber um die Privilegien der treuen VIP-Schicht geht, ist hingegen kaum Kritik zu hören.

Ähnlich liegt der Fall mit den vielen palästinensischen Sicherheitsapparaten und der Forderung nach ihrer Vereinigung. Als diese in den Jahren zwischen Oslo und dem Beginn der Intifada effizient die Macht Arafats und die Sicherheit Israels gegen die Opposition bzw. die Widerstandsorganisationen schützten, wurden sie gelobt und ihre Führer als gemäßigte Männer betrachtet. Als sie aber nicht mehr gegen den massiven Widerstand der Bevölkerung auftreten konnten und als einige Mitglieder dieser Apparate sogar am Widerstand teilnahmen, forderten Israel und die USA die Vereinigung der Apparate, und dies natürlich unter einer „gemäßigten“ Führung, die später als eine günstige Nachfolge oder Alternative zu Arafat hätte dienen können.

Arafat, der bei den Verhandlungen von Camp David am Ende seiner Kompromissbereitschaft angelangt war, hatte für die Israelis und die USA seine Rolle ausgespielt und es wurde Zeit, ihn gegen einen neuen lokalen „Ansprechpartner“ auszutauschen, der die amerikanischen und israelischen Diktate bedingungsloser befolgen würde.

So scheinen sich die Reformforderungen der Bevölkerung und jene der Israelis zu gleichen, jedoch sind ihre Inhalte einander diametral entgegengesetzt. Nun findet sich für die Israelis keine Alternative zu Arafat, die das Modell von Oslo, bzw. darüber hinausgehende Maßnahmen fortsetzen will und kann und sich gleichzeitig in der palästinensischen Gesellschaft durchzusetzen vermag. Die Doppelrolle Arafats, die dieser nur mit Hilfe einer doppelmoralischen Rhetorik entsprechend dem jeweiligen Ansprechpartner erhalten konnte, und auch dies nur mit beschränktem Erfolg, kann von keiner der Personen um Arafat gespielt werden. Eine neue Führung, die den Widerstand zu stoppen versucht und weitere Sicherheitsabkommen mit Israel

schließt, kann dies nur mit exzessiver Repression gegen die eigene Bevölkerung durchsetzen, was einem Bürgerkrieg Tür und Tor öffnen würde. Um das israelische „Friedensmodell“ umzusetzen, muss erst einmal die palästinensische Bevölkerung ausgetauscht werden.

Auf der anderen Seite wird von der palästinensischen Opposition – und dies seit dem Beginn der Intifada – eine Umstrukturierung der politischen Führung gefordert.

Die Reform der Intifada

Die sieben Jahre nach Oslo haben gezeigt, dass Verhandlungen nur ein Ausdruck der Machtbalance und der Druckmittel sind. Dies war der Grund, warum die Intifada notwendig wurde. Die Intifada schloss alle Schichten der palästinensischen Gesellschaft ein, auch wenn einige sie willentlich, die anderen notgedrungen unterstützt haben. Der Ausdruck dieses Zusammenschlusses blieb aber beschränkt auf den direkten Widerstand und konnte die politischen Führungsgremien nicht erreichen. Das politische Entscheidungszentrum liegt nach wie vor in der Hand Arafats und der VIP-Schicht, für welche die Intifada nur eine Last bzw. bestenfalls ein vorläufiges Druckmittel in den Verhandlungen darstellt, die jedoch den Rahmen von Oslo nicht sprengen soll. So dauerte es nicht lange bis die PNA-Sicherheitsapparate gegen die Massen aufgetreten sind.

Die Opposition war sich in den meisten Forderungen einig – nämlich über die Bildung einer gemeinsamen militärischen Führung, die Teilnahme aller Organisationen an den politischen Entscheidungen, die Bildung von Volkswiderstandskomitees und die Bewaffnung der Bevölkerung sowie die Wiederbelebung der PLO, ihre Ausdehnung auf alle palästinensischen Kräfte und die Rehabilitierung des Nationalkongresses als politische Referenzstruktur.

Alle palästinensischen Organisationen – einschließlich der *Fatah* – beharren auf dem Recht auf Widerstand und dem Widerstand als Strategie, um die Besatzung zu beenden.

Auf der anderen Seite verfehlte die Opposition das Ziel, ein gemeinsames Programm zu entwerfen und eine wahre Alternative zu Arafats Führung zu bilden. Trotz des heldenhaften und in seinem Ausmaß einmaligen Kampfes der Bevöl-

kerung versagten die politischen Führungen dabei, diesen Kampf in ein politisches Programm umzusetzen. So kam nach dem am 15. Dezember 2001 von Arafat angekündigten einseitigen Waffenstillstand der Wendepunkt, der eine Reihe von Verhaftungen, Illegalisierungen von Organisationen und schließlich die israelischen Offensiven mit sich brachte.

Als Arafat zum Volk sprach

Während des ersten Jahres der Intifada weigerte sich Arafat, und dies eben aufgrund seiner Doppelrhetorik, eine Ansprache ans Volk zu halten. Einerseits forderten die Palästinenser eine klare Bezugnahme Arafats zum Aufstand, andererseits forderten die USA eine arabische Rede von Arafat an die Bevölkerung, die den „Gewaltverzicht“ propagieren sollte. Am 15. Dezember 2001 kam diese lang erwartete und längst von den Ereignissen überholte Rede, die einen einseitigen Waffenstillstand ankündigte, den Ausnahmezustand erklärte und alle diesen Waffenstillstand ablehnenden Kräfte mit Repressionsmaßnahmen bedrohte. Natürlich vergaß Arafat dabei nicht, auf die Legitimität der Institution hinzuweisen und baldige freie Wahlen zu versprechen.

Die Rede kam nicht überraschend, das Verhalten der PNA hatte sie angekündigt. Denn da er den Forderungen der Bevölkerung und der Organisationen nicht nachgeben wollte, blieben für Arafat nur zwei Möglichkeiten, nämlich zurückzutreten und die PNA aufzulösen, oder zu versuchen diese in ihre alte Rolle als lokaler Polizist zurückzusetzen. Arafats Rede ging im Grunde an den Kernfragen vorbei, da einerseits die Intifada zu diesem Zeitpunkt in einem fortgeschrittenen Stadium war und andererseits die zunehmenden israelischen Aggressionen weitere Eskalationen ankündigten. Jedoch gab er Israel dadurch die Möglichkeit die praktische Umsetzung des Gesagten zu fordern bzw. andernfalls mit härteren Angriffen zu drohen. Der Prozess bekam eine Eigendynamik: höherer israelischer Druck, weitere Verhaftungen, weitere Widerstandsaktionen, Vergeltung, Massaker, Verhaftungen, bis Arafat nichts mehr anzubieten hatte. Dann kam die große Invasion der palästinensischen Städte im April 2002, die international kaum auf Verurteilung traf, eben weil der palästinensische Widerstand von der eigenen Führung als Terror diffamiert wurde. Wenn die kämp-

Über Kairo und Bagdad führt der Weg nach Jerusalem

Auch die Zweite Intifada wurde vom Zionismus mit der ihm eigenen Brutalität und Menschenverachtung niedergemetzelt, so wie es dem antikolonialen Widerstand schon so oft im vergangenen Jahrhundert erging. Das unsägliche Leid und Elend der Palästinenser wird fortgesetzt, denn, wie Sharon sagt, der zionistische „Befreiungskrieg“ ist noch lange nicht abgeschlossen, *Erez Jisrael* noch nicht etabliert. Es gibt also nicht den geringsten Anlass anzunehmen, dass das Morden an den Palästinensern aufhören könnte.

Die alttestamentarische Metapher vom Kampf David gegen Goliath wird von Israel gerne in Anspruch genommen. Die Realität ist aber genau umgekehrt. Israel ist Teil des von den USA geführten imperialistischen Weltsystems, es weiß die gesamte wirtschaftliche, politische und nicht zuletzt militärische Macht des Westens in seinem Rücken. Da die Welt sich aber nicht nach biblischen Gleichnissen dreht, hat der palästinensische David mit seinen drei Millionen auf sich allein gestellt gegen den imperialistischen Goliath nicht die geringste Siegeschance. Um so mehr ist die bloße Fortsetzung des Widerstands über ein ganzes Jahrhundert ein unerhörter Erfolg, der dem biblischen David nicht nur alle Ehre macht, sondern ihn selbst in den Schatten stellt.

Die Tatsache, dass die Palästinenser sich nicht zu Sklaven machen lassen, ihren Widerstand auch unter den widrigsten Bedingungen fortsetzen, gibt ihnen ihre überproportionale Bedeutung. Sie kämpfen gegen die rassistischste, grausamste,

unmenschlichste Form des modernen Imperialismus. Der zionistische Kolonialismus ist die totale Negation des Humanismus. Die Palästinenser haben mit der Intifada der „schönen, neuen Welt“ Bushs den Spiegel vorgehalten. Sie ist an ihrer Friedensfratze, die nur eine Legitimation der Apartheid war, zerbrochen. Der Funke vom Haram al-Scharif hat das Lügengebäude zum Einsturz gebracht, hat der Geschichte einen entscheidenden Anstoß gegeben, hat die unlösbaren Widersprüche des US-Imperiums ans Tageslicht befördert. Mit ihrer Militärmaschine versuchen die Herren in Washington präventiv die sich überall abzeichnenden Brandherde auszudämpfen, aber jeder Krieg, den sie führen, lässt die Flammen nur noch heller auflodern.

Der palästinensische Widerstand hat also in allererster Linie eine politische Bedeutung und der militärische Aspekt ist unter politischen Kriterien zu betrachten, denn im engen militärischen Sinn ist er zum Scheitern verurteilt.

Das entscheidende politische Problem der palästinensischen Befreiungsbewegung ist die Tatsache, dass die arabischen subalternen Klassen der umliegenden Länder politisch passiv geblieben sind. Gewiss ist der Volkszorn groß. Doch die pro-imperialistischen Regime konnten in zahmen Demonstrationen von Millionen wie in Casablanca oder Amman den Dampf ablassen. Wo immer sich jedoch unabhängiger Widerstand regt, tritt der Polizeiknüppel in Aktion. Die ägyptischen Gefängnisse sind übervoll

mit politischen Häftlingen. Die wirkliche politische Stütze des Zionismus ist das Mubarak-Regime in Ägypten sowie die gesamte amerikanische Machtarchitektur im Nahen Osten. Es ist politisch viel radikaler zum Sturz der US-Diktatur am Nil aufzurufen, als eine Bombe in einem Café oder Bus in Haifa zu legen.

Weder die islamische Bewegung Palästinas, noch seine Linke, geschweige denn Arafat und die *Fatab* haben diese Radikalität aufgebracht. Es ist zugegebenermaßen auch nicht leicht, denn dann ist die ganze finanzielle und diplomatische Unterstützung der arabischen Potentaten, die das blanke physische Überleben der Palästinenser ermöglicht, weg. Der Weg nach Jerusalem ist derzeit in Kairo blockiert. Die Bewegung, deren Galionsfigur Bin Laden geworden ist, hat die Sackgasse dieses Opportunismus an der afghanischen Niederlage hautnah zu spüren bekommen, nachdem sie sich jahrelang auf das saudiarabische Königshaus gestützt hatte. Jedoch wurde auch ihr darauffolgender Aufruf zum Dschihad gegen die arabischen Machthaber nicht befolgt, denn um die Massen in Bewegung zu setzen reicht das Spektakel der Zwillingstürme nicht aus. Dazu muss man die sozialen und politischen Interessen der Unterklassen aufgreifen, so wie es der aus der ägyptischen *Gamaa al-Islamiyya* stammende Kaderkern gerade eben nicht zu machen bereit ist. Was Not tut, ist ein demokratischer Kampf, eine Art „demokratischer Dschihad“, der im Grunde nichts anderes ist als ein religiös verkleideter Klassenkampf.

Fortsetzung von Seite 5

fenden palästinensischen Organisationen schon seitens Arafat als Terrorgruppen bezeichnet werden, dann ist es kein Wunder, dass die gleichen Organisationen auf der EU-Terrorliste stehen. Wenn die palästinensischen politischen Aktivisten von der palästinensischen Polizei gesucht und verhaftet werden, dann erhält Sharon eine politische Rechtfertigung, diese extralegal hinzurichten.

Die Krise der palästinensischen Widerstandsbewegung ist nach wie vor eine Krise der Führung. Trotz der fortschrittenen Widerstandsformen und der vorbildlichen Massenbeteiligung scheiter-

ten seit 1917 alle politischen Führungen daran, aus den aufeinanderfolgenden Aufständen politisch zu ernten. Die Tatsache, dass sich das palästinensische Volk durch die brutalste Unterdrückung nicht beugen lässt und für immer weitere Aufstände Kräfte hervorbringt, wird dafür sorgen, dass die Palästina-Frage weltweit aktuell bleibt und dass Israels Legitimitätskrise weiter besteht. Jedoch ist es ebenfalls eine Tatsache, dass alle Revolutionen in Palästina durch die eigene bürgerliche Führung und den Druck der reaktionären arabischen Regierungen abgewürgt wurden. Dies macht einerseits die Verknüpfung der nationalen Befreiung mit der sozialen

Emanzipation, andererseits die Verbindung des palästinensischen Widerstands mit einer arabischen Revolution unerlässlich. Ohne einen Prozess von Selbstkritik im Rahmen eines Nationaldialogs aller kämpfenden palästinensischen Kräfte, der einen Bruch mit der konservativen Führung herbeiführt, werden alle palästinensischen Bewegungen in ihrer chronischen Krise verbleiben und weiterhin von den Massen überholt werden.

Ali Nasser
Aktivist der Antiimperialistischen
Koordination in Wien

Die Kehrseite, ja der Zwillings des Militarismus ist das politische Unvermögen, auf die der Opportunismus auf den Fuß folgt. Als Arafat und seine *Fatah* in den 70er Jahren sich noch im vollen bewaffneten Kampf befanden, führte er bereits Geheimverhandlungen mit Israel über die Bedingungen einer Zweistaatenlösung. Denn Arafat hatte anhand zahlreicher militärischer Niederlagen, angefangen von 1967 im Sechs-Tage-Krieg, über den Schwarzen September 1970 in Jordanien bis zur Vernichtung seiner PLO im Libanon 1982, sehr wohl begriffen, dass Israel mit militärischen Mitteln nicht beizukommen ist. Die Linke versuchte ihn gar durch spektakuläre Flugzeugentführungen zu überbieten. Politisch kündigten sie der sich auf Oslo zubewegenden PLO aber nie die Gefolgschaft auf und gingen de facto unter. In diese Lücke sprangen die Islamisten, die angesichts des kläglichen Scheiterns des Arafat'schen Phantomstaates die Führung der Massen übernehmen konnten. Doch auch sie konnten das Grauen von Dschenin und das Ende der Intifada nicht verhindern, so viele Märtyrer sie auch immer hinter die grüne Linie schicken mögen. Es darf bezweifelt werden, dass sie ein adäquates politisches Mittel gegen ein Oslo II parat haben.



Man muss die historische Bedeutung Oslos richtig verstehen. Der illusionäre Frieden mit Israel war die schlimmste Niederlage, die der palästinensische Widerstand je einstecken musste. Konnte er zwar dem militärischen Druck widerstehen, so hielt man die Nationalcharta, die das einzige zu einer Lösung des Konflikts führende Ziel (nämlich einen demokrati-

schen Staat in ganz Palästina) festschreibt, aufrecht und hielt die Tradition des Widerstands und damit die Tür für eine zukünftige Befreiungsbewegung unter günstigeren Kräfteverhältnissen offen. Doch mit Oslo akzeptierte die historische Führung den zionistischen Kolonialismus im vermeintlichen Austausch für einen zerstückelten und lebensunfähigen Separatstaat auf 22% des Landes. Israel wollte allerdings nicht einmal das, es akzeptiert nur Bantustans und nicht einmal da kann man sich sicher sein. Die Intifada hat den Vertrag von Oslo zerrissen und den hundertjährigen antizionistischen Befreiungskampf rehabilitiert.

Doch Israel und vielmehr noch die

ausgehandelt wird, ist die größte politische Gefahr. Es bedarf einer politischen Front gegen diese drohende Kapitulation. Frieden ist nur auf der Basis eines demokratischen Staates möglich! Diese Botschaft in alle Welt zu schreien ist, die wichtigste Aufgabe der Solidaritätsbewegung.

Derzeit sind allerdings die Augen der Welt auf das Zweistromland gerichtet. Dort spielt sich die nächste Partie auch des palästinensischen Befreiungskampfes ab. Die arabischen Massen und insbesondere auch das palästinensische Volk verstehen sehr wohl, dass es sich um einen Krieg zur Verewigung der amerikanisch-israelischen Vorherrschaft im Nahen Osten handelt. Auch hier wieder dasselbe

USA streben die Legitimierung von Bantustans durch eine „reformierte“ palästinensische Führung an. Trotz der furchtbaren Kapitulationen Arafats hat er in die geforderte bedingungslose Kapitulation nicht eingewilligt. Das ist allerdings kein Grund ihn über alle Maßen zu loben, wie es Michel Warschawski, die Galionsfigur der radikalen israelischen Linken tut. (Die sogenannte Friedensbewegung kann nicht als radikal bezeichnet werden, denn sie hält die israelische Kolonialbevölkerung für den Demiurgen des Friedens. Als wirklich links können nur diejenigen bezeichnet werden, die sich auf die kolonisierte Bevölkerung als politisch-soziales Subjekt beziehen, und das haben nur eine Handvoll besonders Mutiger geschafft, die dafür auch jahrelang hinter Gitter wanderten.) Ein Oslo II, egal ob es nun von Arafat oder von einer von Israel nach dem südafrikanischen Modell der Homeland-Chiefs eingesetzten Reformführung

Problem. Gegen die amerikanische Militärmaschine ist der Irak chancenlos. Das Problem des Imperialismus ist politisch, dass nämlich ein Krieg nicht nur im Irak für die USA abermals potentiell unkontrollierbare Kräfte an die Macht bringen (wie die Nordallianz in Afghanistan), sondern das ganze imperialistische Gebäude in Nahost in sich zusammenkrachen lassen könnte. Stürzt der moderne Pharao Mubarak von Gnaden Washingtons unter der Wucht eines politischen Wutausbruchs der Millionen Slumbewohner von Kairo und Alexandria (ein Sturz, der allerdings ohne politische Führung schwer zu bewerkstelligen ist), dann haben sich die USA ein Eigentor geschossen.

Ein kleiner Schritt auf dem verschlungenen und dornigen Weg nach Jerusalem, um den es nun zu kämpfen gilt.

„Jede gerechte Sache ist ein terroristischer Akt“

Politische Stellungnahme der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)

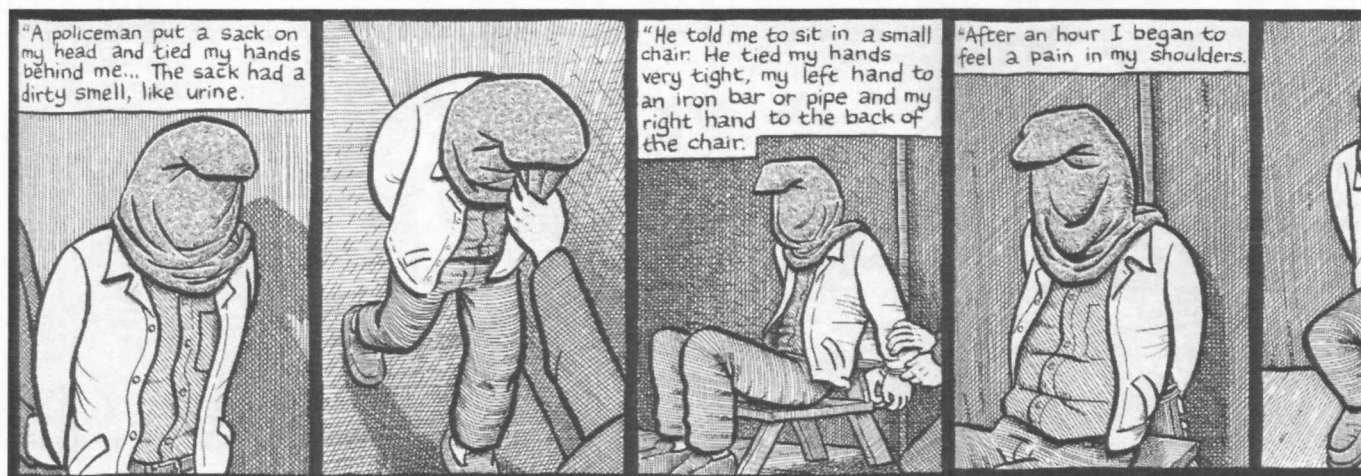
Jede Handlung der Vereinigten Staaten von Amerika in diesem Universum basiert auf einem spezifischen Motto: „Kampf dem Terrorismus“. Auf den ersten Blick erscheint dieses Motto sehr schön und menschlich und führt uns sogleich zu einem anderen schönen Leitspruch „Vergebung und Gerechtigkeit in den internationalen und menschlichen Beziehungen.“ Doch es ist eine Tatsache, wie wir alle wissen, dass das, was die USA mit diesem Motto bezwecken, nichts mit seiner menschenfreundlichen Bedeutung gemein hat, denn die USA sind das Land, das zuallererst Terror in allen seinen For-

Für die USA bedeutet Terrorismus ... jedes Wort oder gar Gefühl gegen diese abscheuliche Politik; jeder Akt der Weigerung, sich der US-Politik und ihrer unmenschlichen Gesetze zu unterwerfen – daher ist jede gerechte Sache ein Akt des Terrorismus; jeder Versuch die eigene Ehre zu verteidigen ist ein Akt des Terrorismus; jede Handlung zum Schutz der eigenen Kultur und die Ablehnung der US-Kultur (wenn man von einer solchen überhaupt sprechen kann) ist ein Akt des Terrorismus; jeder Versuch, das eigene tägliche

Befreiungsbewegungen als terroristische Gruppen zu betrachten.

Wir in der PFLP betrachten die jüngste europäische Entscheidung als einen Akt des Terrorismus.

Aus diesem Grund sollte der Kampf gegen diese Entscheidung nicht ein Akt der Solidarität sein. Es ist vielmehr eine moralische Angelegenheit und sollte Teil eines internationalen Kampfes sein, des Kampfes gegen den neuen Kolonialismus, der von den USA in verschiedenen Regionen der Welt repräsentiert wird und der sich auch darin ausdrückt, dass Europa der US-Politik folgen soll, was zu



men und Schattierungen praktizierte und nach wie vor praktiziert.

Beginnend mit der Ausrottung der ursprünglichen amerikanischen Bevölkerung, über den Sklavenhandel, die Diskriminierung der Afro-Amerikaner, die Unterdrückung Lateinamerikas, die Kriege in Vietnam und ganz Südostasien, die Ermordung Allendes in Chile, die Belagerung Kubas, die Aggression gegen Libyen, die Zerstörung des Irak und schließlich bis hin zur Unterstützung für den neuen nazistischen Staat „Israel“, die mit der Verheimlichung der von „Israel“ begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit einhergeht. Nicht umsonst nennt Herr George W. Bush den „israelischen“ Kriegsverbrecher Ariel Sharon „einen Mann des Friedens“.

Die Bedeutung von Terrorismus in politischen Lexikon der USA ist sehr klar und bedarf keiner Erläuterungen:

Brot zu verteidigen ist ein Akt des Terrorismus;

jeder Ruf nach einem gerechten Frieden und jeder Aufruf zu nationaler Einheit ist Terrorismus, ja jeder Ruf nach Freiheit, menschenwürdigem Leben, Brot, Wasser und Medizin ist ein Akt des Terrorismus.

Was die Sache noch hässlicher werden lässt, ist, dass die US-Definition von Terrorismus eine internationale geworden ist und dass jede politische oder soziale Gruppe, jeder Mensch oder Aktivist, der zur Linie des Weißen Hauses in Opposition steht, auch auf internationaler Ebene zum Terroristen erklärt wurde.

Aus diesem hässlichen und verfälschten Motto entstand die jüngste europäische Entscheidung, sich dem US-Befehl zu unterwerfen und folglich die Volksfront für die Befreiung Palästinas und andere palästinensische nationale

einem Desaster und instabilen internationalen Beziehungen führen wird.

Aus diesem Grund appellieren wir an alle politischen Parteien in Europa aufzustehen und die Entscheidung, die PFLP auf die amerikanische und europäische Terrorliste zu setzen, zu verurteilen und diese Angelegenheit zu einer Priorität ihres täglichen Kampfes zu machen. Überdies sollte der Kampf gegen die jüngste europäische Entscheidung Teil des Kampfes gegen die Globalisierung sein. Auch aus diesem Grund rufen wir alle Europäer dazu auf, sich im Kampf gegen den neuen amerikanischen und europäischen Terror zu vereinigen, der in der nahen Zukunft, sollten wir, fortschrittliche Individuen und Gruppen, nicht geeint stehen, dazu führen wird, dass jedwede Anti-Globalisierungsgruppe und jeder Aktivist, jede Stimme, welche die US-Politik verurteilt, jeder Versuch die nationale Souveränität

oder sogar die persönliche Freiheit sowie Gedanken- und Meinungsfreiheit zu verteidigen, auf die sogenannte Terrorliste gesetzt werden wird.

Schließlich erklären wir in Beantwortung der Entscheidung der EU, dass die PFLP darüber nicht besorgt ist, da wir uns als nationale Befreiungsbewegung verstehen und nicht als „terroristische Gruppe“, sowie als Teil des internationalen Kampfes für eine bessere Welt. Eine Welt von menschlicher Würde, Gerechtigkeit und Frieden. Gleichzeitig rufen wir die Europäische Union dazu auf, die USA für ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Libyen, im Irak, in Afghanistan und in anderen Teilen der Welt auf ihre Terrorliste zu setzen. Auch „Israel“ sollte auf der gleichen Liste stehen, für seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es versteht sich von selbst, dass es genügend Beweise für diese Verbrechen „Israels“ in Palästina gibt, ebenso wie für seine wiederholte Weigerung jedwede europäische und internationale Resolution oder Entscheidung zu respektieren.

Wir erklären, dass unser Kampf weiter gehen wird, Hand in Hand mit jedem einzelnen Freiheitskämpfer und Antiglobalisierungsaktivisten, mit jeder Organisation und progressiven Partei auf der Welt um die Rückkehr von mehr als fünf Millionen palästinensischer Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern und Exilländern in ihre Heimat zu erreichen und um unser Ziel, den Aufbau eines laizistischen und demokratischen Staates im historischen Palästina zu erreichen, eines Staates, in dem es keinen Platz für religiöse, nationale, kulturelle und ethnische Diskriminierung gibt.

Es leben unsere Märtyrer!

Es leben unsere Geiseln in „Israels“ Konzentrationslagern!

Es lebe Palästina!

Es leben alle freiheitsliebenden Personen auf der Welt!

*Volksfront für die Befreiung Palästinas
Büro für Internationale Angelegenheiten*

Der Schauprozess gegen Marwan Barghuti

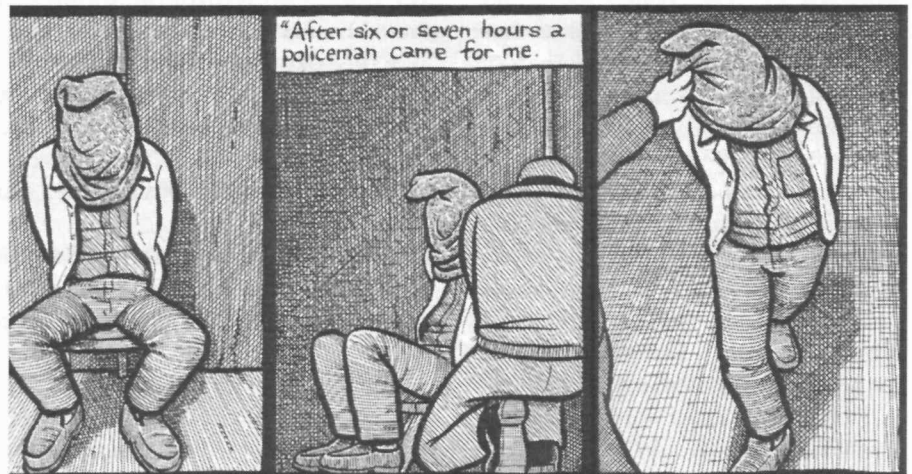
Wer klagt wen an?

Der Prozess gegen den seit April 2002 inhaftierten palästinensischen Führer Marwan Barghuti nahm neue politische Dimensionen an, nachdem Barghuti von der israelischen Armee beschuldigt worden war, er sei für den Ausbruch der Intifada im September 2000 verantwortlich.

Barghuti wurde während der israelischen Großinvasion der palästinensischen Städte von einer israelischen Spezialeinheit in Ramallah verhaftet. Damals behauptete die israelische Armee, sie habe bei den diversen Hausdurchsuchungen in den erstürmten Gebieten Dokumente gefunden, die einen direkten Zusammenhang Barghutis mit den Widerstandsaktionen nachwiesen.

Barghuti galt vor der Intifada als einer der jungen „gemäßigten“ palästinensischen

Interviews, die Barghuti in verschiedenen Phasen gab und in denen er den Widerstand gegen die Besatzung für notwendig hielt. So wird etwa auf der Internetseite der israelischen Armee zitiert: „Es ist eine Illusion zu glauben, dass wir ein gerechtes Abkommen über die Flüchtlinge, Jerusalem, die Siedlungen und die Grenzen nur durch Verhandlungen erreichen werden. Für diese Dinge werden wir lange Konfrontationen brauchen ... Die Ausbreitung der Siedlungen kann nicht mit Wünschen



sischen Führungspersonlichkeiten, die hinter Arafat und dem Oslo-Abkommen standen. Er ist auch Abgeordneter zum palästinensischen Parlament und übt eine hohe Funktion in der *Fatah*-Bewegung aus. Nach der Verhaftung wurden ihm einerseits wie allen Palästinensern aus den besetzten Gebieten alle zivilen Rechte entzogen und er wurde Folter – die offizielle israelische Bezeichnung dafür ist „mäßiger physischer Druck“ – ausgesetzt. Andererseits wurde er vor ein israelisches Zivilgericht gestellt, um der Kriminalisierung des Widerstands der Palästinenser eine mediale juristische Grundlage zu geben. Barghuti erkennt das Gericht nicht an.

Während die Beschuldigungen in den ersten Phasen sich angeblich auf Dokumente stützten, beruht die Anschuldigung der Verantwortung für den Ausbruch der Intifada auf Zeitungsberichten und In-

terviews, die Barghuti in verschiedenen Phasen gab und in denen er den Widerstand gegen die Besatzung für notwendig hielt. So wird etwa auf der Internetseite der israelischen Armee zitiert: „Es ist eine Illusion zu glauben, dass wir ein gerechtes Abkommen über die Flüchtlinge, Jerusalem, die Siedlungen und die Grenzen nur durch Verhandlungen erreichen werden. Für diese Dinge werden wir lange Konfrontationen brauchen ... Die Ausbreitung der Siedlungen kann nicht mit Wünschen

und Bitten aufgehalten werden, sondern mit der Waffe. Unser Volk im Westjordanland und im Gazastreifen hat das Recht, mit allen Mitteln gegen die Besatzung zu kämpfen“. Weitere Statements dieser Art werden auf der oben erwähnten Webseite zitiert.

Damit versucht die israelische Soldateska mit den Methoden des verblichenen Apartheid-Südafrika, den legitimen Kampf der Palästinenser als Summe krimineller Aktionen darzustellen, die von einer Person oder Personengruppe initiiert und dirigiert werden. Die Regierung spricht einerseits von einem Kriegszustand, um alle Verbrechen und Kollektivstrafen gegen die arabische Zivilbevölkerung zu rechtfertigen und um jedem Anspruch auf Schadenersatz zu entkommen, andererseits aber führt sie Kriminalprozesse gegen politische Führungen, um von den realpolitischen Fragen

abzulenken und ihre politische Pleite vor der eigenen Öffentlichkeit zu verdecken. Das rechtliche Dilemma besteht darin, dass die Palästinenser weder als Bürger, für welche die Staatsgesetze gelten, noch als ein anderes Volk, mit dem man sich im Kriegszustand befindet und dessen Gefangene daher als Kriegsgefangene zu behandeln sind, gelten. Wenn Israel versucht, sein Apartheidsystem auf juristischer Basis zu etablieren, dann scheitert es an seiner Komplexität und Israel stellt sich bloß, zeigt, was es wirklich ist: ein von einer Militärjunta regierter Apartheidstaat.

Der Prozess gegen Barghuti ist ein Prozess gegen die Intifada, die selbst ein Ergebnis des israelischen Verbrechens am palästinensischen Volk darstellt. Der israelischen Regierung fehlt daher jegliche Legitimität einen solchen Prozess durchzuführen. Letztendlich stellt sie sich und die gesamte israelische Gesellschaft damit allerdings selbst auf die Anklagebank.

Ali Nasser

Intifada in Zahlen

Daten vom 29. August 2002

611 israelische Tote

1.855 palästinensische Tote

davon:

161 gezielte Tötungen

(Exekutionen ohne Gerichtsverfahren, laut Genfer Konvention als Kriegsverbrechen zu betrachten)

406 unter 18 Jahren (22%)

85,3% Zivilpersonen

372 durch schwere Waffen getötet

1076 durch Schusswaffen getötet

8 getötete Journalisten

davon 7 palästinensische und 1 italienischer

75 verwundete Journalisten

167 tötlich angegriffene, inhaftierte

deren Material zerstört wurde

20 Pressezentren bombardiert

15 im Dienst getötete Ärzte, Krankenpfleger, Ambulanzfahrer

(durch Beschuss der Ambulanzwagen oder Bomben auf Wohngebiete)

34.606 entwurzelte Oliven- und Obstbäume

75% der palästinensischen Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze

(Lebensunterhalt weniger als 2 US\$ pro Tag –
im Gazastreifen: 84,6%, im Westjordanland: 57,8%)

Quellen:

<http://www.israel.org>

<http://www.hdip.org>



Brain Out

Augenzeugenbericht einer angehenden österreichischen Ärztin

Doris Höfelmayer, eine angehende österreichische Ärztin und Aktivistin der Palästina-Solidarität in Wien, befindet sich seit Anfang August 2002 in Gaza. Sie arbeitet dort als freiwillige Helferin beim Roten Halbmond. Nachstehend veröffentlichen wir ihre Augenzeugenberichte.

12. August

Ich sitze jetzt in Khan Younis, dann und wann hört man Artillerie, am Abend und in der Nacht normale Schüsse. Ich war auch kurz in Rafah heute, sowohl hier als auch in Khan Younis ist die Situation de-saströs. Beim Checkpoint in Khan Younis wird eine Hauserreihe nach der anderen zerlegt, sie rücken mit der riesigen Beton-mauer jedes Jahr beständig vor.

Während man in Gaza City baden kann, gibt es hier im Süden überhaupt keinen Zugang zum Strand. Khan Younis ist von allen Seiten von Siedlungen umringt. Der Checkpoint zwischen Khan Younis und Gaza City ist manchmal für Stunden geschlossen und manchmal offen – es hängt vollkommen von der Willkür der Israelis ab.

Die Situation und Stimmung unter den Leuten ist schlecht. Man merkt die Perspektivlosigkeit sehr stark. Es gibt de facto keinen Sanitäter, der nicht schon irgendwann eine Kugel abbekommen hat.

Gaza in der Nacht ausgeleuchtet wie ein Gefängnis – 14. August

Abgesehen von den regelmäßigen Überflügen und Schüssen, besonders in der Morgen- und Abenddämmerung, kann man auch Scheinwerfer, die von den Siedlungen und den Militärcamps verwendet werden, welche praktisch die ganze Stadt Gaza ausleuchten könnten, sehen. Was da noch ein Unterschied zu einem richtigen Gefängnis sein soll, weiß ich nicht. Gestern war ich bei der al-Tuffah-Area, diesem berüchtigten Checkpoint von Khan Younis mit der riesigen Betonmauer, um eine Frau mit Epilepsie ins Spital zu bringen. Es gibt in dem palästinensischen Dorf hinter dem Checkpoint eine Ambulanz, die aber nicht durch den Checkpoint kann, also musste eine aus Khan Younis zum Checkpoint fahren, um dann die Übergabe der Patientin vor israelischen

Jeeps, Panzern und Wachtürmen durchzuführen. Heute war ich kurz bei der einzigen Wasseraufbereitungsanlage von Khan Younis, der auch die Feuerwehr angegliedert ist. Sie wurde vor fünf Monaten von der sehr nahegelegenen Siedlung aus fast vollkommen zerstört. Sie verwenden Grundwasser, weil sie keinen Zugang zum Meer haben.

In der al-Tuffah-Area haben die Israelis auch ein Ding, das wie ein Kran aussieht und auch so hoch ist, das sie beliebig verschieben können und aus dem heraus sie sehr gut schießen können. Es ragt immer an verschiedenen Stellen hinter der riesigen Betonmauer hervor. Das ist für die dann offensichtlich wie ein Computerspiel.

In den Strassen von Khan Younis sieht man noch oft Abu-Ali-Mustafa-Plakate hängen. Aber noch öfter sieht man die Zeichen von *Hamas*.

Interessant war ein Treffen mit einem Polizeioffizier in dem Haus einer der Sanitäter, der uns zum Essen eingeladen hatte. Man redete ein bisschen über Arafat und es kam heraus, dass selbst dieser Polizeioffizier für einen Wechsel an der Spitze war, in welche Richtung ließ sich jedoch nicht eruieren.

Es ist nebenbei bemerkt offensichtlich, dass es auch im Roten Halbmond nicht ganz mit rechten Dingen zugeht. Die Hierarchie ist total auf Arafats Bruder konzentriert und aus irgendeinem Grund versucht man die Freiwilligen davon abzuhalten mit den SanitäterInnen essen oder spazieren zu gehen. Das ist uns ausdrücklich untersagt worden, was eigentlich unglaublich ist. Derartiges gab es früher auch nicht. Man ist in seiner gesamten Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt, weil man nur mit den Aufpassern von der Public Relation raus darf. Ich weiß nicht genau, was damit bezweckt werden soll. Möglicherweise will man nicht, dass wir die Unzufriedenheit mit der PNA-Administration mitbekommen.

Weekend in Khan Younis – 17. August

Am Donnerstag, den 15. August, ging ein dringender Funkspruch an die zwei sich im Dienst befindenden Ambulanzen in Khan Younis. Es wurde von Schüssen nahe einer der Siedlungen berichtet. Ich selbst war in der zweiten Ambulanz, die am Ort des Geschehens ankam. Es war bereits wieder ruhig. Keine Schüsse, sondern nur aufgeregte Menschen, die uns entgegenliefen. Wir brachten einen Mann ins nahegelegene Nassar-Spital, der eine Schnittwunde am Finger hatte und hyper-ventilierte. Im Spital war bereits die zweite Ambulanz angekommen, die ein Kind hingebracht hatte, für das aber jede Hilfe zu spät kam. Das Kind hatte vor seinem Haus auf der Strasse gespielt, als es ein israelischer Scharfschütze offensichtlich direkt mit einer M-16 in den Kopf schoss. Es war eingehüllt in ein grünes Laken, das dunkel von Blut war. Das Einschussloch war sehr klein, in der Mitte der Stirn, am Hinterkopf war jedoch der gesamte Schädelknochen zerschmettert. Das Kind war auf der Stelle tot. Laut Aussagen der Ärzte war es fünf Jahre alt und hieß Ayman.

Am nächsten Tag fand das Begräbnis im Zentrum von Khan Younis statt. Der in eine palästinensische Fahne eingehüllte Leichnam des Kindes wurde vom Haus naher Verwandter zur Moschee getragen, begleitet von Fahnen und Schüssen in die Luft. Nach dem Gebet zog ein Demonstrationzug durch die Straßen von Khan Younis, begleitet von Fahnen aller politischen Organisationen. *Hamas*, *Dschibad*, *PFLP*, *Fatab*, und *al-Aqsa* waren vertreten.

In der darauffolgenden Nacht wurden wieder zwei Palästinenser in der Nähe von Khan Younis von Israelis erschossen. CNN berichtete darüber. Angeblich sollen sie Sprengstoff getragen haben, doch die Informationsquelle von CNN ist die israelische Armee. Vom Tod dieses Kindes wurde, obwohl ausländische Journalisten bei dem Begräbnis anwesend waren, nirgends außer auf Channel 4 (GB) berichtet.



Keiner ist hier für die Globalisierung – 22. August

In den letzten Tagen wurde hier recht viel über den Vorschlag der Israelis geredet, sich aus Gaza und Bethlehem zurückzuziehen. Am Tag nach dem Rückzug der israelischen Armee aus Bethlehem wurden in Khan Younis weitere Häuser in der Touffah Area zerstört, mit Bulldozern und Artillerie. Angeblich gab es drei Tote. Das Haus einer der freiwilligen Sanitäter in Khan Younis wurde dabei beschädigt.

Wir waren heute im Gesundheitsministerium und der dortige Doktor, mit dem wir sprachen, war erstaunlich offen, was die Notwendigkeit eines Wechsels an der Spitze der Regierung in Palästina anging. Er strich heraus, dass die Palästinenser das aber selbst tun müssten und weder Israel noch die USA sich da einzumischen hätten. Das Gesundheitsministerium hatte vor der Intifada ein Budget von 100 Millionen US-Dollar, wobei die Hälfte für Gehälter aufgewendet wurde. Während der Intifada ist das Budget gesunken, weil für nichts mehr Geld da war. Der Krieg gegen die Palästinenser wird sowohl auf hoher als auch auf niedriger Intensität geführt. Beispielsweise sind Impfprogramme oder Programme, in denen mobile Ärzte in die medizinisch unterversorgten Gebiete fahren, unmöglich oder sehr erschwert worden, weil eben die Checkpoints den Gaza Streifen zersplittern.

Wir hatten eine weitere interessante Diskussionsrunde in der *Association of En-*

gineers über Globalisierung. Es war interessant, dass es praktisch niemanden gab, der für die Globalisierung gewesen wäre. Sie wurde vor allem mit Kulturimperialismus gleichgesetzt, mit Vereinheitlichung, Amerikanisierung. Auch damit, dass wieder das Recht des Stärkeren, das Gesetz des Dschungels mit der Globalisierung aufkäme. Die Besinnung auf die eigene Kultur und die Religion schien ihnen die stärkste Waffe gegen die Globalisierung zu sein.

Vor zwei Tagen wurden alle internationalen Helfer in das Haus von Dr. Fathi Arafat, Bruder von Yassir und Ehrenpräsident des Roten Halbmondes, eingeladen. Die Einrichtung ist exquisit, er hat ein großes Wohnzimmer, in dem man hingesetzt wird, und anschließend wird gegessen und getrunken. Im Laufe der zwei Stunden, die ich dort zubrachte, fühlte ich mich immer mehr wie ein zusätzliches Möbelstück in seiner teuren Wohnung. Fathi Arafat ist ständig umgeben von seinem Hofstaat, ein paar Ärzten, ein paar Psychologen, ein paar Administratoren und in seiner Küche hat er einen Koch, der für etwa 15 Leute sehr rasch sehr viel kochen musste. Der war der einzig sympathische in der ganzen Partie, aber eben die ganze Zeit in der Küche versteckt. Er hat eine ganze Reihe Kriecher um sich versammelt, die brav einen Knicks vor ihm machen, ihn bedienen und letztendlich die Arbeit für ihn machen, während er vom leidenden palästinensischen Volk spricht.

Es war wirklich kein angenehmer Abend. Fathi Arafat duldet keinen Widerspruch und feuert Leute nach seinem Belieben. Er ist der unumschränkte Herrscher im Roten Halbmond in Gaza und verhält sich auch dementsprechend. Niemand, außer einigen Kriechern, schätzt ihn.

Rafah – dem andauernden Krieg erlegen – 2. September

In der Nacht vom 27. zum 28. August erfolgte ein schwerer Angriff mit Apache-Raketen in Gaza-Stadt, in unmittelbarer Nähe des Hauptquartiers des Roten Halbmonds. Zerstört und beschädigt wurden dabei unbewohnte, sich in Bau befindende Häuser. In der darauffolgenden Nacht erfolgte ein weiterer Angriff in Gaza-Stadt, dem vier Mitglieder einer Familie zum Opfer fielen, eine Mutter mit drei Kindern. Am 30. August starben in Rafah ein Vierzehnjähriger und ein Sechzehnjähriger, einer durch einen Kopfschuss, der andere durch einen Schuss in den Brustkorb. In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde in Khan Younis in der Gegend von al-Touffah einer 20-jährigen Frau ins rechte Auge geschossen, zwei weitere Menschen erlitten Splitterverletzungen im Zuge von Häuserzerstörungen.

Ich arbeite diese Woche in Rafah, ganz im Süden an der Grenze zu Ägypten. Während Gaza-Stadt noch tatsächliche



Infrastruktur aufweist, wie beispielsweise gepflegte Parkanlagen, so findet man in Khan Younis schon etwas weniger Infrastruktur, aber zumindest noch ein belebtes Stadtzentrum mit gefüllten Marktständen. Wenn man dann bis nach Rafah vorgestoßen ist, sieht man den Unterschied sofort. Rafah hat wohl ein Zentrum, aber die sichtbare Armut, die Zerstörungen und das gesamte staubige Straßenbild zeigen das Gesicht eines andauernden Krieges. In Rafah hört man auch während des Tages Schüsse und Artillerie. Gut die Hälfte aller Ausfahrten mit der Rettung sind am Tag psychosomatische Fälle, in der Nacht sind fast die gesamten Ausfahrten Schussverletzungen, aber auch psychosomatische Probleme.

Die Infrastruktur in Rafah scheint dem andauernden Krieg erlegen zu sein. Als ich in Khan Younis arbeitete, betreute ich einen Fall in al-Karrara, der jeden Tag wegen etwas anderem ins Spital gebracht wird. Am Vortag war es Fieber gewesen, bei mir waren es Rückenschmerzen. Auch hier lag das vor, was hier etwas beiläufig "psychic case" genannt wird, und das war auch kein Wunder. Das Wohnhaus dieses Mannes liegt direkt neben einem israelischen Watchtower, direkt neben dem Stacheldrahtzaun.

Es gibt hier zahlreiche Leute, unter anderem auch zwei Sanitäterinnen in Rafah, die vor zwei Jahren nach Gaza kamen, um ihre Familien zu besuchen und dann im Zuge des Ausbruchs der Intifada nicht mehr ausreisen durften. Ihr jordanischer

Pass ist abgelaufen, sie bekommen keinen neuen Ausweis von den Israelis ausgestellt und sind damit praktisch nicht existent. Sie können nicht einmal nach Gaza-Stadt fahren, wegen des Checkpoints zwischen Khan-Younis und Gaza-Stadt. Eine von ihnen hat geheiratet, mittlerweile hat sie zwei Kinder, die beide Ausweise haben, wie auch ihr Mann, nur sie ist im Süden des Gaza-Streifens gefangen.

Was hier überall präsent ist, ist die Solidarität mit dem Irak. Sowohl in Khan Younis als auch in Rafah sah ich schon Lautsprecherwagen, bestückt mit palästinensischen und irakischen Fahnen, die dazu aufriefen, Bilder von Saddam oder irakische Fahnen aus den Fenstern zu hängen. Die Sanitäter, mit denen ich über den Irak geredet habe, waren sich alle bewusst, dass ihre Gemeinsamkeit mit dem irakischen Volk die ist, dass sie gegen den Westen, gegen die USA stehen. Während der Irak hier also beliebt ist, kommen die Golfstaaten mitunter nicht so gut weg, auch Saudi Arabien nicht, denn man fühlt sich hier verraten von den arabischen Nachbarn.

Mit erhobenen Händen am Checkpoint – 7. September

Letzten Donnerstag ist ein israelischer Panzer zerstört worden, beim Checkpoint zwischen Khan Younis und Gaza-Stadt. Ein Soldat ist dabei umgekommen. Als Reaktion wurde der Checkpoint geschlossen und er ist bis auf wenige Stunden bis

heute geschlossen. Am selben Tag gab es drei Verwundete durch israelische Kugeln in der Grenzregion in Rafah.

Anfang der Woche wurde in Rafah in der Nacht ein Wohnhaus durch einen Panzer zerstört. Es gab neun Verletzte, eben die gesamte schlafende Familie, die dort gewohnt hat. Als die Rettungen dort ankamen, wurde das Feuer erneut eröffnet. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag ist in Khan Younis mitten im Zentrum eine Autowerkstatt durch vier Raketen von einem Apache zerstört worden. Auch hier wieder dasselbe: Als die Rettung ankam, galt die fünfte Rakete ihr, es wurde aber niemand verletzt.

Am Freitag versuchte ich nach Gaza zu gelangen. Zuerst habe ich es um 11 Uhr versucht, mit der Rettung und einem Patienten, der am Samstag in Gaza in einem Spital operiert werden sollte. Es war aber kein Durchkommen möglich, der Patient wurde in ein Taxi gesetzt, das wartete, die Rettung kehrte zum Stützpunkt zurück. Um 13 Uhr haben wir es nochmal versucht. Zusammen mit einer langen Schlange wartender Autos sind wir dort gestanden, man sah keinen einzigen Soldaten, kommuniziert wurde über Lautsprecher von den israelischen Watchtowers zu den wartenden Palästinensern. Immer wieder haben die Israelis herumgeschossen, ich weiß nicht worauf, oder auf wen, vielleicht nur, um eine „bessere“ Atmosphäre zu schaffen. Nach eineinhalb Stunden erschien dann ein Militärjeep, zu dem einer der Sanitäter und ich uns hin-

Alltag

bewegten, um zu verhandeln, ob ich mit der Rettung auf die andere Seite gebracht werden könnte. Es ist ein eher ungutes Gefühl, wenn man die wartenden Palästinenser hinter sich lässt, völlig exponiert auf diesen Jeep zugeht, weiß, dass man beobachtet wird, aber selbst niemanden sieht, und das alles mit erhobenen Händen, wobei ich in der rechten Hand meinen Pass hergezeigt habe.

Nun ja, sie haben mich dann durchgelassen und heute bin ich bereits in Jerusalem. Morgen geht's nach Ramallah, wobei dort Ausgangssperre ist und ich nicht genau weiß, wie ich reinkommen kann. Heute sind in der Nacht 40 Panzer von der Siedlung Nezarim nach Deir al-Balah eingefallen und haben willkürlich Häuser zerstört. Gaza ist wirklich ein großes Gefängnis, ein Jagdgehege, in dem es niemals Schonzeit für die Palästinenser gibt.

Ramallah – zerbombt und zerschossen – 10. September

Als ich am Sonntag in Ramallah ankam, war noch Ausgangssperre. Dennoch konnte man während des ganzen Tages ein paar Leute und ein paar Autos auf der Straße sehen, allerdings waren praktisch alle Geschäfte geschlossen. Ich arbeitete wieder bei der Rettung, die während der Ausgangssperre auch normale Transporte durchführt, wie Dialysepatienten, oder einfache Heimtransporte vom Spital, die normalerweise von Taxis gemacht werden. Wenn keine Ausgangssperre herrscht, wird für so etwas Geld verlangt, weil dann die Rettung nur für Notfälle zuständig ist. Das Hauptquartier des Roten Halbmonds befindet sich direkt gegenüber der israelischen Siedlung Psagot, die auf dem nächsten Hügel liegt. Im März ist das Dachgeschoss des Hauptquartiers durch Artillerie von der Siedlung komplett zerstört worden.

Ich sah Arafats Büro. Die umliegenden Ministerialgebäude sind durch F 16 komplett zerstört worden, nur das Gebäude, in dem er sich momentan aufhält, ist noch ganz. Es kann hier schon mal passieren, dass man in eine Straße mitten in Ramallah einbiegt und sich auf einmal zwei israelischen Panzern oder Militärjeeps gegenüber sieht. Die Ausgangssperre ist jetzt nur noch in der Nacht aufrecht.

Vorletzte Nacht war ich mit der Rettung unterwegs. Es ist ein wenig un-

heimlich, wenn die einzigen Autos auf der Straße eine Kolonne von drei israelischen Jeeps sind und die Rettung, die langsam in einigem Abstand hinterdrein fährt. Es gibt eine weitere riesige Siedlung in unmittelbarer Nähe, Bet-El, zu der auch zwei Checkpoints gehören. Ich bin ein paar Mal mit der Rettung dorthin gefahren. Die IDs der Sanitäter und mein Pass werden kontrolliert und der Rettungswagen wird durchsucht. Dann wird man weiter gewunken und hundert Meter später erfolgt dasselbe nochmals. Die Dörfer außerhalb Ramallahs sind von der Außenwelt abgeschnitten, weil die Zufahrtsstraßen zerstört wurden. Entweder wurden riesige Gruben ausgehoben oder Schuttwälle aufgeschüttet. Das bedeutet, dass diese Dörfer nur auf dem Fußweg erreichbar sind. Kein Rettungswagen kann diese Dörfer erreichen. Patienten müssen zu dem Schuttwall gebracht werden, dort werden sie übernommen und dann mit der Rettung weitertransportiert. Was das für akute Fälle bedeutet ist klar. Es wird von den Israelis verunmöglicht, Patienten eine angemessene präklinische medizinische Versorgung zu gewähren. Durch ihre Maßnahmen verweigern sie den Rettungen kontinuierlich den Zugang zu Patienten. Hier in Ramallah steht

auch die Rettung, die fast zehn Einschusslöcher in der Windschutzscheibe aufweist, in der ein Sanitäter starb und die beiden anderen schwer verletzt wurden. Insgesamt starben zwei Sanitäter und ein Arzt des Roten Halbmonds im Dienst im März dieses Jahres. Verletzt wurden allerdings viel, viel mehr, ebenso wieviele verhaftet oder an den Checkpoints misshandelt wurden.

Der Unterschied zu Gaza mag vielleicht sein, dass man nicht dauernd Schüsse hört, aber man die israelische Militärpräsenz in den Strassen sieht.

Nablus ist hermetisch abgeriegelt – 15. September

Diesen Brief bekam ich gestern von einer Freundin aus Nablus.

Hi Doris!

Gestern bin ich in Nablus angekommen. Die Stadt ist fast hermetisch abgeriegelt, so perfekt habe ich das noch nie gesehen. Jeder kleine Feldweg, jede Möglichkeit mit dem Auto nach Nablus zu fahren ist blockiert. Natürlich gibt es trotzdem Schleichwege, aber keiner davon führt direkt in die Stadt hinein. Nablus zu besuchen heißt im Moment laufen bzw. in einigen Fällen eher wandern. Ich habe von



stundenlangen Trecks durch die Berge gehört, welche die Leute von der internationalen Solibewegung auf sich nehmen mussten. Die Ambulanzen haben schon Ärger mit den Besatzern bekommen, weil sie Leute mitnehmen. Trotzdem sind sie im Moment anscheinend das florierendste Taxiunternehmen der Stadt. Offiziell ist hier immer noch Ausgangssperre, aber zumindest in der Altstadt tobt das Leben und die Märkte sind voll. Ich weiß allerdings nicht, wie's vorher aussah und es hatte auch nicht jeder Laden offen. Außerhalb der Altstadt kann man sich auch bewegen, aber die Straßen sind nicht wirklich belebt. Öffentliche Gebäude sind sowieso geschlossen und nur wenige Läden haben inoffiziell geöffnet. Das Szenario ist gespenstisch. Über allem liegt eine dicke Staubschicht, an den Straßenrändern liegen Schutt und Scherben. Die Gehwege sind überwiegend beschädigt und der Asphalt ist wie überall in Palästina gerippt von den Panzern. Bei näherem Hinsehen fällt einem auf, dass die meisten Fensterscheiben beschädigt sind, oft sind die Gebäude völlig entglast. Alle machen sich Sorgen wegen dem kommenden Winter, der sich schon ankündigt. Tagsüber sieht man in der Innenstadt kein Militär, aber nachts rollen Panzer durch die Strassen.

Geschossen wird im Moment wenig und anscheinend hauptsächlich in die Luft, aber es gibt Gerüchte, dass es demnächst wieder eine umfangreichere Häuserzerstörung geben wird. Viele Häuser und Geschäfte in Nablus wurden bereits zum dritten Mal bombardiert, die Besitzer hatten jeweils schon wieder angefangen, zu renovieren. Es sieht im Moment so aus, als ob es jeden Tag schlimmer wird. Gestern ist eine Kolonne von sieben Panzern die Hauptstraße entlang gefahren, Richtung al-Ain-Flüchtlingslager. Heute Morgen standen sie anscheinend vor unserem Haus bzw. vor der Feuerwehr gegenüber. Welchen Sinn das immer hat, was da genau passiert, kann ich dir nicht sagen. Manchmal ist es sicherlich einfach nur Schikane. Diesen Morgen sollen mehrere Läden in der Altstadt zerstört worden sein („manuell“), weswegen dort heute nur wenige Läden offen haben. Außerdem wurde ein Taxifahrer auf dem Weg ins Balata-Camp erschossen. Das heißt, während es vorher halbwegs planbar war, wo man wann hinkonnte und wo nicht, ist die Bewegungsfreiheit jetzt wieder mehr eingeschränkt, es ist schwieriger einzukaufen. Keiner weiß, was als nächstes passiert. Wir wollten die Flüchtlingslager besuchen, aber es ist im Moment wohl

schwierig, sich aus der Stadt heraus zu bewegen. Seit gestern wird auch wieder mehr geschossen.

Ich würde mal sagen, du kommst auf jeden Fall in die Stadt rein. Wir sind zuerst zum Huwara-Checkpoint gefahren (z.T. auf Siedlerstraßen), der war aber an dem Tag geschlossen. Dann hat sich unser Taxifahrer aus Jerusalem nach Nablus durchgefragt. Wir sind über Dörfer und Felder gefahren. Die Einheimischen wissen, wo man Roadblocks umfahren kann. Beim al-Ain-Lager war Schluss, ab da mussten wir laufen, haben aber irgendwann ein Taxi gefunden, das uns in die Innenstadt gefahren hat. Es kommt glaube ich immer darauf an, wo die Panzer gerade sind bzw. überhaupt das Militär. Ich würde dir zwei Sachen empfehlen: – lauf nicht auf der Hauptstrasse (das ist die Panzer-Rennstrecke) – nimm ein Handy mit. Du solltest mindestens eine Kontaktperson in Nablus haben, die weiß, was los ist und das Taxi dirigieren kann. Das hat uns sehr geholfen. Wie gesagt, ich habe das Gefühl, die Situation ändert sich im Moment stündlich. Wenn du kommst, kann alles schon wieder anders aussehen.

Viele Grüße,
Sabine

Berichte von Doris Höfelmayer



„Ich habe ihnen in der Mitte des Lagers ein Stadion gemacht“

Mosche Nissim, mit Spitznamen „Dovi Kurdi“, der D-9 Fahrer, der zum Terror der Bewohner des Flüchtlingslagers Dschenin wurde, spricht ohne Hemmungen über seine ruhmreiche Zeit.

Ich kam nach Dschenin, getrieben vom Wahnsinn, von Verzweiflung, ich wusste, dass ich nichts zu verlieren hatte. Selbst wenn es mich erwischt, keine große Sache. Ich sagte meiner Frau: „Wenn mir etwas zustößt, dann bist du wenigstens versorgt.“

Ich begann meinen Reservedienst in einer schlimmen Situation. Wahrscheinlich war mir deshalb alles völlig egal – Sprengladungen und Kugelhagel.

Seit eineinhalb Jahren war mein Leben völlig in der Scheiße. Seit fast einem halben Jahr war ich von meinem Dienst als Oberinspektor der Jerusalemer Stadtbehörde suspendiert. Sie sagten, dass ich Schmiergelder genommen hätte. Seitdem bin ich suspendiert. Meine Frau wurde ebenfalls rausgeworfen und ich muss vier Kinder erhalten. Dies war nicht der erste Schlag. Ein paar Monate vorher war ich schlimm am Rücken verletzt worden, meine Frau wurde entlassen und mein Sohn war überfahren worden und musste operiert werden um sein Bein zu retten.

Ich hatte 16 Jahre in der Reserve gedient und war ein Nichtsnutz gewesen, hatte nur Probleme gemacht. Während meines Grundwehrdienstes wurde ich immer wieder mit Arrest bestraft, weil ich mich weigerte Fahrzeugelektriker zu sein. Auch in meiner Einheit, bei den Bulldozern, sollte ich Elektriker sein, aber tatsächlich machte ich nichts, trieb nur Blödsinn.

Die Prüfung

Das Lustige daran ist, dass ich überhaupt keine Ahnung hatte, wie man den D-9 bedient. Ich war nie Fahrer gewesen. Aber ich bat sie, mir eine Chance zu geben, es zu lernen. Bevor wir in Sicheim (Nablus) einrückten, bat ich ein paar von den Kollegen es mir zu zeigen. Sie saßen mit mir zwei Stunden zusammen. Sie zeigten mir, wie man vorwärts fährt und wie man eine Fläche platt macht. Ich setzte mich mit einem Freund, mit einem Jemeniten, in den D-9. Ich ließ ihn eine Stunde lang arbeiten

und dann sagte ich: „OK, ich hab's piert.“

Die Fahne

Als wir ins Lager kamen, waren die schon dort. Sie waren aus Sicheim (Nablus) gebracht worden. Ich bekam einen großen D-9-L, ich und der Jemenite, mein Partner. Als Allererstes befestigte ich die Fahne der Betar-Mannschaft. Ich hatte sie schon vorbereitet. Ich wollte, dass meine Familie mich erkennen konnte. Ich sagte der Familie und den Kindern: „Ihr werdet meinen Bulldozer im Fernsehen sehen. Wenn ihr die Betar-Fahne seht – das ist ich.“ Und so war es auch.

Jetzt verstehen Sie, warum die Betar-Fahne auf dem Bulldozer in Dschenin war. Jemand sagte mir, der Kommandant wollte, dass ich die Fahne wegnehme. Sicher nicht. Wenn ich etwas zu sagen gehabt hätte, wäre eine Betar-Fahne an der Moschee im Lager gewesen. Ich versuchte den Golani-Offizier zu überreden, dass er mich dorthin lässt um sie aufzuhängen, aber er lehnte es ab. Er sagte, er würde erschossen, wenn ich es tun würde. Schade.



Hinein

In dem Moment, als ich mit dem Bulldozer ins Lager fuhr, passierte in meinem Kopf etwas. Ich wurde wahnsinnig. Die ganze Verzweiflung über meine persönliche Situation verschwand sofort.

Bei meinem ersten Auftrag – eine Schneise in das Lager zu schlagen – verstand ich, was das für eine Hölle war.

Mein erster Auftrag – den Soldaten Essen zu bringen – war freiwillig. Sie sagten mir: „Die einzige Möglichkeit, Essen hineinzubringen, ist mit dem D-9.“ Sie hatten zwei Tage nichts gegessen. Man konnte seine Nase nicht hinausstrecken. Ich füllte den Bulldozer bis zum Rand und fuhr bis zum Eingang ihres Postens, damit sie keinen Schritt aus dem Unterstand machen mussten. Ein Schritt war genug um einen Arm oder ein Bein zu verlieren.

Man konnte nicht sagen, wo die Sprengladungen waren. Sie hatten Löcher gegraben und Ladungen verlegt. Man fuhr los und stieß auf ein 10-cm-Rohr, an beiden Enden zugeschweißt. Wenn man es berührt, fliegt es in die Luft. Überall waren solche Fallen, sogar in den Wänden der Häuser. Wenn man sie berührte, flogen sie in die Luft.

Mir, im D-9, war das egal. Ich kümmerte mich nicht darum. Man hörte nur die Explosionen. Selbst 80 kg Sprengstoff rüttelten nur an der Schaufel des Bulldo-

zers. Er wiegt dreieinhalb Tonnen. Er ist ein Monster. Ein Panzer kann von unten getroffen werden. Die Unterseite ist empfindlich. Mit dem D-9 muss man nur auf die RPGs (Panzerfaust/Raketenwerfer) oder 50 kg Sprengstoff auf dem Dach aufpassen. Aber daran dachte ich nicht. Das einzige, was zählte, war, dass die Soldaten sich nicht für Essen und Trinken in Gefahr bringen.

Ich liebte diese Kinder und war bereit mit meinem Bulldozer alles zu tun, wonach sie verlangten.

Wissen Sie, wie ich 75 Stunden lang ausgehalten habe? Ich bin nicht aus dem Bulldozer gestiegen. Ich wurde nicht müde, weil ich die ganze Zeit Whisky trank. Ich hatte stets eine Flasche im Bulldozer. Alle anderen nahmen Kleidung mit, aber ich wusste, was mich erwartete und so nahm ich Whisky und etwas zu essen mit.

Die Reinheit der Waffen

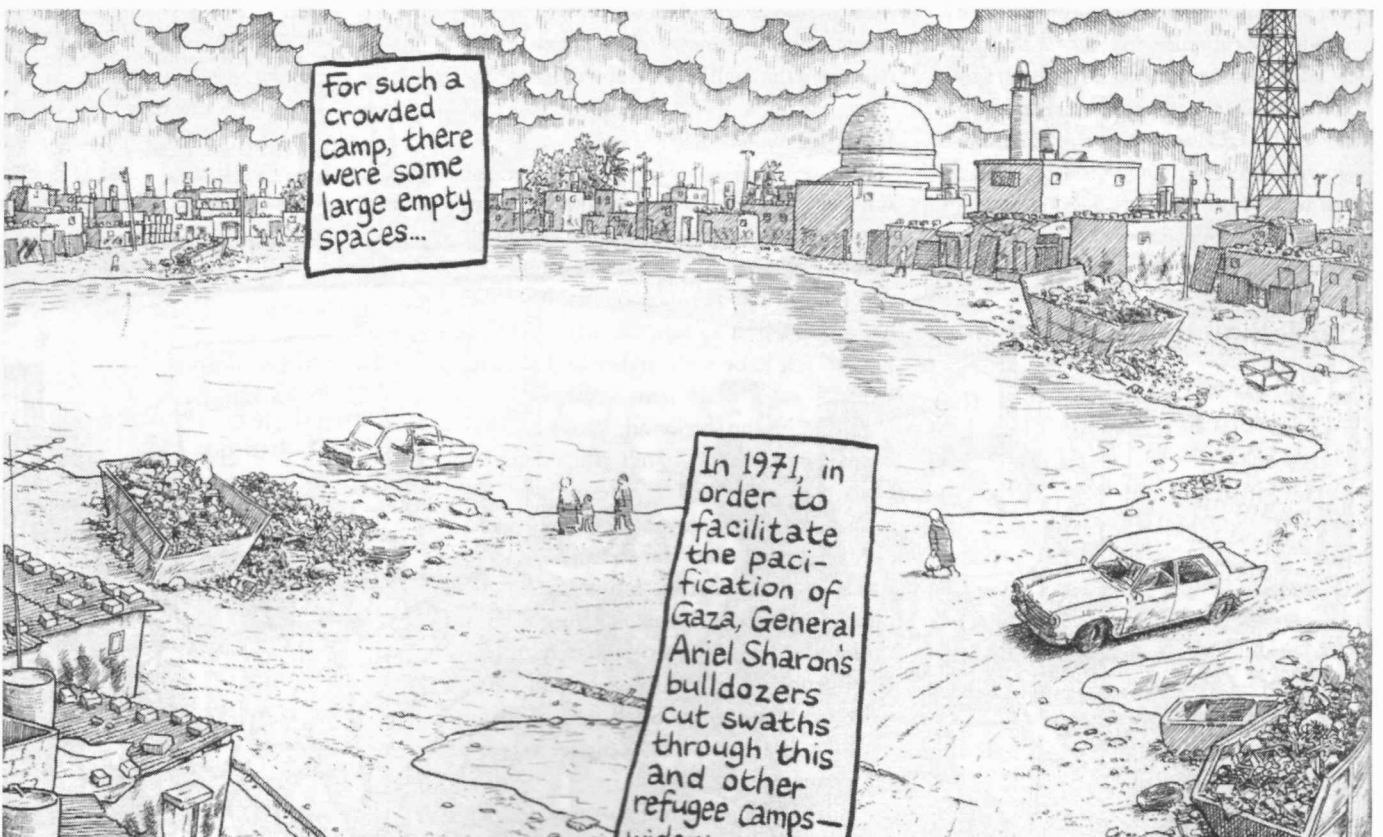
„Einen Zugang herstellen“ – was bedeutet das? Man zerstört Gebäude, auf beiden Seiten. Anders geht es nicht, denn der Bulldozer war viel breiter als ihre Gassen. Aber ich suche nicht nach Rechtfertigungen oder so. Man muss sie wegrasieren. Ihre Häuser zu zerstören war mir völlig egal, denn das rettete unseren Soldaten das Leben. Ich arbeitete dort, wo unsere

Soldaten abgeschlachtet wurden. Deshalb war es mir scheißegal alle diese Häuser zu zerstören – und ich zerstörte eine Menge. Schließlich baute ich ihnen das Teddy-Stadion dort.

Schwierig? Keineswegs. Sie scherzen wohl. Ich wollte alles zerstören. Ich bat die Offiziere über Funk, alles niederreißen zu dürfen, von oben bis unten. Alles platt machen. Nicht dass ich töten wollte. Nur die Häuser. Wir taten denen nichts, die mit weißen Fahnen aus den Häusern kamen, die wir zu zerstören begannen. Wir gingen nur gegen die vor, die kämpfen wollten.

Niemand verweigerte einen Befehl, ein Haus zu zerstören. Das gab es nicht. Wenn man mich anwies, ein Haus zu zerstören, dann nutzte ich die Gelegenheit noch mehr Häuser zu zerstören; nicht weil ich es wollte – aber wenn man ein Haus zerstören muss, stehen normalerweise andere im Weg, es geht nicht anders. Ich hätte es tun müssen, auch wenn ich nicht gewollt hätte. Sie standen einfach im Weg. Wenn ich ein Haus zerstören musste, hätte ich es getan, egal was passiert wäre. Und glauben Sie mir, wir haben zu wenig zerstört. Im ganzen Lager waren Sprengladungen. Wir haben den Palästinensern sogar das Leben gerettet, denn wenn sie in ihre Häuser zurückgekehrt wären, wären sie in die Luft gegangen.

Drei Tage lang zerstörte und zerstörte



ich. Das ganze Gebiet. Jedes Haus, aus dem geschossen wurde, wurde niedergezogen. Und um es niederzureißen, zerstörte ich noch ein paar andere. Sie wurden über Lautsprecher gewarnt aus den Häusern zu kommen bevor ich kam, aber ich gab niemandem eine Chance. Ich wartete nicht. Ich stieß nicht erst einmal an und wartete dann, bis sie herauskamen. Ich rampte einfach die Häuser mit voller Kraft, um es so schnell wie möglich zum Einsturz zu bringen. Ich wollte noch die anderen Häuser drankriegen. So viele wie möglich. Andere haben sich vielleicht zurückgehalten, oder behaupten das zumindest. Wen wollen sie auf den Arm nehmen? Jeder der dort war, sah unsere Soldaten in den Häusern, sah, dass sie in tödlichen Fallen saßen. Ich dachte daran, sie zu retten. Die Palästinenser waren mir schießegal, aber ich zerstörte nicht ohne Grund. Es war alles auf Befehl.

Viele Leute waren in den Häusern, die wir niederrissen. Sie kamen aus den Häusern, an denen wir arbeiteten. Ich sah mit meinen eigenen Augen keine Leute unter der Schaufel des D-9 sterben, und ich sah nicht, dass Menschen lebendig unter den Häusern begraben wurden – aber es wäre mir egal gewesen, wenn da welche gewesen wären. Ich bin sicher, dass Leute in diesen Häusern gestorben sind, aber ich konnte überhaupt wenig sehen, denn überall waren Staubwolken, und wir arbeiteten viel auch in der Nacht. Ich empfand Freude bei jedem Haus, das einstürzte, denn ich wusste, dass es ihnen nichts ausmacht zu sterben, sie sorgten sich um ihre Häuser. Wenn man ein Haus zerstört, begräbt man 40-50 Leute, Generationen. Wenn mir etwas leid tut, dann dass ich nicht das ganze Lager niedergezogen habe.

Befriedigung

Ich hielt keinen Moment an. Selbst wenn wir zwei Stunden Pause hatten, bestand ich darauf, weiter zu machen.

Es war eine große Befriedigung. Es machte richtig Spaß. Ich erinnere mich, wie ich die Wand eines vierstöckigen Gebäudes einriss. Sie fiel krachend auf meinen D-9. Mein Partner schrie mich an, ich sollte zurücksetzen, aber ich ließ die Wand auf uns herunterfallen. Dann nahmen wir uns die Seiten des Gebäudes vor und rampten sie. Wenn es zu schwer war, baten wir um eine Panzergranate.

Ich konnte nicht aufhören. Am Sonn-

tag, als der Kampf vorbei war, bekamen wir den Befehl, die D-9 aus dem Gebiet abzuziehen und die Arbeit an unserem „Fußballstadion“ einzustellen, denn die Armee wollte nicht, dass uns das Fernsehen und die Presse bei der Arbeit sah. Ich war wirklich wütend, denn ich wollte noch das große Schild am Eingang zu Dschenin einreißen – drei Pfosten mit einem Bild von Arafat. Aber am Sonntag zogen sie uns ab, bevor ich dazu kam.

Ich jammerte, sie sollten mir mehr zu tun geben. Ich sagte über Funk: „Warum lasst ihr mich Pause machen? Ich will mehr Arbeit!“ Die ganze Zeit war ich wirklich krank. Ich hatte Fieber. Ich kam völlig fertig aus Dschenin zurück. In Stücke zerrissen. Am nächsten Tag kam ich wieder. Einer der Kameraden war krank und ich wollte ihn freiwillig vertreten.

Ich hatte kein Mitleid mit all den Palästinensern, die da obdachlos wurden. Nur die Kinder taten mir leid, die keine Schuld hatten. Da war ein verletztes Kind, das von Arabern angeschossen wurde. Ein Golani-Sanitäter kam und wechselte den Verband, bis es weggebracht wurde. Wir kümmerten uns um die Kinder. Die Soldaten gaben ihnen Süßigkeiten. Aber ich hatte kein Mitleid mit den Eltern dieser Kinder.

Ich erinnerte mich an die Aufnahmen im Fernsehen, die Mutter, die sagte, sie würde Kinder zur Welt bringen, damit sie sich in Tel-Aviv in die Luft sprengen. Ich fragte die palästinensischen Frauen, die ich dort sah: „Schämt ihr euch nicht?“

Politik

Ich weiß, dass viele Leute denken werden, dass meine Haltung von meiner Mitgliedschaft bei Betar und Likud kommt. Das stimmt. Ich bin ziemlich rechts. Aber das hat nichts damit zu tun, was ich in Dschenin tat. Ich habe viele arabische Freunde. Und ich sage, wenn jemand nichts getan hat – rührt ihn nicht an; wenn jemand etwas getan hat – hängt ihn, wenn es nach mir geht; sogar eine schwangere Frau – erschießt sie ohne Gnade, wenn ein Terrorist hinter ihr steht. So dachte ich auch in Dschenin. Ich reagierte auf niemanden. Es war mir schießegal. Das Wichtigste war, unseren Soldaten zu helfen. Wenn ich drei Wochen gehabt hätte, hätte ich noch mehr Spaß gehabt, dann hätte ich das ganze Lager niedergezogen. Ich kenne kein Erbarmen.

All die Menschenrechtsorganisationen

und die UNO, die mit Dschenin hausieren gehen und so ein Theater darum veranstalten, was wir dort getan haben, reden einfach Scheiße, sie lügen. Viele Mauern explodierten ganz von allein, oder bei der geringsten Berührung. Es ist wohl wahr, dass wir in den letzten Tagen das Lager zertrümmerten. Und jawohl, mit Recht. Sie hatten unsere Soldaten niedergemäht. Sie hatten ihre Chance gehabt, sich zu ergeben.

Niemand hatte irgendwelche Vorbehalte angemeldet. Nicht nur ich nicht. Wer hätte es gewagt, etwas zu sagen? Wenn irgendjemand auch nur den Mund aufgemacht hätte, hätte ich ihn unter dem D-9 begraben. Deshalb ist es für mich in Ordnung, wenn ich die hundert mal hundert Meter sehe, die wir platt gemacht haben. Was mich betrifft, ich habe ihnen ein Fußballstadion hinterlassen, damit sie spielen können. Das war unser Geschenk für das Lager. Besser als sie umzubringen. Sie werden Ruhe geben. Dschenin wird nicht mehr das sein, was es einmal war.

Dieses Interview von Zadok Jecheskel erschien am 31. Mai 2002 in *Jedioth Acharonoth*, der größten israelischen Tageszeitung. Es wurde von der Redaktion der *Intifada* gekürzt.

Übersetzung: Gregor Kneussel

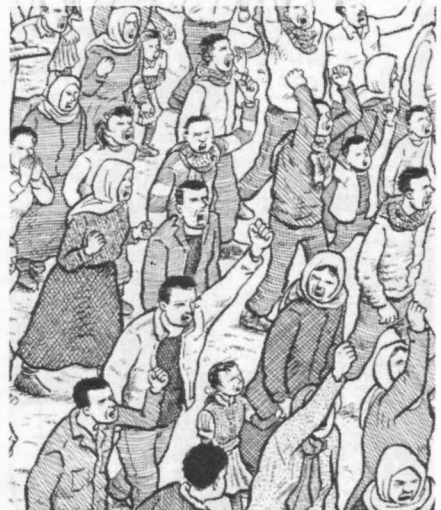
Reservendienst – Israelische Männer werden mit 18 Jahren für drei Jahre zum Grundwehrdienst eingezogen, danach dienen sie als Reservisten.

D-9 – Der D-9-Bulldozer wiegt ohne Panzerung 48,7 Tonnen, mit Panzerung fast 60 Tonnen. Im Armee-Slang wird er „Dov“ (Bär) genannt.

Betar – Abkürzung für *Brith Josef Trumpeldor* (Josef-Trumpeldor-Bund); rechtsradikale Jugendorganisation der „Revisionisten“, die einen jüdischen Staat westlich und östlich des Jordans forderten

Golani – eine Infanterie-Brigade der israelischen Armee

Teddy – Teddy-Kollek-Stadion in Jerusalem



Kollektivstrafen

Am 13. August verteilten israelische Soldaten „Eine wichtige Mitteilung an die palästinensische Bevölkerung“. Sie kündigte weitere Kollektivstrafaktionen gegen die palästinensische Zivilbevölkerung an.

In den letzten zwei Jahren verübte die israelische Armee zahllose aggressive Handlungen gegen die palästinensische Zivilbevölkerung und droht heute offiziell mit weiteren Aktionen. Das Flugblatt, das von Soldaten im besetzten Flüchtlingslager Amari verteilt wurde, besagt, dass „jeder, der mit Terroristen kooperiert, ihnen hilft oder mit ihnen in irgendeiner Verbindung steht, hart bestraft wird“. Ferner werden Häuserzerstörungen und Deportation der Familien von Selbstmordattentätern als „nicht mehr als eine Maßnahme von vielen anderen“ bezeichnet, „die die israelische Armee gegen jeden, der in irgendeiner Verbindung mit Attentaten steht“ unternimmt wird. Am Schluss droht die Armee nochmals den Palästinensern: „Jede Hilfe an Terroristen wird deine und deiner Familie Hoffnung auf ein sicheres, würdiges und respektables Leben vernichten. Leiste Terroristen keine Hilfe, wenn du deine, deiner Familie und deines Eigentums Sicherheit garantieren willst“.

Das Bestrafen von Menschen für Taten, die von anderen verübt wurden, gilt als Kollektivstrafe und ist ein Verstoß gegen die Genfer Konvention. Die Drohungen und die Aktionen der israelischen Armee gegen die Zivilisten sind nicht mehr als Rachaktionen gegen Unschuldige, um jede gerechte friedliche Lösung des primär politischen Konfliktes zu vereiteln.

Sanitäter aufgehalten und geschlagen Eindringen in Klinik

5. September 2002

Die israelischen Soldaten sind heute in eine medizinischen Klinik in Beit Lahiya im Gazastreifen eingedrungen.

Die Soldaten ließen einige Mitarbeiter der Klinik hinaus, andere wurden im Gebäude festgehalten.

Am 4. September haben die israelischen Soldaten in Nablus einen Krankenwagen am militärischen Kontrollpunkt gestoppt. Das ist im Westjordanland und im Gazastreifen allgemein üblich, doch dieses Mal ging die Verletzung der Menschenrechte zu weit. Dem palästinensischen Fahrer des Krankenwagens, Firas al-Baqri, der gerade einen Krebs-Patienten nach Hause brachte, wurde befohlen anzuhalten. Er musste sein Fahrzeug verlassen und wurde von den Soldaten geschlagen.

Firas erzählte, wie der Soldat ihm ins Gesicht und auf seinen Körper geschlagen hatte. Seine Hände waren auch verbunden. Die Misshandlung dauerte ungefähr zehn Minuten und wurde von anderen medizinischen Mitarbeitern im Krankenwagen und zwei Helfern des Roten Kreuzes, Husam al-Shaqshir, sowie einer unbekanntenen Ausländerin gesehen.

Es war nicht möglich diesen grundlosen Angriff zu stoppen. Alle medizinischen Mitarbeiter wurden daran gehindert den Kontrollpunkt zu verlassen.

Trotz dieser entsetzlichen Behandlung werde er seine Arbeit fortsetzen, sagte Firas.

Die israelische Armee verhindert medizinische Versorgung in Nablus

6. September 2002

Die humanitäre Situation in Nablus wird zusehends kritisch, da alle medizinischen Versorgungseinrichtungen zur Zeit von der israelischen Armee paralyisiert werden.

Am Morgen des 6. September umgaben und blockierten Panzer den Zugang zum Rafidia-Krankenhaus, dem Sitz des palästinensischen Roten Halbmonds und einer medizinischen Erstversorgungseinrichtung.

In Nablus herrscht seit 77 Tagen ununterbrochen Ausgangssperre. Während dieser Zeit erhielt die Bevölkerung nur für wenige Stunden die Erlaubnis ihre Häuser zu verlassen.

Fünf internationale Aktivisten, die sich am 5. September in Nablus aufhielten, wurden von der israelischen Armee festgenommen und in die Ariel-Siedlung geschickt. Die Armee hat angekündigt, dass die fünf abgeschoben werden sollen, so wie alle anderen internationalen Aktivisten, die sie in der Stadt befinden.

Dr. Mustafa Barghuti, Präsident der *Palestinian Medical Relief* sagte heute: „Die Situation in Nablus ist sehr kritisch. Die Menschen leben seit fast drei Monaten unter Ausgangssperre und haben jetzt auch keinen Zugang zu medizinischer Behandlung. Die Festnahme der fünf internationalen Aktivisten in Nablus zeigt, dass die israelische Armee ihre Aktionen verstecken will. Wir fordern das sofortige internationale Eingreifen um diese gefährlichen und unmenschlichen Aktionen der israelischen Armee zu stoppen.“

Quelle: The Palestinian Monitor
A PNGO Information Clearinghouse



Freiheit für Palästina!

Demonstration zum zweiten Jahrestag der Intifada

Wien, 28. September 2002

Die parteiunabhängige Plattform „Freiheit für Palästina“ ruft für den 28. September zu einer Kundgebung und Demonstration unter dem gleich lautenden Motto auf. Nach zwei Jahren des Volksaufstandes in den von Israel besetzten Gebieten wird die Lage der Palästinenserinnen und Palästinenser von Tag zu Tag schlechter. Die brutale Gewalt der Besatzungsmacht – die während der Frühlingsoffensive und des Massakers in Dschenin einen traurigen Höhepunkt erreichte – hat bald 2000 Todesopfer gefordert, die meisten davon sind Zivilisten und eine beträchtliche Anzahl Kinder und Jugendliche. Die kontinuierlichen Absperrungen und Ausgangssperren haben das Leben fast unmöglich gemacht. Die Wirtschaft liegt brach, 75% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.

Im Westen wird im Rahmen des „Krieg gegen Terrorismus“ der verzweifelte Überlebenskampf des palästinensischen Volkes immer mehr als willkürlicher terroristischer Gewaltakt dargestellt. Eine Medienschlacht ist im Gange um in der Vorstellungswelt der westlichen Öffentlichkeit das nur allzu offensichtliche Täter-Opfer-Verhältnis schlichtweg umzukehren. Fakten wie die bald 30 Jahre andauernde israelische Besatzung, die tägliche Gewalt und Erniedrigung, die Negierung elementarster Rechte und die wirtschaftliche Not fallen der Medienzensur zum Opfer. Was übrig bleibt sind die Selbstmordattentate, die – so der vorherrschende Pressejargon – nichts als hasserfüllte radikal-islamische Mordlust an Unschuldigen seien.

Die wesentlichen Organisationen des palästinensischen Aufstandes – einige von ihnen, etwa die PFLP, zählen zu den ältesten Organisationen des Widerstandes und sind Mitglied der PLO – wurden von der EU auf die Liste der angeblich terroristischen Organisationen gesetzt. Ihr Vermögen wird eingefroren, ihre führenden Mitglieder verfolgt und verhaftet, ihre Strukturen zerstört. Damit bezieht auch die EU unmissverständlich Seite, nämlich die Israels.

Das schwere Kriegsgerät dient so wie die Medienschlacht und der politisch-

juristische Gewaltakt der Terroristen vorrangig einem Ziel – den palästinensischen Widerstand physisch zu vernichten und ihm politisch jegliche Legitimität abzuspochen. Die Befriedung dieses Konfliktes in einem amerikanisch-israelischen Sinne hat augenscheinlich höchste geostrategische Priorität.

In dieser Situation ist es die Pflicht aller demokratieliebenden und gerechtigkeitsbewussten Menschen aufzustehen und das Unrecht beim Namen zu nennen. Über Parteigrenzen und Auffassungen hinweg gilt es, für die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes einzutreten, denn nur das kann der Weg zu dauerhaftem friedlichen Zusammenleben aller Menschen in der Nahostregion sein.

Die Plattform „Freiheit für Palästina“ demonstriert daher am 28. September in Solidarität mit dem palästinensischen Volk und für die Erfüllung seiner elementarsten Forderungen:

Sofortiger Rückzug der israelischen Besatzungstruppen!

Auflösung aller israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten!

Recht auf Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge!

Recht auf einen souveränen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt!

Namhafte RednerInnen wie die Gemeinderätin der *Grünen* Susanne Jerusalem oder der Vorsitzende der *Österreichisch-Arabischen Gesellschaft* Fritz Edlinger werden ihre Stimme ebenso für das palästinensische Volk erheben wie die antifaschistische WiderstandskämpferInnen Margarethe Gal und Johann Anthofer sowie VertreterInnen der arabischen Öffentlichkeit in Österreich. Der Demonstrationzug

wird nach einer Auftaktkundgebung am Stephansplatz zur US-Botschaft ziehen, wo er seinen Abschluss finden wird.

Nachstehend findet sich die Liste der RednerInnen und UnterstützerInnen.

Antiimperialistische Koordination Wien

RednerInnen (alphabetisch)

Andreas Babler, *Sozialistische Jugend Österreich*

Doris Höfelmayer, angehende Ärztin, die in Gaza als Sanitäterin arbeitete

Fritz Edlinger, Generalsekretär der *Gesellschaft für Österreichisch-Arabisches Beziehungen*

George Nicola, Vorsitzender der *Palästinensischen Ärzte und Apotheker*

Hannes Hofbauer, Publizist und Verleger

Johann Anthofer, antifaschistischer Widerstandskämpfer

Margarethe Gal, Mitglied des *KZ-Verbandes*

Mustafa Hadi, Vorsitzender der *Palästinensischen Gemeinde in Österreich*

Susanne Jerusalem, Grüne Abgeordnete zum Wiener Landtag

Willi Langthaler, *Antiimperialistische Koordination*

sowie Vertreter von DHKC und *Arabischer Palästina-Club*

Unterstützende Kräfte (alphabetisch)

Aktion Frieden für Palästina

Antiimperialistische Koordination (AIK)

Arabische Gemeinde Salzburg

Arabischer Palästina-Club (APC)

ArbeiterInnenstandpunkt

Autonome Palästina-Gruppe

Bewegung für Soziale Befreiung (BSB)

Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS)

Initiative Islamischer Studenten

Internationale Leninistische Strömung (ILS)

Irakische Gemeinde in Österreich

KOMAK-ML

Kurdisches Informationsbüro Wien

Linkswende

Palästinensische Ärzte und Apotheker

Palästinensische Gemeinde Österreich

Palästina-Solidaritätsbündnis auch in Hamburg

Seit Mitte März dieses Jahres hat sich wie in anderen deutschen Städten auch in Hamburg ein *Palästina-Solidaritätsbündnis* gegründet. Angeregt durch den großen Zulauf in Berlin war dies eine Initiative des bereits seit einem Jahr aktiven *Palästina-Arbeitskreises*. Die Resonanz gab uns recht und so saßen bald VertreterInnen aus verschiedenen Gruppen und Initiativen sowie interessierte Einzelpersonen zusammen und überlegten, was angesichts der zunehmenden Eskalation durch die israelische Regierung unternommen werden kann. Neben regelmäßigen Infotischen mit Stelltafeln zur aktuellen Situation in den besetzten Gebieten wurde zu einem großen Palästina-Block im Rahmen des diesjährigen Ostermarsches aufgerufen. Die Resonanz war umwerfend. Mit ca. 2.000 Leuten dominierte dieser Block die gesamte Friedensdemonstration, was die Veranstalter – das *Hamburger Forum* – aber nicht davon abhalten konnte, uns einen eigenen Redebeitrag dort zu verweigern.

Als nächstes stand die Mobilisierung über Flugblätter, Plakate, Veranstaltungen und Infotische zu der bundesweiten Demonstration am 13. April in Berlin an, zu dem wir aus Hamburg immerhin drei Busse voll bekamen. Auch im Rahmen des Bush-Besuches in Berlin war das Bündnis aktiv und rief bei der Hamburger Demonstration am 22. Mai zu einem eigenen Block auf. Die Resonanz war jedoch geringer als beim Ostermarsch.

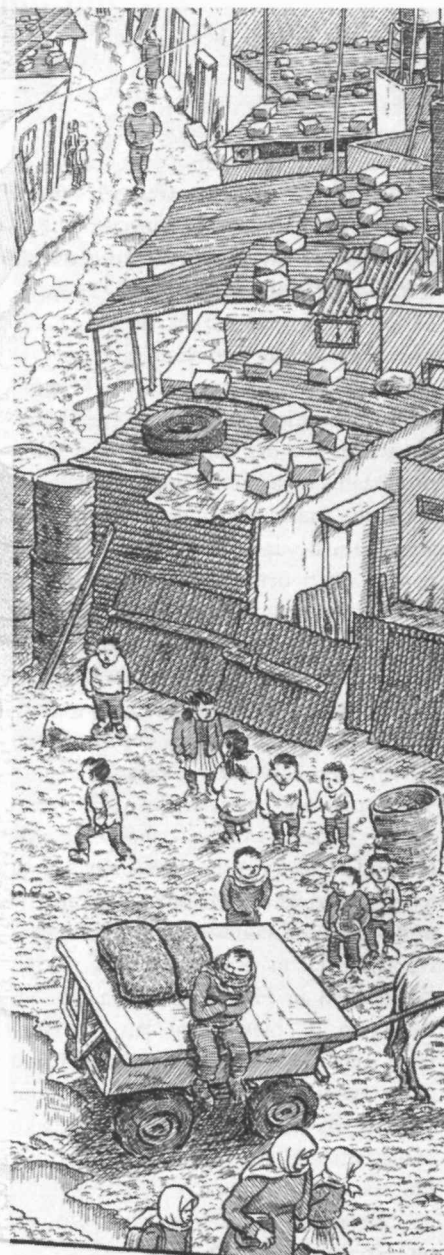
Eine Menschenkette um die Alster, eine Kundgebung zum 35. Jahrestag der israelischen Besatzung, Infotische auf Veranstaltungen – das Solidaritätsbündnis zeigte immer wieder Präsenz und arbeitet dabei auch eng mit der palästinensischen Gemeinde zusammen, welche auch im Bündnis vertreten ist.

Nachdem immer wieder inhaltliche Diskussionen entbrannten, verbrachten wir mehrere Sitzungen mit der Erarbeitung einer inhaltlichen Plattform, zum Einen um uns eine Arbeitsgrundlage zu geben, aber auch um nach außen und für interessierte Menschen unsere Arbeit transparent zu machen.

Die nächsten größeren Aktionen stehen im Herbst an: Für die geplante Antikriegsdemonstration am 31. August rufen wir erneut zu einem eigenen Block auf, und diesmal haben wir vom *Hamburger Forum* sogar „Rederecht“ bekommen. Außerdem planen wir eine größere Kundgebung mit Infotischen, Straßentheater und Zelt mit Schautafeln für den zweiten Jahrestag der Intifada am 28. September.

Die Arbeit hat innerhalb eines halben Jahres eine gute Kontinuität entwickelt und es ist zu hoffen, dass dies sich fortsetzt. Schließlich ist keine Wende in Israels Politik gegenüber Palästina in Sicht und der bevorstehende Krieg der Imperialisten gegen den Irak wird die ganze Situation in der Region weiter zur Explosion bringen.

Achim Sebuster



Fortsetzung von Seite 20

Prison Watch International (PWI)
Revolution
Revolutionär Kommunistische Liga
(RKL)
Revolutionäre Volksbefreiungsfront
Türkei/Kurdistan (DHKC)
Sozialistische Jugend Österreich
Universalismus-Gruppe
Verein Arabischer Frauen

Unterstützende Einzelpersonen (vorläufig)

Claudia von Werlhof, Professorin an der
Universität Innsbruck
Günter Geiger, Redakteur der Literatur-
zeitschrift *Wienszeile*
Tatjana Kojić, technische Angestellte in
Wien
Wilfried Bader, parteiunabhängiger An-
gerberger Gemeinderat und Obmann der
Grünen Bildungswerkstatt GRÜBI Tirol
Dr. Haimo L. Handl, Wien, Lektor am
Institut für Politikwissenschaft der Uni-
versität Wien
Andreas Pecha, *Friedensbüro Wien*



Freiheit für Palästina!

Aufruf zum 28. September 2002

Zweiter Jahrestag der palästinensischen Intifada

Folgende Plattform wurde vom Plenum der deutschsprachigen TeilnehmerInnen am *Antiimperialistischen Lager in Assisi* verabschiedet. Sie basiert im Wesentlichen auf der Plattform des *Palästina-Solidaritätsbündnis Hamburg*.

Die Geschichte der zionistischen Besiedlung Palästinas ist eine Geschichte von Diskriminierung und Vertreibung, die schon vor der einseitigen Ausrufung des Staates Israels im Jahre 1948 begann. Nach der Staatsgründung Israels wurden 770.000 Palästinenserinnen und Palästinenser vertrieben, und statt der im UN-Teilungsplan von 1947 vorgesehenen 56,4 Prozent des ursprünglichen Palästinas hatte Israel nun 78 Prozent gewaltsam in seinen Besitz gebracht.

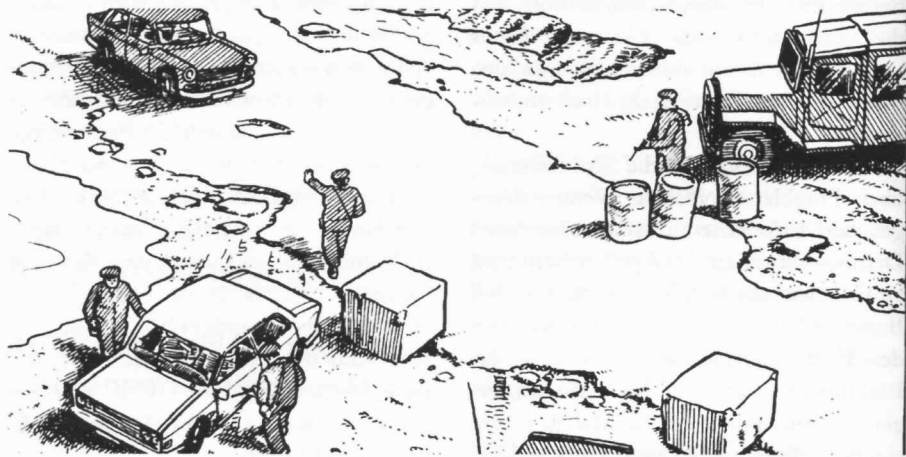
1967 besetzte Israel die restlichen 22 Prozent Palästinas: Gazastreifen und Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem. Erneut wurden dabei Hunderttausende Palästinenser vertrieben. Heute leben mehr als 3,5 Millionen Flüchtlinge und ihre Nachkommen in der Diaspora, zum Teil in der dritten und vierten Generation in Flüchtlingslagern. In den besetzten Gebieten wurden systematisch israelische Siedlungen errichtet und dafür weiteres palästinensisches Land konfisziert. 1981 wurde Ost-Jerusalem annektiert und seitdem mit riesigen Siedlungsblöcken umgeben.

Mit seiner Besatzungs- und Enteignungspolitik verstößt Israel nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen eine Fülle von UN-Resolutionen, die Israel zur Räumung der besetzten Gebiete, zur Beendigung der Siedlungstätigkeit und zur Rückführung der palästinensischen Flüchtlinge auffordern – und dies obwohl sich Israel bei der Aufnahme in die Vereinten Nationen 1949 verpflichtete, sich vorbehaltlos an die Charta der UN zu halten und ihre Resolutionen umzusetzen.

Ständige Demütigungen und Menschenrechtsverletzungen und die zunehmende Siedlungstätigkeit führten 1987 zur ersten Intifada, die erst 1993 nach dem Osloer Abkommen zwischen Israel

und der PLO beendet wurde.

Aber alle Hoffnungen der Palästinenserinnen und Palästinenser auf den sogenannten Osloer Friedensprozess, auf ein Ende der Besatzung, auf die Räumung der Siedlungen und auf ein Leben in Frieden und in einem unabhängigen palästinensischen Staat wurden bitter enttäuscht. Statt dessen sahen sie sich einer verstärkten Siedlungs- und



Repressionspolitik ausgesetzt. In den Jahren von 1993 bis 2000 verdoppelte sich die Zahl der Siedler auf 400.000. Die palästinensischen Gebiete wurden durch Siedlerstraßen und militärische Kontrollpunkte in voneinander getrennte und immer wieder hermetisch voneinander abgeriegelte Bantustans zerstückelt, die Bewegungsfreiheit und der Warenverkehr drastisch eingeschränkt. Arbeitslosigkeit und Armut nahmen in erschreckendem Ausmaß zu.

Als am 28. September 2000 Ariel Scharon unter massiver Militärbegleitung den Haram al-Scharif, den Tempelberg, betrat, war dies der Funke, der die angestaute Frustration und Wut der Palästinenserinnen und Palästinenser zur Explosion brachte und die zweite Intifada auslöste. Seither wurden mindestens 1

700 Palästinenserinnen und Palästinenser getötet, über 50.000 wurden verletzt. Durch Angriffe des israelischen Militärs ist fast die gesamte palästinensische Infrastruktur zerstört. Immer wieder werden palästinensische Städte und Dörfer besetzt. Willkürliche Verhaftungen, Demütigungen und Liquidierungen sind an der Tagesordnung. Das Betreten und Verlassen von Ortschaften ist nur noch mit israelischer Genehmigung möglich. Eine Mauer um die Westbank vervollständigt die israelische Apartheid und macht sie als solche für die Weltöffentlichkeit sichtbar.

Auch auf der israelischen Seite gab

es über 550 Tote und mindestens 4.000 Verletzte. Auch sie sind letztlich Opfer der Besatzungspolitik.

Israel kann diese Politik nur dank des Einsatzes seiner hochgerüsteten Militärmaschinerie aufrecht erhalten, was ohne die Unterstützung durch die USA und Europa nur schwer zu finanzieren wäre. Allein aus dem US-Haushalt fließen jährlich über drei Milliarden US-Dollar nach Israel, vorwiegend für Waffenkäufe. In Europa trägt ganz besonders Deutschland eine Verantwortung für die Besatzungspolitik Israels. Schon seit 1958 gibt es militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Israel, und inzwischen ist Israel der größte Empfänger deutscher Waffen außerhalb der Nato. Im Jahr 2000 wurden Rüstungsgüter im Wert von 177,2 Millionen Euro an Israel geliefert. Beson-

ders alarmierend ist die zwischen 1999 und 2001 erfolgte Lieferung von drei U-Booten, von denen Marschflugkörper mit Nuklearsprengköpfen abgefeuert werden können. Damit trägt Deutschland dazu bei, die Atommacht Israel in gefährlicher Weise aufzurüsten, was eine immense Bedrohung der gesamten Region darstellt.

Wir sind uns einig, dass der Kampf der Palästinenserinnen und Palästinenser für Selbstbestimmung und Befreiung von Besatzung und Unterdrückung gerecht ist und dass Frieden zwischen Israelis und Palästinensern nur dann eine Chance hat, wenn die israelische Besatzung beendet wird. Wir solidarisieren uns mit dem palästinensischen Volk und den Menschen und Gruppen in Israel und weltweit, die sich für das Recht der Palästinenser auf Befreiung und Selbstbestimmung einsetzen. Der palästinensische Widerstand gegen Apartheid und Kolonialismus hat globale symbolische Bedeutung. Er ist Ausdruck der Tatsache, dass die Geschichte nicht zu Ende ist, dass der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung fortgesetzt wird, selbst als Kampf David gegen Goliath.

Wir fordern:

Einstellung der Rüstungsexporte aus Deutschland nach Israel

Schluss mit der politischen und finanziellen Unterstützung des Staates Israel

Sofortige Beendigung der israelischen Besatzung

Schluss mit dem Siedlungsbau und Auflösung aller Siedlungen in den besetzten Gebieten

Einhaltung aller UN-Resolutionen durch Israel

Annerkennung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge

Freilassung aller politischen Gefangenen

Annerkennung des Rechts der Palästinenserinnen und Palästinenser auf Selbstbestimmung

Im Rahmen des in Assisi beschlossenen globalen Protesttags wurden in folgenden deutschsprachigen Städten Kundgebungen und Demonstrationen angekündigt: Berlin, Hamburg, Duisburg, Bonn, Hannover, Nürnberg und Wien.

Der Widerstand gegen die imperialistische Weltordnung ist gerechtfertigt!

Die Ereignisse vom 11. September 2001 sind Ausdruck der Vertiefung der sozialen, politischen, ökonomischen, kulturellen und militärischen Widersprüche in der kapitalistischen Weltordnung. Die USA und ihre Verbündeten reagieren darauf mit einer Kriegserklärung gegen jegliche Opposition. Unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung“ wurde Afghanistan bombardiert und wird der Krieg gegen den Irak vorbereitet.

Darüber hinaus werden die elementaren demokratische Freiheiten, das Recht auf Koalition und freie Meinungsäußerung in Europa selbst massiv beschränkt: Die berüchtigte EU-Terrorliste kriminalisiert nicht nur palästinensische Organisationen, die ihr international verbrieftes Recht auf Widerstand gegen koloniale Okkupation wahrnehmen, sondern nationale und soziale Befreiungskämpfe gegen die imperialistische Weltordnung im Allgemeinen. Diejenigen, die ihr demokratisches Recht auf Unterstützung der Unterdrückten ausüben, riskieren als Terroristen oder ihre Helfer verfolgt zu werden.

Weg mit der EU-Terrorliste!

Die Initiatoren dieses Aufrufs bereiten den Aufbau einer Koordination antiimperialistischer Kräfte im deutschsprachigen Raum vor. Weitere gemeinsame Aktionen sind gegen den bevorstehenden Krieg gegen den Irak geplant.

Duisburg

Treffen antiimperialistischer Gruppen

Um den am *Antiimperialistischen Lager* in Assisi unternommenen Versuchen der Koordination deutschsprachiger antiimperialistischer Kräfte Kontinuität zu geben und ein gemeinsames Vorgehen in den laufenden Kämpfen zu entwickeln, wurde für Samstag, 7. Dezember 2002, in Duisburg ein Zusammentreffen mit folgender vorläufiger Tagesordnung vereinbart. Genauer Ort und Zeitpunkt können über die Redaktion erfragt werden.

Palästina

Bilanz der Palästina-Aktionen zum 28. September 2002

Diskussion über die Rolle der islamischen/islamistischen Kräfte für den antiimperialistischen Kampf und über die Selbstmordanschläge gegen Zivilisten Vorbereitung der Solidaritätsdelegation nach Palästina

Irak

Krieg gegen den Irak und Embargo Koordinierung unserer Antikriegsaktivitäten

Die Unterstützung der Palästinenser und der Kampf gegen Rassismus sind unsere Hauptaufgaben

Ein Bericht der *Revolutionary Communist Group*, Großbritannien

In unseren derzeitigen Aktivitäten sind die Vorbereitungen für eine große Demonstration am 28. September, dem zweiten Jahrestag der Intifada, prioritär. Es wurde bereits für diesen Tag zu einer nationalen Demonstration in Unterstützung der PalästinenserInnen und gegen den Irak-Krieg aufgerufen. Sie soll in London stattfinden. Unser Ziel ist es, einen weithin wahrnehmbaren antiimperialistischen Block für diese Demonstration zu organisieren. Darüber hinaus werden wir unter der Losung „Intifada bis zum Sieg“ eine eigene Veranstaltung abhalten.

Unsere kontinuierlichen Aktivitäten beinhalten wöchentliche Demonstrationen vor *Marks&Spencers*-Filialen in vielen britischen Städten. Wir protestieren gegen M&S wegen deren finanzieller Unterstützung an das zionistische Regime in Israel, die sogar in den Statuten des Unternehmens festgeschrieben ist. In London finden für gewöhnlich zwei Kundgebungen pro Woche statt.

Im Allgemeinen hat sich das rassistische Klima in Großbritannien verschärft. Mit dem „Krieg gegen Terror“ begann die *Labour Party* verstärkt, rassistische Propaganda gegen die ImmigrantInnen zu verbreiten. Ihre Botschaft ist „Immigranten sind Terroristen“. Da vor allem die moslemische Gemeinde sehr isoliert ist und ihr vorgeworfen wird, sich nicht integrieren zu wollen, fällt es den Medien nicht schwer in das rassistische Geheul

einzufallen.

Oft leben karibische, asiatische und irische Gemeinden rund um arme britische Wohngebiete, doch die Medien spielen eine Gemeinschaft gegen die andere aus. Als die Regierung bemerkte, dass sich innerhalb der einzelnen Gemeinschaften Strukturen zur gegenseitigen Unterstützung herausbildeten, führte sie das „dispersal system“ ein, das darin besteht die jeweilige Gemeinschaft aufzusplittern. So wird etwa eine irakische Familie nach Schottland geschickt, sie bekommt eine Wohnung, ein paar Möbelstücke und die dortige Bevölkerung sieht darin sofort Privilegien, die ihr vom Staat vorenthalten werden. Auf diese Weise gelingt es der Regierung, Spannungen und Konflikte zu schaffen.

Nach den Aufständen von Jugendlichen der pakistanischen und bangalischen Gemeinde und der darauf folgenden Repression hat die junge Generation die Dankbarkeit und den Respekt ihrer Eltern gegenüber dem Staat vollkommen abgelegt. Sie sind zwar Briten, aber sie fühlen sich verlassen und sie sind viel radikaler als ihre Eltern, auch wenn ihr Radikalismus nicht progressiv, nicht organisiert ist.

Wir versuchen ihnen klar zu machen, dass ihre unkontrollierten Gewaltakte sich oft gegen sich selbst richten, z.B. die Infrastruktur ihrer eigenen Wohngebiete zerstören, doch dann kommen die

Rechtsanwälte und Sozialarbeiter der *Labour Party*, walzen alles nieder, verurteilen die Gewalt der Jugendlichen in Bausch und Bogen und versuchen ihnen einzureden, dass auf legalem Weg viel mehr zu erreichen wäre. Selbst als es Tote gab, sind sie nicht auf die Gefühle und Forderungen der Jugendlichen eingegangen, sondern haben versucht, ihr Vertrauen in das System wieder herzustellen.

Seit Beginn des „Anti-Terror-Krieges“ wurde die „Inhaftierung auf unbestimmte Zeit“ eingeführt. Das bedeutet, dass die Polizei jemanden verhaften kann, ohne Gründe dafür anzugeben. Diese Person wird in ein Gefängnis gebracht, ohne dass ihr selbst oder ihren Angehörigen mitgeteilt werden muss, wo sich dieses befindet. Die Haftdauer kann bis zu fünf Jahren betragen. Sofort nach der Verabschiedung dieses Gesetzes im Dezember 2001 – das übrigens in zwei Tagen ohne Gegenstimmen durchs Parlament gepeitscht worden war – wurden neun Muslime inhaftiert. Im Sommer 2002 erklärte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof das Gesetz für illegal, doch die Schwadronen, die nach ImmigrantInnen fahnden und jeden Tag 80 Personen festnehmen, existieren noch immer.

Helen Smith

Helen Smith ist Aktivistin der *Revolutionary Communist Group* in Großbritannien.



Stoppt den Krieg gegen den Irak!

Die USA und Großbritannien forcieren ihre Planungen für einen neuen Krieg gegen den Irak. Bereits Anfang September dieses Jahres flogen alliierte Kampfjets die größten Luftangriffe seit vier Jahren. Nachdem der US-Geheimdienst CIA Anfang September eingestehen musste, dass keine Verbindung zwischen Bagdad und dem al-Qaida-Netzwerk besteht, heißt es nun, dass vom Irak eine Bedrohung mit nuklearen Waffen ausgehe. Doch der dafür zitierte Bericht des Internationalen Instituts für Strategische Studien besagt, dass Bagdad heute in allen militärischen Bereichen weitaus schwächer ist als vor dem Golfkrieg 1991. Ein anderer Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), auf den sich der US-Präsident beruft, existiert nach Aussage der IAEA überhaupt nicht.

Ein Krieg gegen den Irak und die vom UN-Sicherheitsrat zu verantwortenden Sanktionen treffen die breite Masse der irakischen Bevölkerung. Der Irak hat ein im Völkerrecht verankertes Recht

auf Selbstverteidigung sowohl gegen die regelmäßigen Bombardierungen als auch gegen den drohenden Angriffskrieg. Den Menschen in der arabischen Welt ist klar, dass die Politik des Westens darauf abzielt, ihr Recht auf Selbstbestimmung noch weiter einzuschränken und sie des Reichtums ihrer Region zu berauben, der eigentlich ihnen zusteht. Ihr Protest und Widerstand gegen die imperialistische Einmischung ist gerechtfertigt.

Der Krieg, die Bombardierungen und die Sanktionen sind ein Verbrechen am irakischen Volk. Die Sanktionen müssen bedingungslos aufgehoben und die Bombardierungen gestoppt werden. Ein neuer Krieg muss verhindert werden!

Bedingungslose Aufhebung aller Sanktionen!

Schluss mit den Bombardierungen!

Keine Überflugsgenehmigungen!

Bei diesem Aufruf handelt es sich um eine Kurzfassung eines Textes, der derzeit in der antiimperialistischen Bewegung in den deutschsprachigen Ländern diskutiert wird. Verfasst wurde er von den Bonner Teilnehmern des *Antiimperialistischen Lagers* 2002 in Assisi. Der vollständige Text sowie die Diskussionen darüber können unter www.internationalismus.info sowie www.antiimperialista.org abgerufen werden.

In Berlin wird am Samstag, den 2. November im Schöneberger Rathaus ein internationaler Kongress „Irak – Alternativen zu Embargo und Krieg“ abgehalten (Programm siehe ebenfalls www.antiimperialista.org). Im Anschluss tagt am Sonntag, den 3. November eine Aktivistenversammlung der Bewegung gegen den Irak-Krieg.

Widerstand ist kein Terrorismus!

Zweite antiimperialistische Solidaritätsdelegation nach Palästina

Dezember 2002/Januar 2003

Wie schon im Vorjahr wird auch zum kommenden Jahreswechsel eine internationale antiimperialistische Solidaritätsdelegation Palästina besuchen. Nach der Offensive der israelischen Armee vom Frühling dieses Jahres, in einem weltweiten Klima, das den palästinensischen Befreiungskampf immer stärker in die Nähe des Terrorismus rückt und ihm jegliche Legitimität nehmen will, benötigt das palästinensische Volk und seine Intifada internationale Unterstützung dringender denn je.

Das Ziel der Delegation wird es daher sein, den Palästinenserinnen und Palästinensern unsere Solidarität in ihrem Kampf um Selbstbestimmung und ein menschenwürdiges Leben zu übermitteln. Darüber hinaus soll die Reise den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit verschaffen durch ein dichtes Programm aus Besichtigungen

und politischen Treffen Einblick in die palästinensische Realität zu gewinnen. Besonderer Schwerpunkt wird dieses Jahr die Solidarität mit der palästinensischen Linken, insbesondere mit den von der Europäischen Union auf die Liste angeblicher terroristischer Vereinigungen gesetzten Organisationen, sein.

Das Programm wird Treffen mit einer Reihe von humanitären Vereinen und nach Möglichkeit mit Vertretern aller Widerstandsorganisationen umfassen, von *Fatab*-nahen Vereinen, über die palästinensische Linke (PFLP) bis hin zu den islamischen Organisationen. Dadurch soll den Besuchern ermöglicht werden, sich jenseits der westlichen Medien-Desinformation selbst ein Bild von der palästinensischen Aufstandsbewegungen und ihren politischen Strömungen zu machen sowie sich mit ihnen kritisch auseinander zu setzen. Besuche in den wichtigsten

palästinensischen Städten wie Hebron, Bethlehem, Ramallah, Nablus und Gaza, sowie in Flüchtlingslagern werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die harten Bedingungen des täglichen Lebens in Palästina vor Augen führen. Auch das Flüchtlingslager Dschenin soll besichtigt werden, wo die Delegation sich selbst von den Resultaten der israelischen Befriedungspolitik überzeugen kann.

Ein weiterer Schwerpunkt der Reise wird die Frage der in Israel lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser und ihre Stellung als Bürger zweiter Klasse im de-facto Apartheidstaat Israel sein. In diesem Zusammenhang wird die Delegation unter anderem mit Vertretern der Organisation *Abna al-Balad* (Kinder der Erde) zusammentreffen, der wichtigsten antizionistischen Organisation innerhalb der grünen Linie, und die Stadt Nazareth besuchen.

Für weitere Informationen:
aik@antiimperialista.org

Im folgenden Brief, der in der englischen Tageszeitung *The Guardian* am 8. August 2002 veröffentlicht wurde, erklären 45 prominente britische Juden, dass sie mit ihrem Recht auf jüdische Staatsbürgerschaft nichts mehr zu tun haben wollen.

Wir verzichten auf die Rechte, die Israel uns gewährt

Wir sind Juden, die außerhalb Israels geboren und aufgewachsen sind, und die im Sinne des „Rechts auf Wiederkehr“ das legale Recht haben, in Israel mit israelischer Staatsbürgerschaft zu leben.

Wir möchten aus folgenden Gründen den Verzicht auf dieses „Recht“, das wir nie angestrebt haben, zum Ausdruck bringen:

1. Wir sehen es als moralisch falsch an, dass uns diese legale Berechtigung zuerkannt wird, während die Menschen, denen das Recht auf Rückkehr zuallererst und tatsächlich zusteht, und die mit Terror und Gewalt vertrieben wurden und werden, davon ausgeschlossen sind.

2. Die israelische Politik gegenüber den Palästinensern ist barbarisch – wir wollen in keinster Weise irgendetwas mit dem zu tun haben, was

Israel tut.

3. Wir halten die Idee, dass die zionistische Emigration nach Israel eine „Lösung“ für die Juden in der Diaspora, Antisemitismus oder Rassismus sei, für falsch. Ungeachtet des Ausmaßes des Rassismus, dessen Opfer Juden waren oder sind – sie haben kein Recht dazu, jemanden anderen zum Opfer zu machen.

4. Wir möchten unsere Solidarität mit all jenen Menschen ausdrücken, die für eine Zeit arbeiten, in der in Israel, im Westjordanland und im Gazastreifen die Menschen ungeachtet ihrer sogenannten rassischen, kulturellen oder ethnischen Herkunft ohne Einschränkungen leben können.

Wir freuen uns auf eine Zeit, in der alle Völker der Region auf der Basis gegenseitigen Respekts und ohne Diskriminierung

in Frieden miteinander leben können. Vielleicht würden manche von uns dann dort leben wollen, aber eben nur unter der Voraussetzung, dass die Rechte der Palästinenser respektiert werden.

Allen denen, die glauben, dass Israel ein „sicherer Hafen“ angesichts des Antisemitismus sei, möchten wir sagen, dass es keine Sicherheit gibt, wenn man die Rolle des Besatzers und Unterdrückers spielt. Wir hoffen, dass das die Menschen und ihre Führer in Israel bald erkennen werden.

Michael Rosen

Ian Saville

Prof. Irene Bruegel

Michael Kustow

Mike Marqusee

Prof. Steven Rose

Leon Rosselson

und weitere 38



„Schwarze Liste“ der EU

Außerkraftsetzung der demokratischen Rechte – verteidigen wir sie!

Seit dem 11. September vergangenen Jahres haben die Vereinigten Staaten von Amerika, unterstützt von der Europäischen Union, ein Klima der „Terror-Psychose“ mit dem Ziel geschaffen, das Recht auf Meinungsfreiheit und Zusammenschluss anzugreifen und sich nicht nur der Opposition in der „Dritten Welt“, sondern auch jener in den Metropolen selbst zu entledigen.

Die USA befinden sich an der Spitze dieser demagogischen Kampagne gegen den Terrorismus und sind in voller Vorbereitung neuer Kriege gegen jene Völker, sie sich ihrer Herrschaft widersetzen. Das Ziel der Kriegstreiber, die Afghanistan in Schutt und Asche gelegt und einen Krieg gegen den Irak angekündigt haben, ist es, ihre Herrschaft über die Welt zu sichern und die Kräfte des Widerstands zu zer schlagen und dauerhaft niederzuhalten.

Seit dem 11. September hat der Westen signalisiert, scharfe Maßnahmen gegen den „Terrorismus“ zu setzen und den Ruf nach Sicherheit zum Abbau der demokratischen Rechte zu nutzen. Nach einigen Monaten der Bombardements gegen Afghanistan haben die USA die „Achse des Bösen“ proklamiert. Aber das reichte nicht aus: Der CIA-Direktor George Tenet publizierte eine Liste „zu eliminierender Organisationen“. Man fragte sich, gegen wen die USA und ihre Verbündeten als nächstes schlagen würden.

Die Verletzung der nationalen Souveränität jedes beliebigen Landes, die Unterdrückung und Auslöschung von Volksorganisationen und die Ermordung ungezählter Menschen werden nunmehr als legitim betrachtet, ohne dass man dagegen die Stimme erheben könnte. Die amerikanische und europäische Presse orchestriert diese Propaganda.

In den USA wurden unter diesen Vorwänden neue antidemokratische Gesetze beschlossen. In Europa wurden die Bestimmungen über den Schutz der Privatsphäre in Telekommunikation und Datenübertragung gelockert. Personenbezogene Daten können von den Behörden nach Belieben verwendet werden.

Währenddessen werden die Geheimdienste nicht müde ihre Ziele auszuweiten. Die USA und die EU erweitern

laufend ihre Schwarzen Listen der „auszulöschenden terroristischen Organisationen“. Auf diesen Listen, die sich scheinbar gegen die mit den Attentaten des 11. September in Zusammenhang gebrachten Islamisten (bis heute ohne einen einzigen ernsthaften Beweis) richteten, fanden sich bald auch Kräfte wie die *Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front* (DHKP-C), die *Kurdische Arbeiterpartei* (PKK), die *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP). Damit war die wirkliche Intention ihrer Redakteure klar, nämlich die mit ihnen verbündeten diktatorischen, die Völker unterdrückende Regime wie Israel oder die Türkei zu schützen. Damit treten sie auch das Völkerrecht mit Füßen, das explizit den Widerstand, einschließlich des bewaffneten, gegen die koloniale Besatzung als legitim erklärt. Bald danach wurden die *Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens* (FARC) auf die Liste gesetzt. Auch auf nationalstaatlicher Ebene nutzte man die Gelegenheit zum Angriff. Die baskische Partei *Batasuna* wurde kurzerhand verboten, weil sie unermüdlich das Selbstbestimmungsrecht für das baskische Volk forderte. Und vor einigen Wochen haben die USA auch die *Kommunistische Partei der Philippinen* (CPP) auf den Index gesetzt. Holland hat sofort die EU aufgefordert, es den USA gleichzutun.

Die Auslöschung der revolutionären Opposition in den F-Typ-Gefängnissen in der Türkei, der Plan Kolumbien, der das Bestreben des kolumbianischen Volkes nach Unabhängigkeit und Frieden mit sozialer Gerechtigkeit mit Füßen tritt, die Operationen auf den Philippinen, die sich angeblich gegen die Abu-Sayyaf-Gruppe richten, aber tatsächlich einer amerikanischen militärischen Intervention Tür und Tor öffnen, die Kriminalisierung der

Globalisierungsgegner durch Berlusconi sind nur verschiedene Aspekte ein und desselben Planes.

Die Schwarze Liste der EU

Die Schwarze Liste der EU wurde durch eine Institution mit dem Namen COREPER zusammengestellt, die aus den ständigen Botschaftern beim Europarat besteht. Um eine Organisation als terroristisch zu denunzieren, muss der COREPER kein Argument vorbringen, noch ist er verpflichtet seine Motive öffentlich zu machen. Kein Einspruch und kein Rechtsmittel ist gegen die willkürliche Kriminalisierung möglich. Die Diplomaten haben sich also einfach das Recht genommen wen immer sie wollen als „Terroristen“ abzustempeln. Die nationalen Gesetze werden gerade an diese Konzeption angepasst und eröffnen die Möglichkeit die Opposition gegen die antidemokratischen Maßnahmen als Unterstützer des Terrorismus zu verfolgen. In diesem Klima kann von der Wahrung der demokratischen Grundrechte keine Rede mehr sein.

Im Gegenteil, die Liste der terroristischen Organisationen stellt eine Unterstützung für mörderische Regime dar.

Der Terrorismus, Werk des Imperialismus

Seit Anbeginn seiner Entstehung hat der Imperialismus Milliarden zu Arbeitslosigkeit, Elend, Repression und Folter verurteilt. Der Imperialismus ist für die Verletzung der Souveränität zahlloser Länder verantwortlich. Dutzende Millionen müssen und mussten mit dem Leben bezahlen oder unter unmenschlichen Be-



dingungen vegetieren. Der Imperialismus betrieb Staatsstrieche, Massaker und Völkermord in Lateinamerika, Asien, Afrika und im Mittleren Osten. Er hat die Hitler, Mussolini, Franco geschaffen und finanziert, genauso wie er Tausende notorische Folterknechte ausbildete.

War es nicht er, der sich immer als „modernes und zivilisiertes System“ präsentiert hat? Erinnern wir uns an den Krieg der Zivilisationen Berlusconi. Doch wo ist diese Zivilisation? In Deutschland und in den Niederlanden greift der Rassismus um sich. Was ist aus dem Humanismus geworden, auf den diese Länder so stolz sind?

Hören wir die Erklärungen Blairs in Bezug auf sein Verhältnis zu den USA. „Wir sind bereit den Preis des Blutes zu zahlen“. Von welcher Barbarei spricht er? Wessen Blut will der Premier vergießen? Nichts als Heuchelei, denn es waren sie, die die Schwarze Liste entwarfen.

Wer ...

die Verletzung der demokratischen Rechte verhindern

den in Europa wütenden Rassismus und Kulturchauvinismus insbesondere gegen die islamische Gemeinde bekämpfen

die gegen oligarchische und diktatorische Regime kämpfende Organisationen unterstützen

sich den neuen Kriegen entgegenstellen will, mit denen der europäische Imperialismus die Völker bedroht

ist aufgerufen sich an der Mobilisierung gegen die Schwarze Liste der EU zu beteiligen, die am 26. Oktober in Brüssel stattfindet.

Die demokratischen Rechte dürfen nicht auf die Schwarze Liste!

Nieder mit den diktatorischen und faschistischen Regimen im Dienste des Imperialismus!

Setzen wir diese Regime auf die Schwarze Liste der Völker!

Weg mit der Schwarzen Liste der EU!

Jaime Yovanovic noch immer in Haft in Südafrika

Der chilenische Antifaschist Jaime Yovanovic Prieto war Anfang August von der italienischen politischen Polizei DIGOS arretiert und nach Südafrika abgeschoben worden, nachdem seine Teilnahme am *Antiimperialistischen Lager* in Assisi für erhebliches Aufsehen gesorgt und ihm in der Berlusconi-Presse gar die Bezeichnung „Meister des Terrors“ eingebracht hatte. Gegen den ehemaligen Aktivisten der MIR-Partei, dem ein zur Zeit der Pinochet-Diktatur erfolgter Anschlag auf General Urzúa zur Last gelegt wird, besteht ein internationaler Haftbefehl. Von den chilenischen Militärtribunalen wurde über die Regierung Chiles, wie bereits vor zwei Jahren, ein Auslieferungsantrag gestellt, der damals wegen der ihm drohenden Todesstrafe allerdings von Italien zurückgewiesen wurde.

Südafrika verweigerte Yovanovic anfangs die Einreise, um ihn in der Folge in Haft zu nehmen. Wochenlang leugneten die Behörden gegenüber Anfragen von Solidaritätsgruppen seine Anwesenheit, die erst durch einen vom chilenischen Innenministerium bestätigten Auslieferungsantrag nicht mehr verschwiegen werden konnte.

Der von der Menschenrechtsorganisation *Legal Resources Centre* bestellte Anwalt Ahmet Mayet meinte vergangenen Freitag in Johannesburg der Presse gegenüber, dass die bereits über einen Monat andauernde Inhaftierung ohne Anklage nach südafrikanischem Recht illegal sei. In einem Rekurs gegen die Haft verwies Mayet auf die Zweifelhaftheit des noch aus dem Jahre 1897 stammenden und von einem Vertreter der britischen Krone unterzeichneten Auslieferungsabkommens. Außerdem handle es sich um einen eindeutig politischen Fall, wie ihn der Vertrag explizit ausschließe. Der Presse wurde ein Brief Yovanovic' präsentiert, in dem er zwar die Abschaffung der Todesstrafe, die seine Auslieferung durch Italien noch verhindert hatte, einräumte, jedoch darauf hinwies, dass das neue Gesetz eine Klausel enthalte, welche die Militärjustiz, von der er verfolgt werde, nach wie vor zur Verhängung der Todesstrafe berechtige.

Die drohende Auslieferung eines

Kämpfers gegen die Pinochet-Diktatur, die immer ausgezeichnete Beziehungen zum Apartheid-Regime unterhielt, durch die nunmehr ANC-geführten südafrikanischen Behörden hat besonders in Lateinamerika für Empörung gesorgt. Zahlreiche namhafte Intellektuelle und Repräsentanten der Linken, wie beispielsweise die *Madres de la Plaza de Mayo* aus Argentinien, haben bei Nelson Mandela Protest eingelegt. In Rom und in Wien fanden vor den Botschaften Südafrikas bereits Protestkundgebungen statt: Solidaritätsgruppen der ehemaligen politischen Häftlinge in Brasilien und Chile haben ebenfalls Proteste angekündigt.

Aber auch die sozialdemokratische Regierung Lagos' in Santiago de Chile wurde vom Militär in eine delikate Position gedrängt. Ihr geht es vornehmlich darum, das demokratische Gesicht ihrer sogenannte „*transición*“, durch die die Putsch-Generäle und ihre Nachfolger zwar in den Hintergrund gedrängt, aber weder bestraft noch entmachtet werden, zu wahren. Durch derartige Querschüsse wird die Brüchigkeit des historischen Kompromisses zwischen der ehemaligen linken Opposition und den rechten Militärs der Öffentlichkeit vor Augen geführt. In dieser Zwickmühle steht es der Regierung weder gut zu Gesicht Aktivisten des Widerstands zu verfolgen, noch die eigenen Institutionen zu desavouieren. In seinem Brief aus dem Gefängnis greift Yovanovic dann auch die offizielle chilenische Linke heftig als „Komplizen der Diktatur“ an, die „gegenüber dem demokratischen Betrug die Köpfe wie Strauße in den Sand stecken“ würden.

Willi Langthaler



Schlussresolution des *Antiimperialistischen Sommerlagers* in Assisi

Stoppt den imperialistischen Terrorkrieg!

Der Angriff auf den Irak muss zum Ende der imperialen Weltordnung werden!

Die am *Antiimperialistischen Sommerlager* in Assisi, Italien, versammelten AktivistInnen und Organisationen verurteilen aufs Schärfste den von den USA und ihren Verbündeten unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terror“ begonnenen Krieg. Bereits der in diesem Zuge geführte Angriff auf das afghanische Volk, der Tausende zivile Todesopfer kostete, belegt, dass die wirklichen Terroristen eben gerade die USA und ihre Verbündeten sind, deren eigentliches Ziel die Ausschaltung jeglicher Opposition gegen ihre wirtschaftliche und politische Vorherrschaft ist.

Die „Neue Weltordnung“ wurde als das Ende der Geschichte proklamiert. Sie versprach globalen Frieden, Prosperität und Demokratie. Tatsächlich brachten die Diktate des IWF, der Weltbank und der WTO nur Arbeitslosigkeit, Armut und Elend. Es ist diese Verschlechterung der Lebensbedingungen, gegen die in Argentinien und anderswo die Massen mit Rebellionen reagieren, die eine neue Phase der globalen sozialen Konflikte anzeigen. Die gewaltsame Niederschlagung der argentinischen Volksbewegung ist nur ein weiterer in einer langen Reihe von Beweisen für den zunehmend tyrannischen Charakter des globalen Kapitalismus. Letztendlich ist die Ausrufung des permanenten Krieges das offene Eingeständnis dafür, dass die gemachten Versprechen nichts als Lügen waren. Er zeigt den Niedergang der Hegemonie des Imperialismus und ist Ausdruck der sich verschärfenden sozialen, politischen, kulturellen und militärischen Widersprü-

che des Systems, die früher oder später nicht anders können als gewaltsam zu explodieren.

Während die Verdamnten dieser Erde bereits ihrer elementaren sozialen und politischen Rechte beraubt sind, werden diese Rechte auch in den imperialistischen Ländern selbst zunehmend beschränkt. Tausende Menschen sind in den USA und in der EU ohne die geringste Aussicht auf einen Prozess inhaftiert, nur weil sie aus arabischen oder islamischen Ländern stammen – ein Ausdruck rassistischer Unterdrückung. Freie Meinungsäußerung und Zusammenschluss fallen dem „antiterroristischen Kreuzzug“ zum Opfer, mit dem der Westen die antiimperialistischen, revolutionären und kommunistischen Kräfte vom politischen Leben auszuschließen sucht. Die von der EU übernommene berüchtigte schwarze Liste der USA verfolgt die Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker und insbesondere des palästinensischen als terroristisch. Sie verletzt dabei sogar ihr eigenes internationales Recht, das den Widerstand gegen Kolonialismus und fremde Besatzung ausdrücklich als legitim ansieht. Die Kräfte des *Antiimperialistischen Lagers* werden am 26. Oktober in Brüssel eine Protestdemonstration für die ersatzlose Aufhebung der schwarzen Liste abhalten.

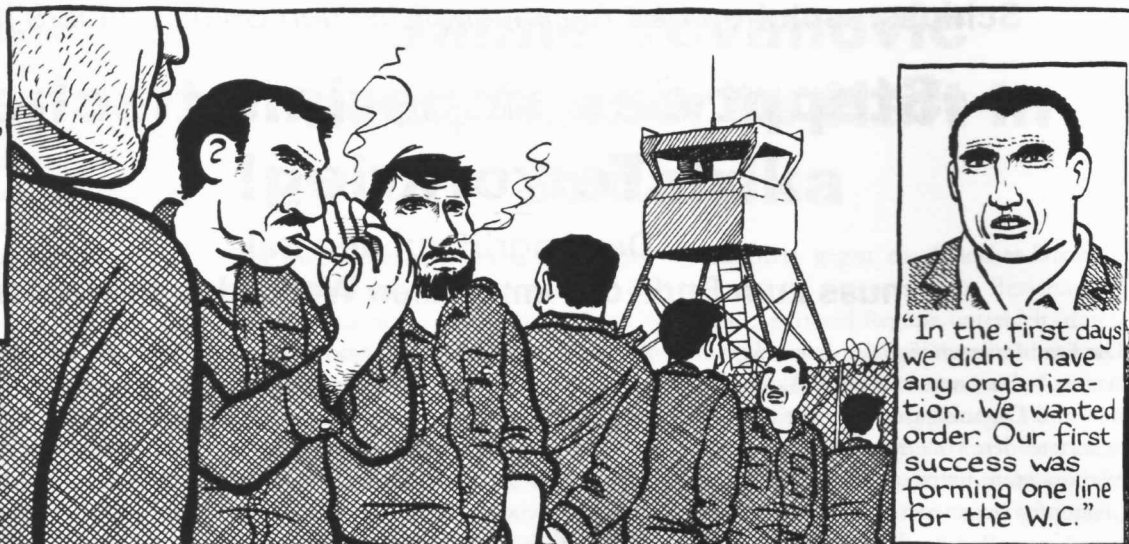
Die Antiglobalisierungsbewegung stellt die erste wichtige Opposition gegen den wilden Kapitalismus seit 1989-91 dar. Daher versteht sich das *Antiimperialistische Lager* als integraler Bestandteil der Bewegung. Die Eskalation der internationalen

Konflikte hat die Bewegung an einen entscheidenden Wendepunkt gebracht. Zu lange vermied sie, hypnotisiert vom humanitären Deckmantel, den der Westen seinen geostrategischen Interessen umhängte, eine klare Stellungnahme. Angesichts der unter dem Vorwand der Verteidigung der „westlichen Werte“ durchgeführten imperialistischen Aggression gegen das jugoslawische Volk ging die von der Bewegung proklamierte Neutralität widerstandslos durch. Doch als Bush nach dem 11. September ausrief, dass alle jene, die nicht mit den USA wären, als Feinde betrachtet und bekämpft werden würden, war das nicht mehr möglich. In der Folge legten Teile der Führung der Bewegung ihren pro-imperialistischen Charakter dar, indem sie wichtige anti-imperialistische Widerstandsbewegungen einschließlich der bewaffneten ausschlossen. Sie stellten so einen Entwurf dessen zusammen, was später die schwarzen Listen der USA und EU werden sollten.

Das *Antiimperialistische Lager* verurteilt die Tendenzen zur sozialdemokratischen Degeneration innerhalb der Bewegung, die das kapitalistische Weltsystem durch die Dämpfung der abgrundtiefen sozialen Widersprüche retten will. Wir stellen uns gegen die versteckte und offene Unterstützung für den Linkliberalismus, der von der Vertreibung aus den Regierungen vieler europäischen Länder bedroht ist. Das US-amerikanische Zwei-Parteien-System, das auch Europa aufgezwungen werden soll, muss bekämpft werden, genauso wie der Liberalismus, ob nun in seiner rechten oder linken Variante.



According to Yusef, the prisoners—who included doctors, teachers, lawyers, and journalists—soon began discussing ways of organizing themselves...



"In the first days we didn't have any organization. We wanted order. Our first success was forming one line for the W.C."

Das *Antiimperialistische Lager* ruft zur Bildung eines antagonistischen antiimperialistischen und antikapitalistischen Pols innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung auf. Wir geben bekannt, dass wir als solcher gegen den europäischen Gipfel im Juni 2003 in Saloniki unter der Losung der Zerschlagung der Nato und EU demonstrieren werden.

Das *Antiimperialistische Lager* verurteilt das illegale Haager Tribunal gegen Slobodan Milošević, das den verbrecherischen Krieg der Nato gegen Jugoslawien und sein gegen die imperialistischen Diktate Widerstand leistendes Volk legitimieren soll. Weiters stellen wir uns gegen die Versuche des Westens mittels des Internationalen Strafgerichtshof in Haag eine internationale Gerichtsbarkeit zu erzwingen, welcher der Kriminalisierung des Widerstands sowie der Rechtfertigung der imperialistischen Interessen dient. Wir klagen die Verletzung der Menschenrechte von Kriegsgefangenen an, die wie Tiere in Käfigen gehalten werden. Dabei ist das US-Internierungslager in Guantanamo nur der himmelschreiendste Fall. Wir unterstützen alle Versuche das Massaker an der Volksbewegung Indonesiens 1965, an dem der Imperialismus maßgeblich beteiligt war und das Millionen das Leben kostete, aufzuklären, die Schuldigen anzuklagen und die Opfer zu rehabilitieren. Wir fordern die Freilassung aller in den Zellen der Imperialisten und seiner Lakaien eingesperrten politischen Gefangenen (wie die fünf Kubaner in den USA). Als Beispiel erwähnen wir den Kampf der Revolutionäre in den türkischen Gefängnissen. Anlässlich des Massakers des Nato-Staates zur Unterdrückung des Widerstands der politischen Gefangenen werden wir am 19. Dezember internatio-

nal Protestkundgebungen durchführen.

Wir verteidigen bedingungslos das Recht der unterdrückten Völker auf soziale und nationale Selbstbestimmung gegen den Imperialismus. In diesem Zusammenhang unterstreichen wir die Bedeutung des Kampfes der indigenen Völker für Autonomie. Das *Antiimperialistische Lager* verteidigt das sozialistische Kuba und seinen Widerstand gegen die US-Aggression. Es kämpft für die Aufhebung der Blockade. Wir verurteilen die Erfindung der „Achse des Bösen“ und verteidigen die Souveränität der betroffenen Länder gegen die eskalierende Aggression. Wir verurteilen den vom Imperialismus gesteuerten Staatsstreich gegen die bolivarianische Regierung Chavez in Venezuela und unterstützen den Kampf des Volkes gegen die Oligarchie. Wir stehen hinter dem Befreiungskampf des kolumbianischen Volkes gegen das fortgesetzte Massaker der Paramilitärs und der Oligarchie, die von den USA mittels des Plan Kolumbien unter dem Vorwand des Krieges gegen die Drogen unterstützt werden. Wir verurteilen den andauernden Vernichtungsfeldzug gegen die Gewerkschaften, die Bauernorganisationen und die linke Opposition. Das *Antiimperialistische Lager* verpflichtet sich zur Entwicklung einer Solidaritätsbewegung mit dem philippinischen und nepalesischen Volk gegen die drohenden Militärinterventionen. Wir wiederholen unsere Unterstützung für das Recht auf Selbstbestimmung für die Basken und alle anderen unterdrückten Minderheiten in der EU und insbesondere für jene, die für den Sozialismus kämpfen.

Der Zionismus ist die brutalste und inhumanste Form kolonialer Apartheid und imperialistischer Unterdrückung.

Der Widerstand des palästinensischen Davids gegen den übermächtigen Goliath ist ein den globalen antiimperialistischen Kampf inspirierendes, hervorstechendes Beispiel. Wir stehen fest auf der Seite des palästinensischen Volkes und seiner Forderungen nach dem sofortigen Rückzug der zionistischen Besatzung, der Schleifung der israelischen Siedlungen, dem Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Häuser und auf einen souveränen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt. Als letztendliche Lösungen unterstützen wir die von den revolutionären Kräften des Mittleren Ostens vertretenen Perspektive eines demokratischen Staates im gesamten historischen Palästina. Wir rufen zu einer internationalen Mobilisierung zum Jahrestag der Zweiten Intifada am 28. September auf und werden wieder eine internationale antiimperialistische Solidaritätsdelegation organisieren.

Schließlich rufen wir die demokratischen, antiimperialistischen und revolutionären Kräfte der Welt zur Verteidigung des Irak und seines Volkes gegen den andauernden Genozid und den Krieg auf, den die Imperialisten zu führen wünschen – wenn sie sich trauen. Wir kündigen eine internationale Solidaritätsdelegation an, die als menschlicher Schutzschild fungieren soll. Gleichzeitig werden wir die Versuche der antiimperialistischen Kräfte, die imperialistische Aggression in einen Volksbefreiungskrieg umzuwandeln, der auf das Ende der Neuen Weltordnung abzielt, unterstützen.

Wo immer es Unterdrückung gibt, da ist auch Widerstand!

Demonstriert wird, wann die Polizei es will

Über die schleichende Einschränkung des Demonstrationsrechts in Österreich

Am Freitag, den 17. Februar 2002 flogen angloamerikanische Bomber massive Angriffe auf den Irak, bei denen wieder zahlreiche Zivilisten ums Leben kamen. Nachdem die neuerliche Aggression am späten Nachmittag über die Medien bekannt wurde, verständigte man sich über eine Demonstration am kommenden Montag, die dann unverzüglich gegen 20 Uhr 30 bei der Bundespolizeidirektion Wien schriftlich angezeigt wurde. Die gesetzliche Frist von 24 Stunden blieb also mehr als nur gewahrt.

Dennoch flatterte dem Veranstalter wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungs- sowie gegen das Allgemeine

Verwaltungsverfahrensgesetz eine Geldstrafe ins Haus. Begründung: Die Frist von 24 Stunden sei nicht eingehalten worden, denn die Amtsstunden endeten am Freitag um 15 Uhr 30 und die Anzeige hätte demnach frühestens Montag um 8 Uhr eingebracht, ein ordnungsgemäß angemeldeter Protest erst am Dienstag durchgeführt werden können.

Der Veranstalter war empört, um so mehr, als Anmeldungen außerhalb der Amtsstunden jahrelang akzeptierte Praxis waren, und erhob gegen die Strafverfügung mit dem Argument Einspruch, dass die verfassungsmäßig garantierte Freiheit auf Versammlung höher stehen müsste

als einfache Verwaltungsverordnungen.

Der Unabhängige Verwaltungssenat Wien wies den Einspruch letztlich mit einer Argumentation ab, die das Demonstrationsrecht von der bürokratischen Willkür der Polizei abhängig macht: „... doch kann nicht nachvollzogen werden, inwiefern die Protestversammlung [...] ihren Zweck nicht hätte erreichen können, wenn sie erst für Dienstag [...] festgesetzt worden wäre...“ (GZ: UVS-06//46/5378/2001) Gegen den Bescheid ist kein ordentliches Rechtsmittel zulässig, sondern nur der kostspielige Gang an den Verfassungsgerichtshof.



Fortsetzung von S. 30

**Nieder mit der Terrorliste
der USA und EU – verteidigt
die demokratischen
Grundrechte!**

**Wandeln wir den
imperialistischen Krieg in
revolutionäre Bewegungen
für nationale Befreiung und
den Sozialismus um!**

Abna al-Balad, Kinder der Erde, Palästina; *Bayan*, Philippinen; *Comunitarismu et Indipendentzia*, Sardinien; *Bewegung für*

die Konföderation der Kommunisten, Toskana, Italien; *BsB, Bewegung für soziale Befreiung*, Österreich; *CMKP, Kommunistische Arbeiter- und Bauernpartei*, Pakistan; *D17, Richtung 17*, Italien; *DHKC, Revolutionäre Volksbefreiungsfront*, Türkei/Kurdistan; *EHK, Kommunisten Euskal Herrias, Erde und Befreiung*, Sizilien; *IAC, International Action Center*, USA; *ILS, Internationale Leninistische Strömung*; *IRSP, Irisch-Republikanische Sozialistische Partei*; *Kampagne gegen die Straflosigkeit* in Kolumbien; *Kommunarden*, Ittiri; *Kommunarden*, Sardinien; *L.U.P.O., Osimo*, Ancona; *Neue Linke Front*, Ungarn; *PFLP, Volksfront zur Befreiung Palästinas*; *RCG, Revolutionär Kommunistische Gruppe*, Großbritannien; *Red Action*, Nürnberg;

Deutschland; *Resumen Latinoamericano*; *Rotes Umbrien*, Italien; *RKL, Revolutionär Kommunistische Liga*, Österreich; *RKL, Revolutionär Kommunistische Liga*, Thüringen, Deutschland; *Rote Aktion*, Duisburg, Deutschland; *Treue zu Mensch und Erde*, Libanon; *Tschadische Aktion für Einbeit und Sozialismus*; *Unterstützergruppe für die Mütter des Mai-Platzes*, Baskenland; *Demokratische Linke des Volkes*, Mexiko; *Volkskomitee für die Unterstützung des palästinensischen Volkes und den Kampf gegen die Normalisierung mit dem zionistischen Feind* in Tunesien; *YPKP, Institut zur Untersuchung des Massakers von 1965/66*, Indonesien; *Mohamed Regragui*, Aktivist der revolutionären Linken Marokkos

Das Projekt *al-Dschisr* – die Brücke

Ein Sommercamp für palästinensische Kinder

Vom 30. Juli bis zum 18. August 2002 fand in Deutschland das erste Sommercamp für Kinder aus Palästina statt. Das Konzept für das Projekt wurde von drei jungen palästinensischen Psychologen, Ahmad Albaba, Nasser Abuhelou und Murad Amrou, aus Deutschland, Österreich und Frankreich, in Zusammenarbeit mit dem *Palestinian Counseling Center* in Jerusalem entwickelt. Das Beratungszentrum in Jerusalem suchte 18 Kinder im Alter von 13-16 Jahren, die an dem Sommerlager in Deutschland teilnehmen sollten, nach ganz bestimmten Kriterien aus. Abgesehen vom kollektiven Trauma des palästinensischen Volkes waren alle teilnehmenden Kinder persönlich betroffen. Jedes Kind hatte seine persönliche Leidensgeschichte. Einige Kinder hatten kein Haus mehr; es war von israelischen Panzern bzw. Raketen zerstört worden. Andere hatten einen Elternteil bzw. ihre Großeltern verloren, Familienangehörige bzw. ältere Geschwister waren von israelischen Soldaten getötet worden. Andere Kinder wiederum hatten selbst schreckliche Erfahrungen mit Soldaten gemacht oder sie hatten bereits in ihrem Alter (13–16 Jahre) einen „Aufenthalt“ im Gefängnis hinter sich.

Die Kinder kamen aus verschiedenen palästinensischen Städten: Dschenin, Nablus, Beit Dschala, Bethlehem, Hebron, Ramallah und Jerusalem. Der Projektleiter in Deutschland, Ahmad Albaba, versuchte auch Kinder aus Deutschland in das Projekt zu integrieren – ein 15-

jähriges palästinensisches Mädchen aus Tulkarem, das in Deutschland aufgewachsen ist, meldete sich und konnte sich sehr schnell in die Gruppe der Kinder aus Palästina integrieren. Sie war eine große Bereicherung für die anderen Kinder, da sie ihnen als Gleichaltrige ihre Erfahrungen aus Deutschland, aus einem Leben unter friedlichen und menschenwürdigen Bedingungen, mitteilen und sich mit ihnen austauschen und diskutieren konnte.

Bis sie das evangelische Gemeindezentrum Bensberg bei Köln am 30.07 endlich erreichte, musste die Gruppe aus Palästina erst eine äußerst anstrengende Reise voller Hindernisse und Strapazen bewältigen.

Am 27. Juli waren alle Kinder der Gruppe in Jerusalem angelangt. Der Transport aus den verschiedenen Städten erfolgte großteils via Ambulanz bzw. Notarztwägen, um unnötige Schwierigkeiten und lange Verzögerungen an den zahlreichen „Checkpoints“ auf dem Weg zu vermeiden. Das klappte ganz gut, die Kinder versammelten sich mit den BetreuerInnen in der Hauptstadt und gingen auf das Dschabus-Festival in der Altstadt, wo Lieder des verstorbenen ägyptischen Sängers Scheich Imam interpretiert wurden.

Bei drei Kindern waren Probleme beim Erstellen der Visa aufgetaucht. Es handelte sich dabei um die drei Jugendlichen aus Jerusalem, die alle nur „temporäre“ Pässe hatten. Mit diesen Pässen darf man nicht aus Palästina ausreisen. Wäh-

rend die restliche Gruppe am nächsten Tag weiter nach Amman reiste, blieben diese Kinder in Jerusalem. Der zuständige Projektkoordinator in Palästina, Dschawad Dweik, setzte sämtliche Hebel in Gang und investierte seine gesamte Energie in den „Kampf“ mit den Ministerien und Behörden in Jerusalem. Irgendwie hat er es dann schließlich geschafft, drei neue Pässe bzw. Visa für diese Kinder zu bekommen und ihnen somit die Ausreise und die Teilnahme an dem Sommercamp ermöglicht.

Die Gruppe, die sich inzwischen schon auf dem Weg nach Amman befand, erwarteten ebenfalls einige Schwierigkeiten. Bei ihrem ersten Versuch, die israelische Kontrolle an der Grenze zwischen dem Westjordanland und Jordanien (auf der Brücke zwischen Israel und Jordanien, genannt *al-Dschisr*) zu passieren, wurde die gesamte Gruppe zurückgeschickt. Zurück in Jericho riefen sie sofort bei dem vierköpfigen Betreuer-Team in Deutschland an – die Gruppe in Deutschland hatte mit Problemen gerechnet – dennoch wurden ihre Nerven durch diese Nachricht einmal mehr extrem strapaziert. Alle dachten dies sei das Ende des Projekts – hektisch und nervös wurde hin und her telefoniert, alle möglichen Kontakte aktiviert ... schließlich war es den Kindern und BetreuerInnen durch das einzigartige Engagement und die Intervention des Deutschen Botschafters in Amman, Dr. Schneller, doch möglich die Grenze zu passieren und Amman zu erreichen. Er



wartete persönlich an der jordanischen Grenze über sieben Stunden lang bei 45 Grad auf die Ankunft der Gruppe.

Am 30. Juli kam die erste Gruppe in Deutschland an, die zweite Gruppe, die drei Jugendlichen aus Jerusalem, mit einer Betreuerin, kamen am darauffolgenden Tag, an dem das große Begrüßungsfest mit vielen Besuchern stattfand. Die Gruppe reagierte sehr positiv auf die vielen Besucher, im Großen und ganzen verhielten sich die meisten Kinder während des ganzen Sommercamps immer sehr offen und kommunikativ.

Das ARD-Morgenmagazin zeigte sich sehr interessiert an dem Projekt und interviewte zwei Kinder aus Bethlehem und ihre Familien. Die Berichterstattung über den Aufenthalt in Deutschland wurde vom WDR-Team in Köln übernommen.

Das Programm des Sommercamps war sehr vielfältig und ausgewogen: Es wurden einige Aktivitäten im Haus angeboten, wie zum Beispiel Computerunterricht, Deutschunterricht, Filmworkshops, Kalligraphie, Malen, Zeichnen und kreatives Gestalten bei einer ständig anwesenden (Mal-)Betreuerin (D. Sözen). Die psychologischen BetreuerInnen organisierten nebst den zwei-mal-täglichen Vollversammlungen und offenen Diskussions- und Reflexionsrunden für die Jugendlichen auch verschiedenste Aktivitäten wie tägliches Musizieren und Tanzen. Das Malen und das Musizieren spielten eine zentrale Rolle, da die Kinder dabei all ihre Emotionen (Aggression, Frustration, Schmerz, Angst, Sehnsucht nach Liebe, etc.), die sich nicht durch Worte ausdrücken ließen, ausdrücken konnten. Ein Junge imitierte sehr realistisch die Laute und Geräusche verschiedenster Waffenarten und Hubschrauber mit einem Mikrofon – und konnte somit ohne Worte (s)eine Geschichte erzählen. Ein anderes Kind malte sehr detailgetreu und sorgfältig den Angriff der israelischen Armee auf seine Stadt, Dschenin.

Auch außerhalb des Hauses wurden viele Ausflüge und Aktivitäten organisiert. Abends war das Haus täglich für Interessierte und Gäste offen. Ein „Highlight“ stellte der Besuch des Märchenerzählers Burhan Karkutli dar.

Insgesamt gab es fünf Arztbesuche. Ein Junge musste sogar operiert werden: Er war vor einigen Monaten von einer Granate verletzt worden und hatte noch einige Granatsplitter im Hals, die sich inzwischen entzündet hatten und ihm große



Schmerzen verursachten. Es verlief alles gut. Er wird vermutlich in einigen Wochen oder Monaten noch einmal nach Deutschland eingeladen werden, damit weitere Verletzungen an der Hand fachärztlich behandelt werden können.

Fast täglich kam Herr Graf, der Pfarrer der dortigen evangelischen Gemeinde, vorbei, um für gute Stimmung zu sorgen bzw. um sie gegebenenfalls mit seiner Gitarre und Mundharmonika zu verbessern. Er war bereits während der gesamten, strapaziösen Vorbereitungsphase sehr hilfsbereit gewesen, da er das Konzept und die Philosophie des Projekts unterstützt. Er konnte seine Kirchengemeinde dazu mobilisieren das Projekt mit-zu-unterstützen. Ein Großteil der Kosten für die Flugtickets wurde von der Evangelischen Kirche Bensberg gedeckt – zudem stellten sie das Haus zur Verfügung. Deshalb ist Herr Graf auch einer der „Helden des Projekts“.

Gegen Ende des Sommercamps kam die Leiterin des *Palestinian Counseling Centers* in Jerusalem, Rana Nashashibi, mit vier weiteren Kolleginnen auf Kurzbesuch – sie gaben dem Team noch einmal moralische Unterstützung.

Zumal das Projekt in Deutschland nur von StudentInnen und mit Hilfe von Spenden und freiwilligen HelferInnen organisiert wurde, waren einige kleine organisatorische Probleme nicht zu verhindern – trotzdem sind sich alle einig, dass es ein voller Erfolg ist. Die Persönlichkeit der Kinder wurde im Zuge ihrer neuen

Erfahrungen und Erlebnisse, auch durch das Erwerben neuer Fertigkeiten und das Kennenlernen von verschiedenen Ausdrucksformen, gestärkt. Zudem haben sie zum ersten Mal erfahren, was „Frieden“ und „Freiheit“ (bzw. „Bewegungsfreiheit“, d.h. ein Leben ohne Ausgangssperre und Straßensperre) bedeuten, haben bei den täglichen Diskussionsrunden und Versammlungen demokratische Ausdrucksmittel der freien Meinungsäußerung erfahren und erprobt, sind viel „bewusster“ geworden.

In den Abschlussbesprechungen während der beiden letzten Tage hat das Team viel positives Feedback von Seiten der Kinder bekommen. Sie waren sehr zufrieden und hatten das Gefühl, persönlich viel profitiert zu haben.

Den OrganisatorInnen und freiwilligen HelferInnen ist klar, dass dieses Projekt erst einen Anfang darstellt. Die Kinder und BetreuerInnen sind am 18. August wohl auf zuhause angekommen – aber das Projekt *al-Dschisr* (die Brücke) ist deshalb noch lange nicht zu Ende. Es wird zur Zeit intensiv über die Organisation eines ähnlichen Sommercamps in Österreich oder in Frankreich nachgedacht – bzw. über ähnliche Projekte in anderer Form.

Wir haben erst begonnen!

Nabaniya, August 2002

Weitere Informationen unter: www.aljisr.de

„Man muss den Palästinensern die Pforte zum Leben öffnen“

Vortrag von Felicia Langer

Am 21. August war Felicia Langer Gast der Grünen Bildungswerkstatt in Wien. Wir geben ihren bemerkenswerten Vortrag im Wortlaut wieder und möchten den geschätzten Leserinnen und Lesern auch die Zwischenrufe nicht vorenthalten, die nur allzu gut das hasserfüllte Klima widerspiegeln, das Israel-kritischen Menschen, insbesondere wenn es sich um Jüdinnen und Juden handelt, entgegenschlägt.

Der Anfang ist für mich immer sehr schwer, denn ich weiß nicht, was ich am Anfang sagen soll. So viel Leid und Tränen und Blut sind in Israel/Palästina vergossen worden. Ich werde mit den Anschlügen der Palästinenser gegen Zivilisten in Israel anfangen, mit diesen Terroranschlägen, die ich aufs Schärfste verurteile, und mit dessen Opfern ich trauere. Aber ich werde hier belegen, dass wir, Israel (und ich sage „wir, Israel“, weil ich eine Israeli bin), das heißt die israelische Regierung, den Weg zu den Anschlügen mit

der Politik der Unterdrückung und Zermürbung der Palästinenser pflastert. Das ist eine Verurteilung (*empörte Zwischenrufe*), und sie soll nicht Ritual bleiben, denn sonst dreht sich die Gewaltspirale weiter und fordert immer mehr Menschenleben. Der weltweit bekannte Dichter Mahmud Darwisch, ein Goethe der Palästinenser, wurde gefragt, warum so viele Palästinenser bereit sind sich in die Luft zu sprengen und zu sterben. Es sind Hunderte, unter ihnen Frauen, nicht nur die Fundamentalisten, die *Hamas*-Leute. Das ist eine neue

Situation. Mahmud Darwisch antwortete, dass das Problem der neuen Beziehung der Palästinenser zum Tod nur gelöst werden kann, wenn man ihnen die Pforte zum Leben öffnet.

Man muss den Palästinensern die Pforte zum Leben öffnen! Und wir haben die Pforte zum Leben zugesperrt, hermetisch abgeriegelt! Das ist die Antwort. Das ist auch die Antwort der Friedensbewegung in Israel, derjenigen, die heute nicht da sind. Aber ich bin da und ich betrachte mich als Vertreterin des anderen Israel. Seit Jahren habe ich Brücken zu den Palästinensern geschlagen, schon 1967/68, als noch niemand in den besetzten Gebieten war.

Ich wollte und will, damals wie heute, das andere Gesicht meines Volkes zeigen. Meine Auffassung ist, dass man die Politik ändern muss, auch um in Sicherheit leben zu können.

Wir sind militärisch gesehen die fünfte Weltmacht. Wir sind stark, wir haben atomare Waffen. Aber unsere Leute haben Angst im Kaffeehaus zu sitzen oder im Bus zu fahren.

Was ist das für ein Leben! Man muss also diese Politik grundsätzlich ändern bzw. beenden um leben zu können im Nahen Osten, gemeinsam mit den Palästinensern.

Aus Zeitgründen werde ich über die verschiedenen Invasionen nicht viel sagen, aber ich muss an dieser Stelle betonen, dass die vorletzte Invasion in die besetzten Gebiete eine zerstörerische Invasion war, die sich nicht gegen den Terror und dessen Infrastruktur, sondern gegen die Infrastruktur des Lebens richtete. Diese Invasion hat die palästinensische zivile Infrastruktur – Häuser, zivile Einrichtungen, Bildungsanstalten – zerstört.

Menschenrechtsorganisationen und Friedenskräfte – und ich bin stolz darauf, unter den Ersten gewesen zu sein – traten gegen diesen Vandalismus auf. Heute gibt es auch eine neue Generation von Wehrdienstverweigerern, die an der Unterdrückung nicht mehr teilnehmen wollen. Sie sagen klar, dass sie nicht Kriegsverbrecher sein wollen. Alle, die bei uns kämpfen – wie *Gusch Schalom* (Friedensblock) oder

Felicia Langer in Wien

Gewalttätige Zionisten sprengen Veranstaltung

Am 21. August 2002 stellte Felicia Langer, eine israelische Rechtsanwältin, die aus Protest gegen die systematische Diskriminierung der Palästinenser nach Deutschland ausgewandert ist, auf Einladung der Wiener Grünen ihre Haltung zum Nahostkonflikt dar. Sie ließ keinen Zweifel daran, dass sie die Hauptursache für Gewalt und Terror in der völkerrechtswidrigen israelischen Okkupation sieht. Eine friedliche Lösung sei nur durch den Rückzug der Besatzungstruppen aus den besetzten palästinensischen Gebieten, der Abbau der Siedlungen sowie die Errichtung eines palästinensischen Staates zu erzielen. Einzig durch die Erfüllung der legitimen Rechte der Palästinenser könne die jüdische Existenz in der Region gesichert werden.

Von Beginn der sehr gut besuchten Veranstaltung an versuchte eine Gruppe von Zionisten – viele von ihnen zu hasserfüllten antiarabischen Rassisten und kulturchauvinistischen Kolonialisten gewendete ehemaligen Linke – den Vortrag durch Zwischenrufe zu stören. So attackierte eine Zionistin beispielsweise

Frau Langer mit dem Zwischenruf „Sie sind eine Schande für das jüdische Volk!“, nachdem diese darauf hingewiesen hatte, dass keine Geschichte die Verbrechen der israelischen Armee in Dschenin rechtfertigen könne.

Aus dem Publikum geäußerten Unmut an ihrem destruktiven Verhalten beantworteten die Zionisten mit Sprechchören wie „Nazis raus“, damit jede Kritik an Israel als faschistisch diffamierend. In der anschließenden Diskussion versuchten sie das Mikrofon an sich zu reißen und, als die Diskussionsleitung einschritt, schlug einer der Randalierer sogar mit der Hand auf das Podium. Als schließlich die Störenfriede handgreiflich zu werden drohten, musste die Veranstaltung abgebrochen werden und die aus dem Auditorium gestellten Fragen blieben unbeantwortet.

Nicht nur Israel, sondern auch die österreichischen Apologeten der „einzigsten Demokratie des Nahen Ostens“ legen durch ihr konkretes Verhalten ihr Verständnis von Demokratie dar.

Antiimperialistische Koordination Wien

die *Frauen in Schwarz* – sagen, dass das, was in den besetzten Gebieten geschieht, Kriegsverbrechen sind. Da muss man sich wehren! Diejenigen, die verweigern, sind die besten Söhne und Töchter Israels. (*Applaus*)

Zum Terror möchte ich noch folgenden sagen: Ein Journalist in Hebron sagte nach der ersten Invasion, es sei Scharon gelungen, die nächste Generation von Selbstmordattentätern heranzuzüchten. Das heißt, jede Aktion, jede Hinrichtung durch die israelische Armee ist eine Provokation, die die Gewaltspirale weiterdreht, wenn wir das Wichtigste – die Räumung der besetzten Gebiete – nicht tun. Wir sind seit 35 Jahren Besatzer und wir zahlen auch mit Blut dafür. Aber am meisten zahlen die Palästinenser. Es gibt UNO-Resolutionen, die verlangen, dass die Gebiete zu räumen sind. Die UNO-Resolution 242, die es seit 35 Jahren gibt, sagt klar, dass Landerwerb durch Krieg unzulässig ist und die Gebiete geräumt werden müssen. Die Palästinenser sind zum Kompromiss bereit, auf nur 22% des historischen Palästina neben Israel einen Staat zu errichten. Und was ist unsere Antwort? Wir haben den Schlüssel zum Frieden.

Ich möchte Ihnen noch sagen, warum das alles möglich ist. Es ist möglich, weil der Boss in Washington sitzt. Dort sitzt der Weltsheriff, wir sind der regionale Sheriff. ... In unserer Heimat ist alles entweder *American-made* oder *American-paid*. Die Verteilung der Pflichten ist folgende: Die Amerikaner liefern oder bezahlen die Waffen – F 16, verschiedene schreckliche Waffen, die man gegen Zivilisten einsetzt. Der amerikanische Steuerzahler bezahlt, um das zu zerstören, was die EU-Steuerzahler gebaut haben.

Ich werde jetzt darüber sprechen, was während der ersten Invasion im Flüchtlingslager Dschenin passiert ist. Es sollte eine von der UNO entsandte Untersuchungskommission kommen. Die Kommission wurde formiert und Israel sagte nein. Es ist wie eine Sondergenehmigung für Kriegsverbrechen, wenn man so einer Kommission die Arbeit verweigert. Aber warum soll man über Kommissionen sprechen? Ich werde Ihnen die *Amnesty*-Berichte zitieren. (*Zwischenrufe*.) Die Menschen hatten keine medizinische Versorgung. Die Verletzten bekamen keine Hilfe und sind gestorben. Man weiß nicht, wie viele Menschen unter den Trümmern gestorben sind. Ich

lese Ihnen einen überprüfbaren Bericht vor, der am 31. Mai 2002 in *Jediot Achronot*, unserer wichtigsten israelischen Zeitung, veröffentlicht wurde. Es ist ein Interview mit einem Soldaten, der 75 Stunden in Dschenin mit dem Bulldozer gearbeitet, d.h. zerstört hat. (...)

Zwischenruf: Die Zensur erlaubt das?

Ja, die Zensur erlaubt das, weil wir auch in Israel eine Art von Demokratie haben. (*laute Zwischenrufe*) Ja, Sie sehen, ich kann als israelische Staatsbürgerin das sagen, was ich sage. Aber wenn hier jemand anderer als Felicia Langer sitzen würde, könnte er das schon nicht mehr sagen. Ich als Jüdin und Israeli kann das sagen und unsere Zeitungen können es auch veröffentlichen. Meron Benvenisti, ein israelischer Journalist und Stellvertreter von Teddy Kollek, hat gesagt, dass wir eine Art von Herrenvolk-Demokratie entwickelt haben. Das ist meine Antwort.



Und jetzt zu Mosche Nissim, dem Mann, den ich zitieren will. Glauben Sie mir, dass es ein Segen für Israel ist, wenn wir Israel kritisieren. (...) Mosche Nissim, der 75 Stunden lang einen Bulldozer in Dschenin fuhr, sagte folgendes: „Niemand verweigerte einen Befehl ein Haus niederzureißen. Wenn sie mir sagten, zerstöre ein Haus, so benützte ich das, um gleich ein paar mehr Häuser zu zerstören. Über den Lautsprecher wurden die palästinensischen Bewohner davor gewarnt, herauszukommen, ehe ich hineinkäme. Aber ich habe keinem eine Chance gegeben. Ich wartete nicht. Ich bin sicher, dass Leute in diesen Häusern starben. Aus meiner Sicht haben wir ihnen ein Fußballfeld hinterlassen. Dort sollen sie spielen. 100 auf 100 Meter waren das Geschenk an das Flüchtlingslager.“ Das sagte er auch als Rache, weil in Dschenin 23 israelische Soldaten getötet worden waren. Wir haben auch mit Blut für das, was uns nicht gehört, bezahlt. Mosche

Nissim und seine Einheit bekamen eine Auszeichnung in Israel! Das kann man alles überprüfen. ...

Jetzt komme ich zum Aufstand selbst, dem Aufstand der Palästinenser, der schon fast zwei Jahre alt ist. Warum ist es überhaupt dazu gekommen? Der provokative Besuch Sharons am Tempelberg mit Tausenden von Streitkräften...

Zwischenruf: Tausende? Tausende! (*zahlreiche Zwischenrufe und Gebrüll*) Es gibt verschiedene Einschätzungen. 2.000 Grenzpolizisten – aber das ist doch nicht wesentlich, ob es 1.500 oder nur 1.000 waren. *Zwischenruf und Gelächter: Oder Zehntausende?*

Zehntausende hab ich nicht gesagt. Es ist auch nicht wichtig. Das Wichtigste ist, dass Scharon provozieren wollte und provoziert hat. Das war aber nur der Funke, der den Aufstand ausgelöst hat, denn das Fass war voll (*Gebrüll*) von Unterdrückung, Frustration, Verzweiflung, nichteingehaltenen Daten und Terminen vom Osloer Abkommen. Das Fass war voll! Man hat die ganze Zeit vom Frieden gesprochen und gleichzeitig Siedlungen gebaut. Am Beginn des Friedensprozesses, 1991, waren „nur“ 92.000 Siedler in den besetzten Gebieten. Die Siedlungen sind völkerrechtswidrig, ein Verstoß gegen die Haager und Genfer Konvention. Diese Siedlungen sind so gediehen, dass es im Jahr 2.000 schon 200.000 Siedler waren – jetzt sind es noch mehr – und zusätzlich 180.000 in Jerusalem. Das heißt, die Palästinenser haben gesehen, dass wir alles nehmen. Israel kontrolliert 83% des Wassers im Westjordanland. ... Sie haben auch die Verhandlungen von Camp David erfahren. Es gibt eine Legende über Camp David. Nämlich die, dass wir den Palästinensern alles versprochen haben, dass wir, das heißt Barak, eine wunderbare Initiative starteten und dass unsere Vorschläge fast großzügig waren, und die Palästinenser haben das abgelehnt. Die Wahrheit ist, dass das, was wir, die Israelis, in Camp David vorschlugen, für die Palästinenser unannehmbar war. Fast alle Siedlungen bleiben, wir werden sie annekieren. Das Jordantal soll für Jahre gepachtet werden, danach Jerusalem. Nur ein paar Ortschaften werden palästinensisch, der Rest ist israelisch. Die Grenzübergänge werden unter israelischer Kontrolle sein. Das Westjordanland wird durch Siedlungen zerteilt. Und die Flüchtlingsfrage ist überhaupt keine Frage mehr. Das heißt also, es gibt keinen Palästinenser, der so einen

Diskussion

Vorschlag akzeptieren konnte. Und die Palästinenser haben gesehen, dass man verhandelt und gleichzeitig unterdrückt, dass man verhandelt und lügt, dass man verhandelt und schikaniert, denn die Bewegungsfreiheit war gleich Null. Das alles war ein Nährboden für den Aufstand. Der Terror ist völkerrechtswidrig. Man muss ihn beenden und verurteilen. Ich habe zum Beispiel jahrelang als Israeli Tausende Palästinenser verteidigt, aber nie einen Palästinenser, der einen Terrorakt begangen hatte. (...) Aber ein Aufstand als letztes Mittel gegen Besatzung entspricht dem Völkerrecht. Unsere Friedenskräfte *Gusch Schalom, Frauen in Schwarz*, Fraueninitiativen für den Frieden und Menschenrechtsorganisationen sind derselben Auffassung.

Was kam danach? Unsere Friedenskräfte, die konsequent sind, nicht *Schalom Achschaw (Peace Now)*, sondern *Gusch Schalom* und die anderen, nicht viele, aber doch ein wesentlicher Teil der Bevölkerung haben gesagt, dass die Palästinenser für Gerechtigkeit und Freiheit kämpfen. Sollen wir die Okkupation bestehen lassen? Die Besatzung tötet uns! Gehen wir weg! Es muss ein palästinensischer Staat neben Israel bestehen, die Flüchtlingsfrage muss in einer gerechten Weise gelöst werden. Aber Barak hat anders gehandelt. Er wollte mit Gewalt diesen Aufstand zermürben. Und Sie wissen, dass der Aufstand am Anfang, sicher zwei Monate lang, kein bewaffneter war, so wie die erste Intifada. Aber Barak antwortete mit soviel Gewalt und Tötung von Menschen, dass diese, aufgewühlt, mit Hass und Rachegefühlen, sagten, dass sie getötet würden, obwohl der Aufstand gewaltlos oder fast gewaltlos verlief. ... So würden auch sie mit Waffen gegen Israel kämpfen.

Was bedeuten die Straßensperren in den besetzten Gebieten?

Ich habe das Buch *Quo Vadis* meiner Enkelin Naomi gewidmet. Warum Naomi? Sie war am Anfang der Intifada elf Monate alt. Ich habe ihr das Buch gewidmet im Namen der Säuglinge, die an den Straßensperren starben, weil man nicht in ein Krankenhaus gelangen konnte. Als Jüdin und Israeli, als Überlebende des Holocaust (indirekt, denn direkt ist mein Mann Überlebender), habe ich die Lehre aus dem Holocaust gezogen. Ich habe die Pflicht dazu. Meine Lehre daraus ist Menschlichkeit. Meine Lehre ist Erbarmen.

Zwischenruf: Für wen?

Für MENSCHEN! Für menschliche Wesen! (*abermals Zwischenrufe*) Erbarmen für menschliche Wesen. Wenn Sie so eine Lehre nicht gezogen haben... (*Zwischenrufe*)

Und jetzt bitte ohne Zwischenrufe, Fragen und Beschimpfungen später. (...)

Ich möchte Ihnen noch über einen Teil meines Lebens und was ich damals gesehen habe erzählen. 1967, als ich mein Büro eröffnete und anfang als Jüdin und Israeli Palästinenser zu verteidigen, hörte ich das erste Mal: „Sie ist eine Jüdin, aber eine gute Jüdin.“ Ich habe das andere Gesicht meines Volkes gezeigt und ich habe die ganze Palette der Unterdrückung dieser Jahre gesehen. Ich habe die Wunden von Folterungen, die Zerstörung von Häusern, die Vertreibung von Menschen, die Zerstörung von Bäumen gesehen. Ich habe die Kolonisierung der besetzten Gebiete gesehen. Kommen wir zur Lösung. Die Lösung ist klar: Zwei Staaten für zwei Völker. Danach könnte eine Föderation möglich sein. Aber die Lösung kann nicht sein, dass ich einen oder zwei Meter zurückgehe und die Straßensperren und die Siedlungen bleiben, die Unterdrückung bleibt. (...) Was die Palästinenser verlangen ist völkerrechtlich total einfach: Selbstbestimmungsrecht!

Und jetzt komme ich zum Oslo-Abkommen. Ich habe 1993 während der Verhandlungen und danach gesehen, dass das ein Betrug ist. Und ich stand damals sehr alleine da – in Israel, auch in Palästina und in Deutschland. (...) Ich habe schon 1993 gesehen, dass man die wichtigsten Fragen ausklammert, nämlich die der Siedlungen, des Wassers, der Landnahme, Jerusalem und die Frage der Flüchtlinge. Und Israel sagte deutlich, dass die Palästinenser so schwach waren, dass sie Partner werden könnten. Insbesondere Peres hat sehr klar gesagt, dass sie nicht mit den Palästinensern sondern nur mit den Schatten ihrer Selbst verhandeln, nicht mit der PLO, sondern mit ihrem Schatten. Das heißt, mit Schatten kann man auf seine eigene Weise verhandeln. Deshalb war schon die Prinzipienklärung von Gaza-Jericho 1993 für mich etwas Negatives. Ich hatte Angst davor, dass wir weiter die besetzten Gebiete besiedeln, dass wir vollendete Tatsachen schaffen würden.

Ich werde Ihnen jetzt eine Karte zeigen. Das war Gaza nach dem Abkommen „Autonomie für Gaza und Jericho“. Schon damals hat Israel 40% des Gazastreifens behalten. Der Gazastreifen ist

365 Quadratkilometer groß oder besser gesagt klein und ist das fast am dichtesten besiedelte Gebiet der Erde mit einer Million Einwohner, darunter mehr als 500.000 Flüchtlinge, die im Elend leben. Ich zeige Ihnen jetzt, dass Israel dort das Sagen hat. Überall Siedlungen! (*Frau Langer zeigt die vielen Siedlungen und die israelische Zone im Gazastreifen.*) Das war 1993 – jetzt ist es viel, viel schlimmer. Jetzt ist es eine Katastrophe. Aber schon 1993 traute ich der Situation nicht. Ich verlor damals viele Freunde, denn ich wurde als Spielverderberin betrachtet.



(*Zeigt weiter die Siedlungen.*) 18 Siedlungen hier, 6.000 – 7.000 Siedlungen dort usw.

Gaza ist total zerstückelt und es ist ein Gefängnis, zu dem Israel sich 1994 den Schlüssel genommen hat. (...) Man sagt, es sei das größte Gefängnis der Welt – mit mehr als einer Million Insassen. Die Siedler genießen dort alles – das Land, Wasser in Hülle und Fülle – und die Palästinenser schauen zu. Sie verstehen doch, was für eine ständige gewaltige Provokation das ist.

Und hier zeige ich Ihnen die Zerstörung von Häusern. (*Frau Langer zeigt Fotos.*) Die Menschen leben wieder in Zelten. Das alles zeigt man bei uns in Deutschland und wohl auch in Österreich

so wenig. Aber wenn man über diese schrecklichen, verbrecherischen Anschläge spricht, muss man auch in Betracht ziehen, wie der Nährboden dafür bereitet wird.

Und jetzt die letzte große Bombe von einer Tonne in Gaza! 18 Menschen wurden getötet, weil man den Hamas-Führer Salah Schahadi hinrichten wollte. Und dann diese Hinrichtungen! Ich muss Ihnen sagen, dass diese Hinrichtungen, die jetzt massiv betrieben werden, völkerrechtswidrig sind. Sie sind Staatsterror! Das hat bei uns leider kein Politiker, der in

ist sehr unangenehm, über diese Dinge zu sprechen, denn das machen meine Leute. Ich kann verstehen, dass das weh tut. Und es ist nicht nur Staatsterror, der ausgeübt wird, es sind Kriegsverbrechen. Denn das Töten von Menschen ohne Gerichtsverfahren – nur weil wir sagen, dass diese Menschen Terroristen sind – ist völkerrechtswidrig. Das ist ein Verstoß gegen alle Konventionen.

Zwischenruf: Und die Anschläge nicht, die Anschläge nicht?!

Gusch Schalom hat jetzt die Soldaten und Offiziere in den besetzten Gebieten

te kaum mehr besteht. Die Zone A, das sind die Städte (...) Die meisten Straßen sind Umfahrungsstraßen, gebaut auf palästinensischem Boden. Dafür wurden Tausende Oliven- und Obstbäume entwurzelt. (*Höhnisches Gelächter der Zionisten im Publikum.*) Diese Straßen, die die Siedlungen verbinden und die Ortschaften der Palästinenser umgehen, sind Apartheidstraßen. Sie sind Apartheidstraßen, weil sie nur für Juden passierbar sind. Die ganze Situation in den besetzten Gebieten ist eine Situation von Apartheid. (...) Ich werde das jetzt belegen. Es gibt eine besondere Gesetzgebung und Bewegungsfreiheit für die Siedler. Es gibt Wasser und eine Infrastruktur für die Siedler. Es gibt all das nicht für die Palästinenser. Es gibt zwei Bevölkerungsgruppen, die verschieden leben müssen.

Überall sind Straßensperren – sie können hinfahren und sich davon überzeugen. Diese Straßensperren sind so errichtet, dass man zum Beispiel in Dschenin nicht zum Krankenhaus oder zur Universität gelangen kann. Alles ist lahmgelegt und als Resultat leben 70% der Palästinenser unter der Armutsgrenze. 50% der Kinder sind unterernährt. So ist die Situation. Uns Sie können sich vorstellen, wie das ist, wenn das Militär allgegenwärtig ist.

Unsere gewissenhafte Journalistin Amira Chass, die dieselbe Lehre aus dem Holocaust gezogen hat wie ich, berichtet aus den besetzten Gebieten. Sie hat in Gaza und in Ramallah gelebt. ... Sie erzählt, dass diese Straßensperren Labors für Selbstmordattentäter sind, weil den Menschen an diesen Sperren soviel Erniedrigung und Demütigung angetan wird. Das macht die Menschen verrückt. Es ist eine Situation von suizidaler Verzweiflung.

Frau Langer spricht zum Abschluss noch über Hebron und liest aus ihrem Buch *Quo Vadis, Israel*. Die aggressive Stimmung, die ihr von Zionisten und „Antinationalen“ im Publikum entgegengebracht wird, macht sich immer mehr bemerkbar. In der anschließenden „Diskussion“ werden die wesentlichen Argumente wiederholt, was nur zu mehr Gebrüll und wütenden Attacken der Zionisten führt. Schließlich bleibt nur mehr der Abbruch, denn der blindwütige Hass wird durch Frau Langers ehrliche Überzeugung, dass wir die Verbrechen an den Palästinensern nicht zulassen dürfen, nur gesteigert.

Der Vortrag wurde leicht gekürzt. Die Auslassungen betreffen Wiederholungen.

Mit herzlichem Dank an den Kulturverein Kanafani, der die Transkription der Rede zur Verfügung stellte.



der Regierung ist, gesagt, sondern Jürgen Möllemann. Aber es ist die Wahrheit. Was geschieht, sind Kriegsverbrechen.

Zwischenruf: Jörg Haider meint das auch. Sie werden Ehrenmitglied in der FPÖ. (Tumult im Publikum.)

Es sind Hinrichtungen, extralegale Hinrichtungen von Menschen! Wenn wir die Henker und auch die Richter sind ... (*Frau Langer versucht den Lärm zu übertönen.*) Ich weiß, das kann nerven.

Zwischenruf: Sie kommen nach Wien und unterstützen Jürgen Möllemann. Das sollte Joschka Fischer hören ...

Ich komme nach Wien um die Wahrheit zu sagen! Ja, ja! (*Applaus*) Bitte unterstützen Sie mich. Die Wahrheit ist, dass diese Hinrichtungen Staatsterrorismus sind. Es

gewarnt, dass jemand der tötet, bombardiert und zerstört, ein Kriegsverbrecher, ein mutmaßlicher Kriegsverbrecher, ist. Deshalb gibt es auch schon Drohungen gegen Gusch Schalom.

Und jetzt weiter, über das Jahr 1995. (...) Das ist das Westjordanland. (*Tumult*)

Es ist ein Armutszeugnis, dass man schreit, wenn man keine Argumente hat.

Das ist der Fleckenteppich Palästina nach dem Oslo-Abkommen II. 1995 beschloss man die Ausdehnung der Autonomie auf das Westjordanland. Jetzt gibt es nirgendwo mehr Autonomie. Heute hat man Bethlehem geräumt, aber damals hat man drei Zonen errichtet. Das ist sehr wichtig, damit man versteht, wie begrenzt schon 1995 die Autonomie war, die heu-

Auszüge aus der Resolution der *Internationalen Leninistischen Strömung*

Bittere Ernte

Der palästinensische Widerstand muss nach der Niederlage der Zweiten Intifada seine Strategie überdenken

Das Ende der Zweiten Intifada

10. März 2002. Die israelische Armee beginnt die größte Militäroffensive gegen den palästinensischen Widerstand seit der Invasion des Libanons 1982. Mit dem partiellen Truppenrückzugsbefehl Scharons am 1. Mai ist die Operation „Schutzwall“ zu Ende und die Belagerung der Residenz Arafats al-Muqata wird aufgehoben.

Das Ende dieses Massakers war allerdings nur dadurch möglich, dass die Palästinensische Nationalbehörde (PNA) den Vorschlag Bushs akzeptierte, die sechs von Arafat festgenommen Kämpfer (unter ihnen der Generalsekretär der PFLP Saadat) in ein Gefängnis unter angloamerikanischer Aufsicht auszuliefern. Nicht zu vergessen, die Verhaftung von Marwan Barguti durch zionistische Spezialeinheiten unter Umständen, die die Kooperation von Arafats Sicherheitsdiensten nahe legen.

51 Tage Inferno. So lange bedurfte Israel um den erbitterten palästinensischen Widerstand niederzuschlagen und der Zweiten Intifada ein Ende zu setzen. Die Ziele Scharons waren: Erstens, so viel als möglich Kämpfer zu töten und gefangen zu nehmen. Zweitens, den radikalen Flügel des Widerstands massiv zu schwächen, einen kooperationsbereiten Flügel zu fördern und so die PNA und Arafat zu einer Kapitulation zu zwingen oder zumindest zu einem „Friedensplan“, der noch weit ungünstiger als jener von Oslo ist.

Vielleicht ist es für eine definitive Antwort noch zu früh, doch uns scheint, als hätte Scharon seine Ziele im Wesentlichen erreicht. Die revolutionäre und antiimperialistische Welle der Zweiten Intifada scheint sich erschöpft zu haben.

Wenn der Widerstand eine neue Niederlage erlitten hat, welches Ausmaß hat sie? Und warum? Wird das eine neue Orientierung der Bewegung hervorbringen, so wie nach den bisherigen Niederlagen? Und wenn ja, welche? Und welche Auswirkungen werden die letzten Ereignisse auf die Situation im Nahen Osten haben und wie wird die USA darauf reagieren?

Die Gründe für das neuerliche Debakel

Die fundamentale Ursache der abermaligen Niederlage liegt in dem enormen Ungleichgewicht der Kräfte und in der politischen Isolierung der Intifada. Das verringert jedoch in keiner Weise die Verantwortung der palästinensischen Führungsgruppen, die sich allesamt als einem furchtbaren empiristischen Taktizismus verfallen erwiesen haben, bei jeder längerfristigen strategischen Vision. Man sollte jedoch die begangenen politischen Fehler richtig bewerten, insofern als man nicht annehmen kann, dass, wenn diese nicht begangen worden wären, der Sieg erzielbar gewesen wäre. Der Gang der Dinge wäre mit Sicherheit anders gewesen, wenn Arafat die Oslo-Verträge nicht unterzeichnet hätte. Arafat war von seiner Megalomanie geblendet, die sich auch in der autokratischen Form ausdrückte, die die von ihm geschaffene PNA annahm.

Die erlittene Niederlage stellte alle politischen Strömungen der palästinensischen Bewegung abermals auf den historischen Prüfstand, von den moderatesten prozionistischen angefangen, über die PFLP, die Opfer ihrer Schwankungen und ihrer Unentschlossenheit ist, bis hin zum mystisch-religiösen Radikalismus der *Hamas*. Man muss den Mut haben, die Schlussfolgerungen aus der Niederlage klar auszusprechen. Die beiden Pole, um die sich die Bewegung gruppierte, der Opportunismus und der Militarismus, haben sich als falsch erwiesen. Sowohl jene, die auf Friedensverhandlungen setzten, als auch jene, die im Guerillakrieg die einzige Lösung sahen, sollten durch den jüngsten Waffengang mit Israel eines besseren belehrt worden sein.

1986 änderte Arafat die PLO-Charta und erkannte das Existenzrecht Israels an. Sechzehn Jahre sind eine ausreichend lange Zeitspanne um ein historisches Urteil über die Verhandlungsstrategie Arafats fällen zu können: ein kolossales Scheitern. Israel wird niemals die Kontrolle über den Jordan abgeben, genauso wenig wie es die strategisch angelegten Siedlungen schlei-

fen wird. Das heißt, ein souveräner Staat mit territorialer Kontinuität an der Seite Israels bleibt gänzlich ausgeschlossen, solange Israel existiert. Absolutes von den Zionisten akzeptierbares Maximum ist ein Palästina mit beschränkter Souveränität unter der Oberhoheit Israels. Die palästinensische Kompradorenbourgeoisie, die von Anfang an eine solche Lösung anstrebte, könnte nach der weitgehenden Schwächung der radikalen Kräfte abermals dies zu verwirklichen versuchen. Ob die Kräfte des Widerstands ausreichen werden um das zu verhindern, ist fraglich.

Auf der anderen Seite muss zugegeben werden, dass der Militarismus das grundlegende Problem der die Friedensverhandlungen ablehnenden palästinensischen Kräfte war und ist. Das betrifft vor allem *Hamas* und *Dschibad*, die angesichts der Mitte der 80er Jahre von der PLO aufgenommenen Verhandlungspolitik einfach die Guerilla-Politik der palästinensischen Linken der 70er Jahre exhumierte und sogar noch verschlimmerte, wenn auch im Kontext der Volksmobilisierung in den besetzten Gebieten selbst. Was ist der Militarismus kurz gesagt? Die Überzeugung, die von den ungünstigen Kräfteverhältnissen diktierten Etappen überspringen zu können, die Phase der Defensive voluntaristisch in die Offensive überzuführen, die Vorstellung, dass der Angriff aus sich selbst heraus nicht nur die eigene Schwäche überwinden hilft, sondern auch einen unaufhaltsamen Prozess der Befreiung in Gang setzt, die vulgäre Anschauung, dass die Vernichtung des Feindes das höchste Ziel der bewaffneten Aktion wäre, dem die Politik unterzuordnen sei. Schließlich hebt sich der Militarismus durch seinen ethischen Extremismus hervor, durch seinen Idealismus: Mut, Wille, Furchtlosigkeit, Opferbereitschaft werden als Bedingungen der Macht verstanden und nicht – wie es oft der Fall ist – als Ausdruck der politischen Ohnmacht und strategischen Verzweiflung. Militarismus und Opportunismus sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Die Intifada – die letzte Wendung

Der letzte Schwenk des Widerstands wird von Arafat 1986 eingeleitet, als er überraschend in Verletzung der PLO-Charta das Existenzrecht Israels anerkannte und im Gegenzug den israelischen Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten fordert. Trotz der scharfen Kritik der Linken wird die neue Linie zur Gründung eines Mini-Staates in den besetzten Gebieten 1988 in Algerien vom Nationalrat der PLO abgesegnet. Damit öffnen sich die Tore für die Konferenz von Madrid (1991), die den Verträgen von Oslo (1993) den Weg ebneten. Jedoch ist der von der *Fatah* und der PLO eingeschlagene Weg der Friedensverhandlungen nur eine Linie, dem nicht alle folgen.

Das vom Niedergang und Scheitern des Panarabismus hinterlassene Vakuum schuf seit Mitte der 70er Jahre die Voraussetzungen für den Aufstieg des politischen Islam. 1987 gründet der palästinensische Zweig der Moslembrüder, die *Hamas*. Das ist vor allem deswegen ein wichtiges Ereignis, weil damit die den Moslembrüdern eigenen, den politischen Kampf beschränkenden Vorstellungen überwunden werden und sich *Hamas* von Anfang an als Bewegung für die nationale Befreiung versteht. Die Arafat'sche Linie eines Ministaates kategorisch zurückweisend stellt sie sich frontal gegen die Verhandlungen mit Israel und damit auch gegen die PLO.

Aber 1987 ist auch das Jahr des Beginns der Intifada, des Volksaufstandes in Gaza und im Westjordanland. Abermals werden alle Komponenten des Widerstands einer Prüfung unterzogen. Die nationalistische Linke war angesichts der Intifada zu einer brüskten Kehrtwendung gezwungen. Obwohl sie den bewaffneten Kampf noch immer als wichtigstes Mittel verstehen, müssen sie die Guerillakonzepktion an den Volksaufstand adaptieren und die eigenen Kräfte wieder in die besetzten Gebiete bringen. Doch der Schwenk kommt zu spät. Während die traditionellen Organisationen in den 80er Jahren eine Krise durchleben, öffnet sich dem politischen Islam vor allem in der Jugend eine Bresche. Es wird schließlich die *Hamas* sein, die aus der Intifada als führende Kraft mit dem tiefsten Masseneinfluss hervorgehen soll.

Hamas lehnt die Gründung der PNA 1994 sowie jegliche Beteiligung an ihr ab

und wird zur wichtigsten Oppositionsbewegung. Trotz der Präsidentschaft Arafats ist die Hegemonie der *Hamas* unbestritten und durch die Wahlerfolge auf allen Ebenen zwischen 1988 und 1994 belegt. Die Unterstützung geht weit über religiösen Sektoren hinaus und kann durch drei fundamentale Gründe erklärt werden: die Zurückweisung Oslos, das kapillare Netz an Sozialeinrichtungen, die den Ärmsten und den Familien der politischen Gefangenen zugute kommt, sowie eine lange Reihe von spektakulären militärischen Aktionen gegen die Armee und die israelischen Siedlungen. Tatsächlich sind es die radikalen Teile der islamischen Organisationen, die als erste das Gewehr in die Hand nehmen und den „Aufstand der Steine“ radikalieren. Während sie den Guerillakampf wiederbeleben, verwandelt sich die PLO in eine Regierungs- und Verwaltungspartei, zerfressen von einem Prozess der Degeneration und Korruption. Mitte der 90er Jahre läuft die Intifada langsam aus, auch deswegen weil das Versprechen der PNA auf die schnelle Verwirklichung eines eigenen Staates große Hoffnungen schürt. *Hamas* und *Dschibad* setzen indes ihre bewaffneten Aktionen fort und bestimmen so mit Blei und Blut zunehmend den Rhythmus der politischen und sozialen Auseinandersetzung. Auch die Zweite Intifada, die als Folge des Scheiterns der Osloer Friedensverträge ausbricht und die ablehnende Haltung des islamischen Widerstands bestätigt, ist nun um so mehr gezwungen sich diesen Vorgaben unterzuordnen. Die Eskalation findet in der Attacke des Tsahal vom März und April mit dem Massaker von Dschenin ihren Höhepunkt. Doch uns scheint, dass diese Ereignisse das letztendliche Scheitern der Strategie von *Hamas* und *Dschibad* besiegeln wird.

Diese basiert gänzlich auf der Aufschaukelung des militärischen Konflikts mit Israel. Immer neue, zerstörerischere und mutigere Angriffe sollen einerseits die Stabilität der imperialistischen israelischen Gesellschaft zunehmend erschüttern und andererseits den internationalen Druck auf den zionistischen Staat so erhöhen, dass er sich schließlich aus den besetzten Gebieten zurückziehen muss. Eine paradoxe Strategie, deren Beschränktheit heute offensichtlich ist. Der Form nach zutiefst militaristisch, überlässt sie die Überwindung des unerhörten militärischen Ungleichgewichts einem politischen Wunder. Wie sehr dabei mys-

tische, esoterische und religiöse Vorstellungen eine Rolle spielten, die in die Hilfe Allahs und seine Allmacht vertrauten, sei dahingestellt.

Der palästinensische Phönix

Die jüngste israelische Aggression hat die Untauglichkeit dieser Strategie belegt, der im letzten Jahr auch die palästinensische Linke wieder verfallen war.

Ein Zyklus schließt sich, ein neuer beginnt. Paradoxerweise geht Arafat momentan aus der Tragödie gestärkt hervor. Aber seine Stärke stützt sich auf seine Hilfsfunktion für Israel und seine Verbündeten. Diese haben ihn in der Hand und halten ihn an der Macht, denn sie betrachten ihn als unverzichtbar, denn nur er kann einem geschlagenen Volk die bittere Ernte seines Heldentums aufzuzwingen – eine Reihe von Bantustans unter israelischer Schirmherrschaft. Sie bedürfen eines Strohmanns, der ihnen die Rolle des Bantustan-Chiefs zu spielen bereit ist.

Arafat scheint zu überleben, doch er agiert auf der Basis der politischen Leere, des von Sharon geschaffenen Friedhofsfrieden.

Die Ereignisse vom 13. Mai zeigen an, dass sein Ende wenig ruhmreich sein wird. Als er das verwüstete Lager von Dschenin besuchen wollte, zerstörten die geschundenen Einwohner die Bühne, von der er sprechen sollte, und ließen seinen Hubschrauber nicht landen.

Der palästinensische Phönix ist immer wieder aus der Asche aufgestiegen. Das wird solange so bleiben, solange das Schicksal des palästinensischen Volkes das lebendige Symbol der die Menschheit beherrschenden Ungerechtigkeit ist. Solange Palästina in Ketten liegt, solange wird die Menschheit Sklave des Imperialismus sein.

Internationale Leninistische Strömung
Juni 2002

Die Resolution wurde von der Redaktion gekürzt. Der vollständige Text ist einsehbar in: www.antiimperialista.org

„Unser gemeinsames Anliegen ist die Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina“

Interview mit Mohammad Kana'anah, Vorsitzender von *Abna al-Balad*

Im Rahmen des *Antiimperialistischen Sommerlagers*, das zwischen 2. und 10. August 2002 in Assisi, Italien, stattfand, trafen wir Mohammad Kana'anah, den Vorsitzenden der palästinensischen Bewegung *Abna al-Balad* (Kinder der Heimat), die innerhalb der arabischen Bevölkerung im 1948 besetzten Teil Palästinas (Israel) aktiv ist. Der in Galiläa lebende Kanaanah gilt als eine der Hauptfiguren des arabischen Widerstands in Israel und ist ständig der Verfolgung durch die israelischen Sicherheitsapparate ausgesetzt. Kurz vor Beginn des Sommerlagers war ihm sein Reisepass von der Behörde entzogen worden um ihn an der Ausreise zu hindern. Sein Anwalt erreichte erst drei Tage vor Beginn des Treffens die Aufhebung dieser Verfügung. Die Anwesenheit Kana'anahs am Sommerlager war daher eine positive Überraschung für alle anwesenden Kräfte. Im folgenden Interview gibt Kana'anah einen Überblick über die Geschichte der Bewegung *Abna al-Balad*, ihr politisches Programm und ihre politische Perspektive sowie über die Kampfbedingungen im 48-er Gebiet.

Können Sie uns erklären, was die Bewegung Abna al-Balad ist, wann sie gegründet wurde und in welcher Form sie heute aktiv ist?

Abna al-Balad ist eine linke palästinensische Bewegung, die innerhalb der arabischen Bevölkerung in Israel aktiv ist, d.h. unter den Palästinensern, die bei der Staatsgründung Israels 1948 in ihrer Heimat geblieben sind. Unsere Bewegung vertritt eine radikale Lösung sowohl für die Palästina-Frage als auch für die Judenfrage, nämlich die Errichtung eines demokratischen laizistischen Staates im ganzen historischen Palästina. Wir betrachten die Geschehnisse des Jahres 1948 als eine Ungerechtigkeit, die dem arabischen Volk in Palästina angetan wurde, und lehnen daher die Anerkennung des Zionistenstaates in Palästina ab. Gerade wegen unseres revolutionären Standpunkts ist die Bewegung ständig Verfolgungen durch die zionistischen Sicherheitsapparate ausgesetzt. Trotzdem sind wir in unterschied-

lichen Formen und auf mehreren Ebenen aktiv. Wir unterhalten Kontakte mit den palästinensischen Organisationen, die den gleichen Standpunkt bezüglich einer Lösung der Palästina-Frage vertreten und wir kooperieren mit fortschrittlichen, antizionistischen israelischen Kräften, die auch für den demokratischen Staat eintreten. Wir sind in allen arabischen Städten und Dörfern in Galiläa, Negev und dem Dreieck (dreiecksförmige Zone zwischen Tulkarem und Natania, die erst 1948 bei den Waffenstillstands-Verhandlungen von Jordanien an Israel abgegeben wurde; Anm. d. Red.) präsent, sowie unter den arabischen Studenten an den israelischen Universitäten. Unser politisches Programm beinhaltet kurzgefasst das Recht aller Flüchtlinge und Vertriebenen auf Rückkehr in die Städte und Dörfer, aus denen sie vertrieben wurden; die Notwendigkeit eines demokratischen, laizistischen Staates in ganz Palästina und die Errichtung einer vereinigten sozialistischen Gesellschaft im ganzen arabischen Raum.

Unsere Anfänge gehen auf das Jahr 1964 zurück, als unsere Vorläuferbewegung *al-Ard* (das Land; Anm. d. Red.) illegalisiert wurde. Zu Beginn hatte die Bewegung lokalen Charakter und ihr Hauptkampf richtete sich gegen die konservativen und traditionellen lokalen Führungen, die mit der israelischen Behörde kollaborierten. Im Jahr 1969 dehnte sich die Bewegung auf die arabischen Studierenden an den israelischen Universitäten aus, was linke Elemente in sie einbrachte. Unser erstes politisches Kommuniqué war zum Tag des Bodes im März 1976, das den Titel *Von Deir Yassin¹ bis Kheir Yassin²* trug. Innerhalb der Bewegung gab es ständig Konflikte zwischen dem rechten und dem linken Flügel. Dieser Konflikt endete nach 1976 durch den Eintritt von linken studentischen Elementen zugunsten des linken Flügels. Seit 1976 vertritt die Bewegung die Ein-Staat-Lösung der Palästina-Frage. Unsere Bewegung nimmt nicht teil an den israelischen Parlaments-

wahlen. Das israelische Parlament ist eine Verkörperung des zionistischen Projekts und dort werden alle rassistischen, anti-arabischen Gesetze verabschiedet. Jede Partei, die bei den Parlamentswahlen kandidieren möchte, muss Israel als der Staat des jüdischen Volks anerkennen und dem Staat den Treueid schwören, was wir nicht akzeptieren würden.

Steht die panarabische Idee oder die „vereinigte sozialistische Gesellschaft im ganzen arabischen Raum“ nicht im Widerspruch zum demokratischen, binationalen Staat in Palästina? Wie sehen Sie die Situation von nichtarabischen Minderheiten, besonders in Palästina, im Rahmen eines solchen panarabischen Projekts?

Im revolutionärem Verständnis der Demokratie gibt es keine Minderheiten. Es geht hier um Menschen und ein normales Menschenleben. Wir sind für kulturelle Autonomie für alle Minderheiten im arabischen Raum und das gilt auch für die jüdische in Palästina, aber wir sind fest davon überzeugt, dass die gleichberechtigte Staatsbürgerschaft und die Demokratie das Minderheitenproblem aufheben.

Haben Sie auch Beziehungen bzw. Kontakte zu den bewaffneten Widerstandsorganisationen in den 1967 besetzten Gebieten oder im Libanon? Arbeiten sie mit den Volkswiderstandskomitees in den besetzten Gebieten zusammen?

Wir haben überall Beziehungen zum palästinensischen Volk, weil wir uns als Teil sowohl des palästinensischen Volks als auch der palästinensischen Widerstandsbewegung betrachten. Wir haben politische Beziehungen, koordinieren die öffentliche Arbeit mit allen Gremien, mit denen dies möglich ist, und unterstützen mit großer Intensität die Intifada im Westjordanland und im Gazastreifen. Wir haben keine Sonderbeziehungen zu palästinensischen Organisationen im Libanon oder allgemein im Ausland, doch wir haben Beziehungen zu allen öffentlichen palästinensischen Organisationen. Wir sind Teil der palästinensischen radikalen Linken. So definieren wir uns und so werden wir auch von den anderen definiert. Jedoch sind wir eine politische öffentliche

Massenbewegung, die innerhalb der palästinensischen Massen in Israel öffentlich agiert.

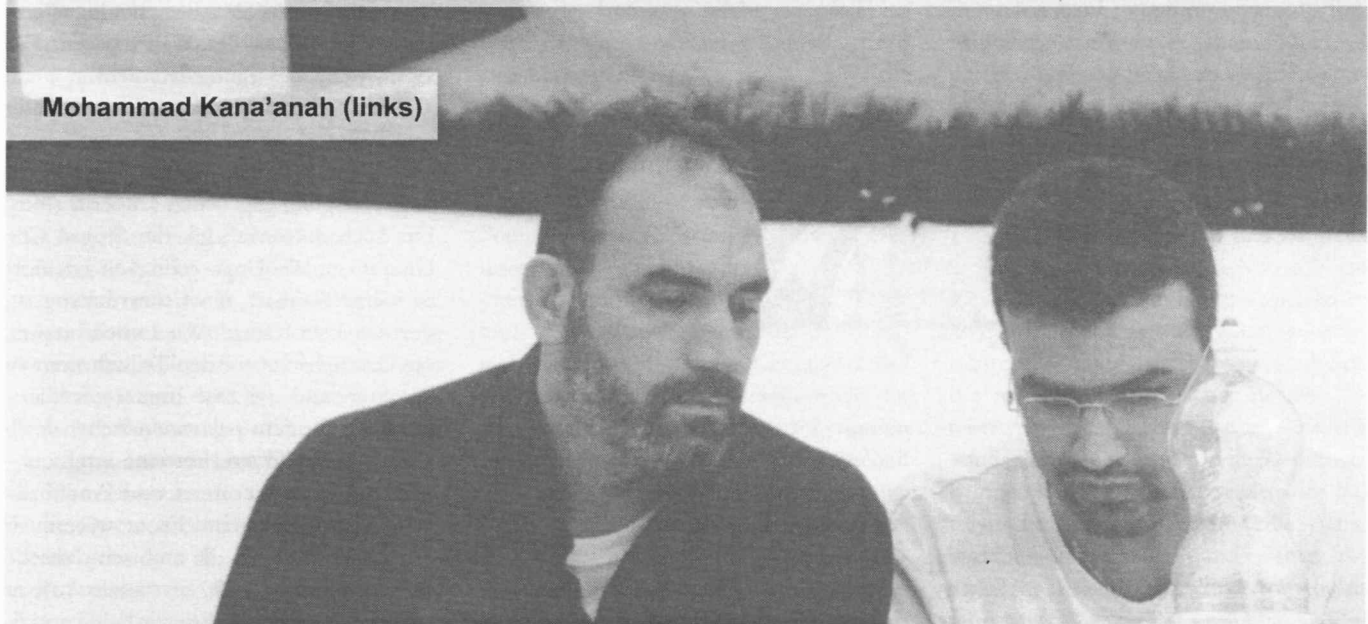
Wie sind die Bedingungen des Kampfes bzw. der politischen Arbeit in Israel? Haben die Bedingungen sich nach dem Beginn der Intifada verändert? Können sie z.B. Demonstrationen organisieren? Können Sie sich politisch frei ausdrücken?

Es gibt große Schwierigkeiten, denen alle politisch aktiven arabischen Menschen in Israel ausgesetzt sind. Israel übt enormen Druck allgemein auf die arabische Bevölkerung und besonders auf die politisch Aktiven aus. Dieser Druck schließt fast alle Lebensbereiche ein, Arbeit, Bildung und Gesundheit usw. Politisch aktive Araber können jeder Zeit verhaftet werden.

die israelischen Gesetze und Maßnahmen abschrecken. Unsere Bewegung erhält ihre Legitimität nicht von den israelischen Gesetzen. Wir erkennen diese Gesetze nicht an, aber versuchen auch nicht sie zu brechen. Auf diese Weise halten wir gegenüber den Behörden eine Art Balance aufrecht, in der wir legal arbeiten können. Ich z.B. wurde von den israelischen Behörden mehrmals verhaftet und verhört und dies fast nach jeder öffentlichen Veranstaltung oder Kundgebung. Ich machte meine ersten Hafterfahrungen im frühen Alter von 15 Jahren. Ich wurde auch mehrmals auf brutale Art gefoltert, was kein Sonderfall ist. Einige Genossen aus den besetzten Gebieten sind sogar unter Folter gestorben. Seit Mai 2000 darf ich

Teil des israelischen Staates darstellen. Das war der erste Aufstand, der alle Teile der palästinensischen Gesellschaft vom Mittelmeer bis zum Jordan einschloß. Die arabische Gesellschaft in Israel ist in drei historische Generationen aufzuteilen: Die Generation der Nakba, die 1948 dabei versagte, die zionistische Aggression aufzuhalten; die Generation von 1967, die sich angesichts der gesamtarabischen Niederlage einschüchtern ließ, und schließlich die Generation der Intifada, die sich mit der Identitätsfrage auseinandersetzt und diese Auseinandersetzung im Oktober 2000 zum Ausdruck brachte. Über die arabische Gesellschaft in Israel und die Entwicklungen ihrer Selbsterkennung sind viele Studien erschienen,

Mohammad Kana'anah (links)



Die Behörden verbieten allen Personen mit „radikalen Ansichten“ jegliche Arbeit in einer staatlichen Institution, auch wenn sich diese in den arabischen Gemeinden befindet. Trotz alledem beteiligt sich die arabische Bevölkerung an allen Solidaritätsaktivitäten mit der Intifada, aber auch an Protestaktionen, die das Leben und die Forderungen der arabischen Massen in Israel betreffen, wie z.B. gegen die Landkonfiszierungen und Häuserzerstörungen, die von der israelischen Behörde systematisch gegen die arabische Bevölkerung betrieben wird. Zu Beginn der Intifada im Oktober 2000 sind 13 Palästinenser bei den Solidaritätsdemos getötet worden, die in den arabischen Gemeinden in Israel ausbrachen. Dies neben Hunderten Verletzten und Verhafteten. Wir in *Abna al-Balad* drücken unsere Meinung ständig aus und lassen uns nicht durch

nicht ins Westjordanland bzw. in den Gazastreifen einreisen und seit 18 Monate darf ich nicht nach Jordanien und Ägypten reisen, obwohl diese beiden Staaten diplomatische Beziehungen mit Israel unterhalten. Mein Reisepass war mir für einen Monat entzogen worden und wurde erst letzte Woche zurückerstattet. Das ist aber unser Schicksal und wir werden den Kampf weiterführen, weil wir an die Gerechtigkeit unserer Sache und an die Notwendigkeit des Kampfes gegen diese Ungerechtigkeit glauben.

Können Sie uns genauer schildern, wie sich die Lage für euch nach dem Beginn der Intifada verschlimmert hat? Wie hat sich das politische Bewusstsein der arabischen Massen in Bezug auf die zunehmende Repression verändert?

Der Beginn der Intifada im Jahr 2000 bewies der ganzen Welt, dass die arabischen Massen in Israel nicht assimiliert bzw. israelisiert werden konnten und nicht

die über den Rahmen dieser Interviews hinaus gehen. Aber kurzgefasst kann man sagen, dass alle israelischen Maßnahmen und Versuche, die arabische Bevölkerung zu israelisieren, gescheitert sind. Dies hat verschiedene Gründe, aber der Hauptgrund ist, dass sich Israel exklusiv als der Staat aller Juden der Welt definiert und keine andere Nationalität in Israel mit gleichen Rechten ausstatten kann. Der zweite Grund ist, dass die palästinensische Bevölkerung in Israel diese Besatzungsrealität nicht akzeptieren kann. Die Identitätsfrage ist immer aktuell innerhalb der arabischen Jugend, die sich nicht gleichzeitig als israelisch und palästinensisch definiert. So ist man entweder Israeli oder Palästinenser. Natürlich tragen die rassistischen israelischen Maßnahmen gegen die arabische Bevölkerung, wie die Landkonfiszierung, Häuserzerstörungen und Diskriminierungen bei Arbeit,

Diskussion

Wohnen, Bildung und Gesundheit usw. zur verstärkten Identifizierung und Zugehörigkeit der Araber zum palästinensischen Volk bei. Ein einfaches Beispiel: Es gibt 300.000 Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft, die Flüchtlinge im eigenen Land sind. 60.000 arabische Staatsbürger leben in 80 der sogenannten „nicht anerkannten Dörfer“, wo ihnen die essenziellen Lebensnotwendigkeiten wie Strom, Wasser, Telefon usw. verweigert werden. Das ist die sogenannte einzige Demokratie des Nahen Ostens!

Wie war die Reaktion der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und in Israel auf die Illegalisierung von palästinensischen Organi-

Abna al-Balad. Sie sind Antizionisten und definieren sich als Palästinenser. Es gibt auch enge Beziehungen zu antizionistischen Organisationen in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa, die ebenfalls gegen die politischen Verhaftungen, Landkonfiszierungen, Häuserzerstörungen und alle Diskriminierungsformen sowie gegen die israelische Besatzung kämpfen. Unser gemeinsames Anliegen ist die Errichtung des demokratischen Staates in ganz Palästina. Heute wird eine Initiative von *Abna al-Balad* diskutiert, die vorschlägt mit diesen Kräften eine arabisch-jüdische antizionistische Front zu bilden, um diesen Ziel zu erreichen.

als auch in der israelischen Gesellschaft eine möglichst große Unterstützung für dieses Projekt zu erreichen.

Das Programm dieser Front hat drei Hauptpunkte: das Rückkehrrecht aller Flüchtlinge; die Bekämpfung des israelischen Apartheidstaates und die Errichtung des demokratischen laizistischen Staates in ganz Palästina.

Was waren Ihre Erwartungen an das Antimperialistische Sommerlager? Entspricht der Aufruf zur Bildung einer internationalen anti-imperialistischen Front Ihrem Aufruf?

Als Opfer einer Ungerechtigkeit sind wir sensibel gegenüber jeder Ungerechtigkeit auf der Welt. Wir finden, dass sich alle Kräfte gegen den Imperialismus zusammenschließen müssen, genau wie die imperialistischen Mächte heute alliiert gegen die Völker der Welt agieren. Die zionistische Bewegung ist nicht nur ein Teil des Weltimperialismus, sondern einer seiner Vorposten. Daher ist unser Kampf ebenfalls ein Vorposten der Weltbefreiungsbewegung gegen den Imperialismus. Für mich persönlich gilt der Slogan Che Guevaras: „Wo Ungerechtigkeit ist, dort ist meine Heimat“, wo Unterrückung ist, dort ist unser Kampf. Wir kamen hierher, um unsere Sache vor den Teilnehmern zu vertreten und um eine breitere Solidaritätsfront mit dem palästinensischen Volk zu schaffen. Wir sind für eine internationale Antiglobalisierungs- und Antimperialismusfront. So eine Front wäre auch die beste Stütze für die arabisch-jüdische antizionistische Front, an deren Aufbau wir arbeiten. Umgekehrt wird eine antizionistische Front in Palästina ein Teil der antiimperialistischen Front sein. Der Aufruf des Sommerlagers ist im Inhalt mit unserem Aufruf identisch und wir freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit.

Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führte Ali Nasser.

(1) Deir Yassin ist ein arabisches Dorf westlich von Jerusalem, in dem die zionistischen Militäreinheiten im April 1948 ein Massaker an der Zivilbevölkerung verübten (288 Tote). Das Massaker verbreitete Angst und Schrecken unter der unbewaffneten Bevölkerung in Palästina und war einer der Hauptfaktoren der Massenflucht, die im Jahr 1948 stattfand.

(2) Kheir Yassin war einer von sechs palästinensischen Jugendlichen, die am 30. März 1976 beim Generalstreik der arabischen Bevölkerung in Israel gegen die Landkonfiszierungen getötet wurden. Dem 30. März wird seit damals als Tag des Bodens (Yaum al-Ard) gedacht.



sationen und die Verhaftungen und Auslieferungen palästinensischer Widerstandskämpfer durch Arafats Behörde? Was war die Stellungnahme Ihrer Bewegung?

Die Hauptreaktion war die öffentliche Verurteilung der Auslieferung von Widerstandskämpfern bzw. ihre Inhaftierung im Gefängnis von Jericho unter amerikanisch-britischer Überwachung. Allgemein ist die palästinensische Öffentlichkeit über diese Auslieferung verärgert. Wir in *Abna al-Balad* betrachten sie als Verrat. Wir organisierten mehrere Demonstrationen gegen die Verhaftungen. Auch als der Generalsekretär der PFLP, Abu Ali Mustafa, ermordet wurde, dauerten die Demonstrationen in Galiläa eine ganze Woche lang an.

Wie ist die Zusammenarbeit mit nichtzionistischen jüdischen Organisationen? Gibt es auch nichtarabische Mitglieder in Abna al-Balad? Geht die Arbeit in Richtung des Aufbaus einer gemeinsamen antizionistischen Bewegung?

Natürlich gibt es jüdische Mitglieder in

Wie würde Ihrer Meinung nach die Reaktion der palästinensischen Organisationen in den besetzten Gebieten auf die Bildung einer solchen Bewegung aussehen?

Wir verhandeln heute mit mehreren palästinensischen Kräften und Personen in den besetzten Gebieten, um diesem Projekt die nötige politische Unterstützung zu verschaffen. Wir erinnern daran, dass die PLO bei ihrer Gründung die Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina forderte, aber dieses Ziel später aufgab. Es gibt auch palästinensische Kräfte, die heute gegen so eine Front stehen. Es gibt sogar linke Persönlichkeiten, die zwar für den demokratischen Staat sind, jedoch die Zusammenarbeit mit israelischen Kräften ablehnen. Mit diesen sind wir in einem ständigen Dialog und wir werden den Versuch nicht aufgeben, sie zu überzeugen. Wir wissen, dass dies keine einfache Aufgabe ist, wir betrachten sie aber als eine Notwendigkeit und arbeiten daran, sowohl in der palästinensischen

Ungewisser Ausgang eines Präventivschlages gegen den Irak

Ein US-Angriff würde die monopolare Weltordnung
einer schweren Prüfung unterziehen

1 Der Irak ist eines der letzten verbliebenen arabischen nationalistischen Regime. Trotz seines reaktionären Angriffs auf den Iran, der den imperialistischen Interessen nutzte, und seiner Bereitschaft in den 80er Jahren, sich entsprechend dem von der US-Strategie der „doppelten Eindämmung“ vorgegebenem Muster zu verhalten, war es nicht dazu bereit, sich dem Imperialismus gänzlich unterzuordnen. Das zeigte sich sowohl durch die Aufrechterhaltung des staatlichen Monopols auf die Ölproduktion, als auch durch den Angriff auf Kuwait. Die großen Gas- und Ölreserven des Irak, kombiniert mit nationaler Unabhängigkeit, stellen eine bedeutende politische und militärische Bedrohung für die imperialistische Architektur in der ganzen Region dar, welche für den Imperialismus nicht nur wegen der Ölreserven von strategischer Bedeutung ist. Die USA wollen den Sturz des baathistischen Regimes von Saddam Hussein um:

- die Ölressourcen des Irak zu kontrollieren
- sein militärisches Potential zu zerstören
- die US-Kontrolle über die Golfstaaten und die wichtigsten imperialistischen Marionettenregierungen zu sichern
- jede arabische Opposition gegen die zionistische Besetzung Palästinas auszulöschen

2 Das gegenwärtige Säbelraseln, und die offensichtlichen Kriegsvorbereitungen sind auf keine speziellen, den Irak betreffenden, Umstände zurückzuführen. Sie stellen vielmehr den präventiven Versuch der USA dar, sich auf eine verschärfte Krise im Nahen Osten vorzubereiten, die sich bereits durch Tumulte, Volkswiderstand und Rebellionen ankündigt. Die starke Unterstützung der arabischen Öffentlichkeit für das palästinensische Volk, die Radikalisierung der islamischen Bewegung und das wachsende Unbehagen über die US-Präsenz auf der arabischen Halbinsel sind nur erste Anzeichen. Als Folge der Anschläge des 11. September haben die

USA einen permanenten präventiven Krieg ausgerufen, der sich gegen jede größere Opposition gegen ihre Vorherrschaft richtet, unabhängig davon ob es sich dabei um Staaten, Volksbewegungen oder Avantgardeorganisationen handelt. Um den Nahen Osten und somit das gesamte US-Imperium zu stabilisieren, wurde der Irak zum wichtigsten Ziel erklärt. Ein groß angelegter Angriff ist nur eine Frage der Zeit.

3 Doch das Risiko für die USA und ihre möglichen Verbündeten ist hoch. Der Irak konnte sich nicht nur ein gewisses militärisches Potenzial erhalten, sondern ist auch eine historische Hochburg der sozialrevolutionären, antiimperialistischen und kommunistischen Bewegung. Trotz des diktatorischen byzantinischen Charakters des Regimes von Saddam Hussein erhält der Baathismus nach wie vor sowohl von den Intellektuellen als auch vom einfachen Volk ein gewisses Maß an Unterstützung. Das Regime ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht nur das einzige Instrument um die Unabhängigkeit vom Imperialismus zu bewahren, sondern es ist auch gleichzeitig dazu in der Lage, den Großteil der Bevölkerung, trotz des Embargos und der eigenen Bereicherung, mit den grundlegendsten Gütern zu versorgen.

Im Gegensatz zum Angriff auf den Irak 1991 sind die meisten der angrenzenden Staaten nicht mehr bereit den Krieg zu unterstützen und dem Imperialismus ihr Territorium zur Verfügung zu stellen – eine Tatsache die auch gleichzeitig den wachsenden Widerstand der Volksmassen und die Solidarität mit dem irakischen Volk reflektiert.

4 Daher ist das bevorzugte Szenario der USA und ihrer engsten Verbündeten ein massiver Luftangriff, der sich auf das gesamte Zerstörungspotential der amerikanischen Luftwaffe und auf die hochgerüstete Waffentechnik, inklusive taktischer Atombomben, stützen, und somit im Irak eine Zerstörung in einem bislang

unbekannten Ausmaß anrichten würde. Innerhalb weniger Tage müsste die gesamte Infrastruktur zerstört und Saddam Hussein, entweder durch einen gezielten Luftangriff oder durch eine Kommandoaktion getötet werden. Dem würde ein Militärputsch folgen, der nur den baathistischen Staatsapparat dazu benutzen kann, eine proimperialistische Militärregierung zu errichten. Doch ein solches Szenario bringt so viele Unsicherheitsfaktoren mit sich, dass sein Gelingen äußerst fraglich ist.

5 Je länger die Bombardierung andauert, desto größer werden die Probleme für den Angreifer werden. Zum einen wird sich sowohl eine Friedensbewegung in Europa und Amerika, als auch eine gewaltige arabische und islamische Solidaritätsbewegung bilden, die vor allem die arabischen Regimes, die dem Angriff stillschweigende Unterstützung gewähren werden, in Bedrängnis bringen wird. Zweitens werden der baathistische Staatsapparat und die Armee zunehmend zerfallen und daher eine westliche Machtübernahme mittels der Übernahme desselben erschwert. Drittens könnten die unterdrückten oppositionellen schiitischen Kräfte, die im Süden starke Unterstützung durch das Volk genießen, die günstige Situation, wie schon 1991, zu einem Aufstand nützen. Das wird die Situation für die USA weiter komplizieren, da die politische Führung der Schiiten dem Iran nahe steht. Viertens würde eine kurdische Attacke auf Mosul, oder sogar noch weiter südlich, die pankurdische Bewegung, auch in der Türkei, die der wichtigste Verbündete der USA in der Region ist, stärken, wogegen die Türkei Maßnahmen ergreifen würde. Fünftens würden all diese Entwicklungen die territoriale Integrität des Iraks bedrohen und somit all die künstlich gezogenen Grenzen in der Region in Frage stellen. Selbst die engsten Verbündeten der USA werden eine solche Entwicklung hartnäckig zu verhindern suchen.

Fortsetzung auf Seite 45

Sabra und Schatila – 20 Jahre danach

Am 4. Juni 1982 fliegt die israelische Luftwaffe schwere Angriffe gegen die libanesischen Hauptstadt Beirut und gegen palästinensische Flüchtlingslager im Süden des Libanon. Mehr als 200 Zivilisten verlieren bei diesen Bombardements ihr Leben. Am 6. Juni beginnt die Invasion Israels in den Libanon bis nach Beirut; ein Drittel des Landes wird besetzt. Erklärtes Kriegsziel der Militäroperation „Frieden für Galiläa“ ist die Vernichtung des palästinensischen Widerstandes durch die Zerschlagung der PLO einerseits, und andererseits soll mit brutalsten Angriffen den Hunderttausenden palästinensischen Flüchtlingen ein für alle Male der Gedanke auf Rückkehr nach Palästina in Bombenterror, Konzentrationslagern und Tod genommen werden. „Wir werden die Terrororganisationen zerschmettern, ihre Köpfe, ihre Füße, ihren Boden, wo immer wir sie finden,“ erklärt der israelische Außenminister Schamir und sein Generalstabschef meint: „Ihre Hauptquartiere werden dem Erdboden gleichgemacht.“

Nach zwei Monaten der israelischen Offensive, die nach libanesischen Angaben 18.000 Tote und 30.000 Verletzte hauptsächlich unter der Zivilbevölkerung bei den Bombardierungen Beiruts forderte, kommt es zu einem Waffenstillstand. Im Zuge der Verhandlungen stimmt die PLO zu Beirut zu verlassen, um der Zivilbevölkerung weiteren Terror zu ersparen. Als Gegenleistung für den Abzug der PLO wird ihr von den amerikanischen Verhandlern die Sicherheit der palästinensischen Flüchtlinge in den Lagern zugesichert.

Am 1. September 1982 war der Abzug der PLO aus dem Libanon abgeschlossen.

Am 10. September verließen die multinationalen Streitkräfte, die die von der PLO evakuierten Teile von Beirut kontrollierten, die Stadt. Gleich am nächsten Tag erklärte der damalige israelische Verteidigungsminister Ariel Scharon, dass 2.000 Terroristen in den palästinensischen Flüchtlingslagern verblieben wären. Am 12. September wurde zwischen Scharon und dem Falangistenführer Bashir Gemayel vereinbart, dass die libanesischen Kräfte, d.h. die Falangisten, grünes Licht dazu bekämen, in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila „aufzuräumen“.¹

Die Entscheidung, in Westbeirut ein-

zumarschieren, wurde vom israelischen Premierminister Menachem Begin und dem Verteidigungsminister Ariel Scharon getroffen, womit das Waffenstillstandsabkommen und die Vereinbarungen mit der PLO gebrochen wurden. Am 15. September, dem Tag nach dem Attentat auf Baschir Gemayel, besetzte die israelische Armee Westbeirut und schloss die Flüchtlingslager Sabra und Schatila mit den ohne bewaffneten Schutz verbliebenen palästinensischen und libanesischen Zivilisten ein. Laut Verteidigungsminister Scharon waren die militärischen Anweisungen, dass die israelischen Streitkräfte nicht in die Flüchtlingslager vordringen sollten, denn die Säuberung der Lager werde von den Falangisten oder der libanesischen Armee besorgt.²

Umstellt von israelischen Truppen, die Sabra und Schatila hermetisch abgeschlossen haben, beginnt am Nachmittag des 15. September die Bombardierung der Lager und am 16. September teilt General Dori Ariel Scharon, der persönlich vom Dach eines sechsstöckigen Hauses am Rande von Schatila die militärischen Ereignisse genau mitverfolgen kann, mit: „Unsere Freunde dringen in die Lager vor. Wir haben ihre Aktionen koordiniert.“ Darauf Scharon: „Gratuliere! Die Operation unserer Freunde ist genehmigt.“³

In den nächsten 40 Stunden versinken Sabra und Schatila in einem Meer des Grauens. Die Falangisten wüten, sie vergewaltigen und morden. Sie besorgen, unter dem israelischen Kommando, die Drecksarbeit. Scheinwerfer der israelischen Armee erhellen die Nacht, in der schutzlose Kinder, Frauen und Männer hingemetzelt werden. Am Freitagnachmittag werden Bulldozer verlangt um Massengräber auszuheben, in die möglichst viele Leichen verschwinden sollen. Häuser werden niedergewalzt, um unter den Trümmern weitere Leichen verschwinden zu lassen.

Die Zahl der Opfer des Massakers schwankt zwischen 700 (offizielle israelische Angaben) und 3.500 (Ergebnis der Untersuchungen des israelischen Journalisten Kapeliuk). Die genaue Zahl der Opfer wird sich wohl nie feststellen lassen, denn zu den 1.000 Leichen, die in den Massengräbern liegen und denen, die von den Familien auf den Friedhöfen Beiruts bestattet wurden, kommen die

Namenlosen, die die Falangisten unter den Trümmern der Häuser begruben, und Hunderte von Menschen, die verletzt abtransportiert wurden und zu den Verschwundenen zählen.

Zwei Augenzeugenberichte vom 18. September stehen für viele andere, die kaum die Sprache fanden, um zu erzählen, was sie sahen. Emmanuel Rosen, israelischer Journalist, in der Dokumentation *The Accused*, BBC, 17. Juni 2001:

„Wir betraten die Lager und sahen tote und sterbende Menschen. Keiner schrie, keiner sprach. ...Es war offensichtlich, dass die Menschen nicht erschossen, sondern dass sie zu Tode gefoltert worden waren. ... Ich konnte nicht anders – mir traten die Bilder des Holocaust vor Augen.“

Ralph Schoenman und Mya Shone, zwei amerikanische Journalisten vor einer internationalen Untersuchungskommission: „Wir fotografierten Opfer, die mit Äxten und Messern verstümmelt worden waren. ... Anderen waren die Köpfe eingeschlagen, die Augen zerstoßen, die Haut abgezogen, Glieder abgetrennt, die Körper aufgeschnitten. Die Terroristen fanden sogar Zeit, palästinensisches Eigentum wie Bücher, Manuskripte und anderes kulturelles Material vom *Palestinian Research Centre* zu plündern.“

Die Bilder des Schreckens gingen um die Welt und Israels Verantwortung für das Massaker konnte nicht weggelogen werden. Die Falangisten, Verbündete Israels durch den gemeinsamen Wunsch, sich ein für alle Male oder besser gesagt wieder einmal des „palästinensischen Problems zu entledigen“, mordeten mit dem Geld, den Waffen und vor allem unter dem militärischem Oberkommando des zionistischen Staates. Die falangistischen Einheiten führten die Befehle der Besatzungsmacht aus.

Der Druck auf Israel war so groß, dass noch im September 1982 eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz von Yitzhak Kahan eingesetzt wurde. Die Kahan Kommission kam zu dem Schluss, dass Verteidigungsminister Ariel Scharon für die Massaker zwar persönlich, aber nur indirekt verantwortlich war. Die direkt Verantwortlichen seien die Ausführenden gewesen.

Das war eine moralische Verurteilung mit keinerlei Rechtsverbindlichkeit. Ariel

Fortsetzung von Seite 43

Scharon trat auf Grund des Urteils und des öffentlichen Drucks zwar als Verteidigungsminister zurück, verblieb aber in der Regierung. Die Stimmen der Opfer und Überlebenden wurden nicht gehört und der Rücktritt als Verteidigungsminister war letztendlich nicht mehr als eine Ohrfeige für alle, die Gerechtigkeit forderten. Ariel Scharons Schritt sollte die Öffentlichkeit beruhigen, das war alles. In der BBC Dokumentation *The Accused* drückte er sein Verständnis von Gerechtigkeit aus. Er sagte zwar, er bedaure die Tragödie, aber er antwortete auf die Frage, ob er sich entschuldigen würde: „Wofür soll ich mich entschuldigen?“

Der UNO Sicherheitsrat zählte das Massaker von Sabra und Schatila zu den grausamsten Verbrechen des 20. Jahrhunderts (19. September 1982) und verurteilte es in einer Resolution der Generalversammlung am 16. Dezember 1982 als Völkermord.

23 Opfer des Massakers brachten den Völkermord Jahre später vor ein belgisches Gericht, wo seit 1993 die Möglichkeit besteht, internationales Recht in Zusammenhang mit Kriegsverbrechen zu sprechen. Dieses Gericht urteilte im Juni 2002, dass der Fall Ariel Scharon nicht weiter verfolgt werden könne, weil Ariel Scharon nicht in Belgien sei.

Heute, 20 Jahre danach, ist der Kriegsverbrecher Ariel Scharon israelischer Ministerpräsident. Ein Massengrab in Westbeirut wird als Mülldeponie und manchmal als Fußballfeld genutzt. Keine Gedenkstätte erinnert an die Toten. Keine Gedenkminute wurde jemals offiziell für sie gehalten. Keine einzige Person – weder Israeli noch Libanese – ist tatsächlich zur Verantwortung gezogen worden. Man erinnere sich an die Konsequenzen des 11. September 2001, neunzehn Jahre später, und man könnte schreien vor Zorn. Wie unterschiedlich viel wert sind doch die Leben, je nachdem wo sie begraben sind – unter den Trümmern von Hütten und armseligen Häusern in Flüchtlingslagern oder in den Stahlgerüsten des World Trade Center.

(1) nach: Ariel Scharon, *Warrior: An Autobiography*, Simon and Schuster, New York, 1989, S. 498

(2) Kahan Commission Report, S. 125

(3) Kapeliouk, *Sabra et Schatila: Enquête sur un massacre*, Paris/Seoul, 1982, S. 37

Elisabeth Lindner-Riegler

6 Die USA müssen daher das Äußerste zumindest einplanen: Die einzige Möglichkeit, das Land zu kontrollieren, ist eine groß angelegte Bodenintervention, zumindest eine vorübergehende Besetzung, und die Errichtung eines offen kolonialistischen Regimes. Das würde einen massiven militärischen Aufmarsch hunderttausender Soldaten bedeuten, die aus mindestens zwei Richtungen, dem Süden und dem Norden, angreifen. Erbitterter militärischer Widerstand von Teilen der regulären Armee, aber auch von Volkskräften, würde zu hohen Verlusten, auch für die imperialistischen Soldaten führen. In Saudi-Arabien, aber auch in der Türkei, müsste der Kriegskurs eindeutig gegen den Willen der Massen, aber auch gegen den der Regimes durchgesetzt werden.

7 Es besteht kein Zweifel daran, dass die US-Kriegsmaschinerie nach rein militärischen Kriterien dazu in der Lage ist, den Irak zu erobern. Die entscheidende Frage wird die der Zeit sein. Je länger der Irak Widerstand leistet und das Schlachten weitergeht, desto gewaltiger wird der Widerstand in den arabischen Ländern werden, der zu einer Bedrohung der imperialistischen Herrschaft in der Region werden, und den Sturz der Marionettenregierungen bewirken könnte. Dadurch würde der Krieg auf die ganze Region ausgedehnt, der dazu tendiert sich in einen Bürger- und Volkskrieg umzuwandeln. Das wäre der einzige Entsatz für den Irak und muss daher das strategische Ziel der Solidaritätsbewegung sein.

8 Ein klarer Sieg der USA über den Irak würde die monopolare Weltordnung und die US-Hegemonie über ihre Verbündeten zweifellos stabilisieren. Daher könnten auch China, Russland und andere kleinere Mächte, unter ihnen sogar auch einige europäische Länder, ein Interesse daran haben zum Krieg auf Distanz zu gehen, je mehr er die Region in Brand setzt und je größer der Widerstand wird. Andererseits könnte ein anhaltender arabischer Befreiungskrieg das Ende der weltweiten US-Herrschaft einleiten. Es könnte nicht nur ein Signal für die unterdrückten Völker sein, sich dem Kampf gegen den Imperialismus anzuschließen, sondern könnte auch andere große Mächte dazu veranlassen, die Gunst der Stunde zu nutzen.

9 Gegenwärtig ist es folglich das wichtigste in den bedeutendsten arabischen Ländern wie Ägypten, Algerien und Syrien, antiimperialistische politisch-militärische Organisationen mit einem leninistischen Kern aufzubauen, um die kommenden Befreiungskriege anzuführen.

10 Wir glauben nicht, dass der Baathismus dazu in der Lage ist, das Land gegen einen groß angelegten imperialistischen Angriff zu verteidigen, da er über keine organische Verbindung zu den arabischen Massen verfügt – weder im Irak noch im übrigen arabischen Raum. Daher werden wir in dem Maße auf der Seite des Baathismus stehen, in dem dieser das Land verteidigt, aber wir werden stets bestrebt sein, gleichzeitig die revolutionären antiimperialistischen und kommunistischen Kräfte politisch zu unterstützen, die für den Erhalt ihrer Unabhängigkeit kämpfen. Diejenigen, dem Baathismus gegenüber oppositionellen Kräfte hingegen, die offen oder versteckt mit dem Imperialismus kooperieren, werden am selben Strick wie ihre imperialistischen Herren selbst aufgehängt werden.

Verteidigt den Irak gegen den drohenden imperialistischen Angriff!

Verwandelt den imperialistischen Krieg in einen Volksbefreiungskrieg!

*Internationale Leninistische Strömung
Juni 2002*

Inhalt

Editorial

Leisten wir Widerstand!3

Intifada

Nach zwei Jahren Volksaufstand Ali Nasser4
 Über Kairo und Bagdad führt der Weg nach Jerusalem Willi Langthaler6
 „Jede gerechte Sache ist ein terroristischer Akt“ PFLP8
 Marwan Barghuti: Wer klagt wen an? Ali Nasser9
 Intifada in Zahlen10

Alltag

Brain Out Bericht vom Roten Halbmond in Gaza.....11
 Jenin: „Ich habe ihnen in der Mitte des Lagers ein Stadion gemacht“16
 Kurzmeldungen19

Solidarität

Freiheit für Palästina! Demonstration in Wien20
 Palästina-Solidaritätsbündnis auch in Hamburg Achim Schuster21
 Freiheit für Palästina! Plattform22
 Treffen antiimperialistischer Gruppen in Duisburg.....23
 „Die Unterstützung der Palästinenser und der Kampf gegen Rassismus sind unsere Hauptaufgaben“ Helen Smith.....24
 Stoppt den Krieg gegen den Irak!25
 Widerstand ist kein Terrorismus! Solidaritätsdelegation nach Palästina25
 Wir verzichten auf die Rechte, die Israel uns gewährt.....26
 „Schwarze Liste“ der EU Demonstration in Brüssel27
 Jaime Yovanovic noch immer in Haft in Südafrika28
 Stoppt den imperialistischen Terrorkrieg! Antiimperialistisches Lager29
 Demonstriert wird, wann die Polizei es will31
 Das Projekt *al-Dschisr* – die Brücke32

Diskussion

„Man muss den Palästinensern die Pforte zum Leben öffnen“ Felicia Langer34
 Felicia Langer in Wien Bericht von der Veranstaltung34
 Bittere Ernte Internationale Leninistische Strömung.....38
 „Unser gemeinsames Anliegen ist die Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina“ Interview mit Abna al-Balad.....40
 Ungewisser Ausgang eines Präventivschlages gegen den Irak Internationale Leninistische Strömung.....43

Geschichte

Sabra und Schatila – 20 Jahre danach Elisabeth Lindner-Riegler.....44

Die Illustrationen in dieser Ausgabe der *Intifada* wurden folgendem Werk entnommen: Joe Sacco, *Palestine* (Vorwort von Edward Said), Phantagraphics, Seattle 2001; ca. US\$ 25 / € 30. Joe Sacco beschreibt die Situation während der Ersten Intifada.

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Redaktion und Hersteller des period. Druckwerks *Intifada* ist die Partei RKL, Gusshausstraße 14/3, 1040 Wien. Verlags- und Herstellungsort: Wien. Druck: ATOS-Origin, Wien.

AIK

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein internationaler Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfes dient und jedes Jahr ein antiimperialistisches Sommerlager organisiert.

Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne, die auf folgender Basis geführt wird:

Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten!

Auflösung aller israelischer Siedlungen!

Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenser!

Für einen souveränen palästinensischen Staat im Westjordanland und Gasastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt!

Kontakt und Abo:

Antiimperialistische Koordination
www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org

BRD:

Postfach 100850, 07708 Jena
 Kto-Nr. 2194660
 (lautend auf „Ralf Stoll“)
 Sparkasse Jena, BLZ 83053030

Österreich:

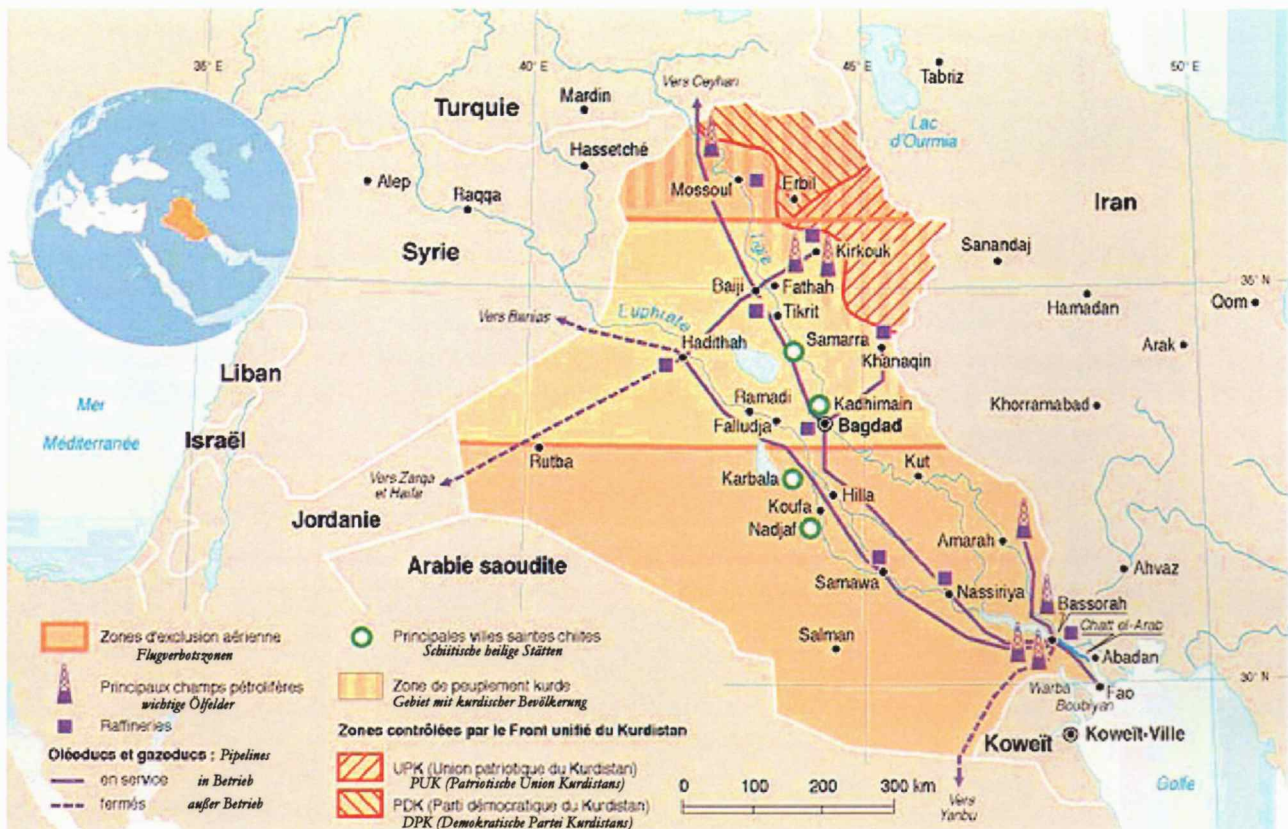
Postfach 23, 1040 Wien
 Kto-Nr. 92.125.137PSK, BLZ 60.000

Intifada-Abonnement:

8 Zusendungen: € 8,-

Intifada-Förder-Abo:

8 Zusendungen: € 16,-



Antiimperialistische Solidaritätsdelegation nach Palästina

Dezember 2002 / Januar 2003

Die *Antiimperialistische Koordination* wird um den Jahreswechsel 2002/2003 zum zweiten Mal eine Solidaritätsdelegation nach Palästina organisieren. Auch für diese Delegation sind Besuche palästinensischer Städte und Flüchtlingslager in den 1967 besetzten Gebieten und Treffen mit politischen, sozialen, Kultur- und Menschenrechtsorganisationen geplant.

Die Ergebnisse der letzten Solidaritätsdelegation nach Palästina (Dezember 2001 / Januar 2002) sind in der Intifada Nr. 8 zusammengefasst. Bestellinformationen auf Seite 21 dieser Ausgabe.

www.antiimperialista.org